

offensiv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 4/05

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik (e.V.)

Spendenempfehlung: 2,50 €

Kurt Gossweiler

Wendebriefe - Briefe gegen die „Wende“ genannte Konterrevolution

- Redaktionsnotiz
- Briefe gegen die Konterrevolution
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 07. 11. 1988](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 16. 12. 1988](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 31. 12. 1988](#)
 - [An: Gertrud Dürr, Leipzig, 04. 01. 1989](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 01. 06. 1989](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 10. 07. 1989](#)
 - [An: Gertrud Dürr, Leipzig, 03. 08. 1989](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 09. 08. 1989](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 08. 11. 1989](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 11. 12. 1989](#)
 - [An: I. L. Popeljuher, Sowjetunion/Rußland, 26. 02. 1990](#)
 - [An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 05. 03. 1990](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 22. 03. 1990](#)
 - [An: Mieczyslaw Woiciechowski, genannt „Mietek“, Polen, 16. 04. 1990](#)
 - [An: J. Uesugi, Japan, 15. 04. 1990](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 05. 05. 1990](#)
 - [An: „Neues Deutschland“, Leserbriefredaktion, 10. 06. 1990](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 17. 06. 1990](#)
 - [An: „Neues Deutschland“, Redaktion Geschichte, 04. 12. 1990](#)
 - [An: J. Uesugi, Japan, 17. 12. 1990](#)
 - [An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 23. 12. 1990](#)
 - [An: Vera und Julius T., Großbritannien, 27. 12. 1990](#)
 - [An: Inge L., Berlin, 18. 02. 1991](#)
 - [An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 23. 06. 1991](#)
 - [An: Prof. Zhu Zhong Wu, China, 08. 09. 1991](#)
 - [An: Wolfgang Ruge, Babelsberg, 25. 09. 1991](#)
 - [An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 26. 12. 1991](#)
 - [An: Prof. Zhu Gui-Sheng, China, 28. 12. 1991](#)
 - [An: Wolfgang Bartsch, Magdeburg, 25. 01. 1992](#)
 - [An: Vera und Julius T., Großbritannien, 29. 01. 1992](#)
 - [An: Erich Honecker, Berlin Moabit, 25. 08. 1992](#)
 - [An: Erich Honecker, Berlin Moabit, 04. 12. 1992](#)
 - [An: Gerald Diesener, Leipzig, 31. 12. 1993](#)

- [Auszug aus einem Brief an Freunde in England zur Stalinfrage, 07. 02. 1995](#)
 - [Personenregister](#)
-

Redaktionsnotiz

Wieso konnte der Imperialismus den Sozialismus in Europa besiegen? Weshalb gab es diesen in den 80er Jahren unübersehbaren Niedergang der sozialistischen Länder in Europa? Warum waren die KPdSU und die kommunistischen Parteien Osteuropas nicht in der Lage, dieser Bedrohung erfolgreich zu begegnen?

Die Briefe, die Kurt Gossweiler in der Zeit der Konterrevolution, die so harmlos „Wende“ genannt wird, schrieb, beschäftigen sich genau mit diesen Fragen. Sie sind ein lebendiges Geschichtsbuch, immer klar und präzise, dabei kenntnisreich und historisch-konkret. Die persönliche Ansprache und die direkte Argumentation machen sie besonders eindringlich und spannend.

Kurt Gossweiler hat alle eventuell unbekanntenen oder in Vergessenheit geratenen Vorkommnisse, Begriffe und Bezeichnungen in Fußnoten erklärt und ein Personenregister angefügt, damit man sich ein ungefähres Bild von den Adressaten der Briefe machen kann.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre und müssen leider daran erinnern, dass Zeitungsmachen Geld kostet.

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel
bei Stadtsparkasse Hannover
Kontonummer: **3090180146**
Bankleitzahl: **250 501 80**
Kennwort: **Offensiv**

Spendenkonto für Überweisungen aus dem Ausland
Konto Frank Flegel
Kontonummer (IBAN): **DE10 2505 0180 0021 8272 49**
Bankidentifikation (BIC): **SPKHDE2H**

Redaktion Offensiv, Hannover

Briefe gegen die Konterrevolution

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 07. 11. 1988

Lieber Peter Gingold,

durch einen Bekannten erhielt ich einige Nummern der UZ zur Information über die innerparteiliche Diskussion in der DKP. Ich las sie am 71. Jahrestag des Roten Oktober und konnte nicht anders, als zur Schreibmaschine zu greifen und die folgenden Gedanken an meinen Bekannten zu schreiben, die natürlich nichts anderes als meine ganz persönliche Ansicht zum Ausdruck bringen. Hier also der Auszug:

<< Ich finde, dass die `Mehrheitler` in der DKP in der Tat Mehrheitler (Bolschewiki) und die `Minderheitler` in der Tat Minderheitler (Menschewiki) sind, was ihre Positionen betrifft. Der aufschlussreichste Satz der Minderheitler scheint mir die Feststellung im Artikel von Thomas Harms (UZ v. 20.10.1988) zu sein: „Der wahrscheinlich wichtigste politisch-ideologische Streitpunkt der Diskussion ist die Frage nach der Beziehung von globalen Problemen und Arbeiterklasse, von Menschheitsinteressen und Klassenkampf.“

Dies ist wohl ein Echo auf bestimmte Veröffentlichungen in der Sowjetunion, in denen eine scharfe Trennung zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den „Menschheitsinteressen“ vorgenommen und postuliert wird, die Klasseninteressen müssten den „Menschheitsinteressen“ untergeordnet werden. Genau diese – für meine Begriffe grundfalsche, unleninistische Auffassung – war für mich Anlass, in meiner Erwiderung anlässlich meiner Ehrenpromotion gegen eine solche Auffassung zu polemisieren.

Eine solche Sicht der Dinge stützt sich – allerdings ganz zu Unrecht – auf Lenin, nämlich auf ein bis vor kurzem total unbekanntes, inzwischen aber berühmt gewordenes Zitat aus Bd. 4, S. 230 der „Werke“: „... denn vom Standpunkt der Grundidee des Marxismus stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher als die Interessen des Proletariats, die Interessen der ganzen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit höher als die Interessen einer einzelnen Arbeiterschicht oder einzelner Momente der Bewegung.“

Es mutet mich wie einen Taschenspielertrick an, wenn die Leninsche Formulierung „die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung“ kurzweg mit „Menschheitsentwicklung“ übersetzt wird, worunter dann ein universales, alle Klassen und Schichten, also auch die Imperialisten einschließendes Interesse verstanden wird.

Aber diese „Menschheitsinteressen“ bestehen wirklich nur in einem einzigen Punkt: im Interesse des Überlebens durch Verhinderung eines das Leben auf der Erde vernichtenden Kernwaffenkrieges. Aber schon hier sind große Einschränkungen zu machen: während die einen davon ausgehen, es gäbe ein „Menschheitsinteresse“ an der Ausschließung jedes Kernwaffenkrieges, sind auf der anderen Seite Vorstellungen und Planungen von begrenzten Kernwaffenkriegen und von Kernwaffen-Erstschlägen vorhanden, die einen Gegenschlag der anderen Seite ausschließen, so dass sich selbst die Vorstellung von der Existenz eines die ganze Menschheit umfassenden Interesses an der absoluten Verhinderung des Kernwaffenkrieges als Illusion – als eine möglicher Weise sehr gefährliche Illusion – erweist.

Aber davon ganz abgesehen: Was Lenin und überhaupt jeder Marxist unter „Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung“ versteht, dem das (engere) Klasseninteresse untergeordnet sei, ist völlig klar: es ist dies das Interesse an der Entwicklung der Gesellschaft von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen; und um diese Entwicklung zum Sozialismus zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass die Arbeiterklasse es versteht, wann und wo notwendig, ihre (engeren) Klasseninteressen der Entwicklung der gesamten Gesellschaft unterzuordnen. Beispiele dafür bieten die Geschichte des Kampfes um den Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zu Genüge (z.B. in der Periode der NÖP, der „Neuen Ökonomischen Politik“, die von manchen Leuten in der Sowjetunion heute idealisiert und geradezu als Modell eines „erneuerten“ Sozialismus dargestellt wird).

Man muss Lenin Gewalt antun, um ihn zu einem Kronzeugen für das Abgehen von der proletarischen Klassenposition und für den Übergang auf eine klassenindifferente „Menschheitsposition“ anzurufen.

Sein ganzes Werk – nicht nur seine Schriften, genau so sehr auch seine Handlungen – ist durchdrungen von dem Grundgedanken: der Klassenkampf des Proletariats muss so geführt werden, dass er die jeweils günstigsten Bedingungen für das Vorankommen auf dem Wege der Entwicklung der ganzen Gesellschaft zum Sozialismus gewährleistet.

Von einem Verzicht auf dieses Ziel – Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus – um angeblich höherer „Menschheitsinteressen“ ist bei Lenin nirgendwo die Rede und sollte auch bei uns heute nicht die Rede sein, weil auch die Verhinderung des Kernwaffenkrieges nicht anders als durch eine Stärkung des Sozialismus, niemals aber durch Konzessionen, die das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus zu Ungunsten des Sozialismus verändern, zu erreichen ist.

Neuerdings liest man in manchen Veröffentlichungen nur noch solche Lenin-Zitate, aus denen man – nimmt man nur sie zur Kenntnis – den Eindruck gewinnen muss, bei Lenin habe es sich um einen „Dutzendliberalen“ gehandelt, um einen Verfechter grenzenloser „Freiheit“, um einen Mann, der jede Form der Gewaltanwendung verdammt und jegliches „Administrieren“, jede Anweisung von oben, scharf abgelehnt habe.

Wer die Geschichte der Revolution und des Bürgerkrieges in Russland und die Geschichte der Aufbaujahre zu Lebzeiten Lenins kennt und seine Arbeiten wirklich studiert hat (und sich nicht nur mit einer

zweckbestimmten Zitate-Auswahl zufrieden gibt), der weiß natürlich, wie weit ein solches Leninbild von der Wirklichkeit entfernt ist.>>>

So weit der Auszug aus dem Brief an meinen Bekannten.

Ich habe natürlich keine Ahnung davon, wie Du selbst zu den geäußerten Gedanken stehst.

Wünschen möchte ich natürlich schon, dass manche meiner Argumente einleuchten und vielleicht einigen Nutzen stiften können in der Auseinandersetzung um die richtige Linie und für das Verständnis der Dialektik von „Bewahren und Verändern“.

Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 16. 12. 1988

Lieber Peter Gingold!

Mich zerreißt fast die Spannung zwischen dem enthusiastischen Reform- und Erneuerungs-glauben und der „Gesamteuropäisches-Haus“-Euphorie und dem tatsächlichen desolaten Zustand des sozialistischen Hauses, dessen Baufälligkeit einige Mieter glauben nur noch mit Hilfe der Übergabe der Reparatur an kapitalistische Restauratoren beheben lassen zu können. Statt immer engeren Zusammenstehens – immer weiteres Auseinanderdriften; statt Kräftigung des proletarischen Internationalismus – aufschießender Nationalismus.

Während die einen sich in einem Kampf auf Leben und Tod mit dem USA-Imperialismus befinden (Kuba, Nicaragua) – begeistern sich andere an dem Beginn einer „Ära globaler Vertrauensbildung“. Wer hätte je gedacht, dass die sozialdemokratischen Parteien einen stärkeren internationalen Zusammenhalt als die kommunistischen Parteien und diesen eine einheitliche Weltsicht voraus haben würden!

Der bejammernswerte Zustand der kommunistischen Weltbewegung spiegelt sich in jeder einzelnen kommunistischen Partei wider, nicht zuletzt in der DKP.

Es mag Euch beruhigen, dass eine so pessimistische Weltsicht bei uns nicht sehr verbreitet ist. Ich bin im Grunde auch immer noch Optimist: ich glaube auch, dass der Sozialismus siegt. Aber im Gegensatz zu den Erneuerungs-Optimisten bin ich der Ansicht, dass er zunächst vor seinen schwersten Prüfungen und Belastungen steht, und dass er gefährdeter ist als zu der Zeit, da die deutschen Truppen vor Moskau standen. Die Taktik der „Wandlung durch Annäherung“ bietet der anderen Seite offensichtlich – wenn ich an Ungarn und Polen denke – viel größere Erfolgchancen als die Konfrontationspolitik kalter Krieger.

Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 31. 12. 1988

Lieber Peter Gingold,

Deine Antwort auf meinen Brief hat mir große Freude gemacht; auf ein solches Echo war ich gar nicht gefasst.

Natürlich habe ich nicht das Mindeste dagegen, dass Du meine Gedanken als Argumente einsetzt, wo immer Du das für richtig hältst. Ob die Bekanntgabe des Urhebers sie überzeugender macht, das wage ich allerdings zu bezweifeln. Damit gleich zu einer Deiner Fragen: Natürlich bin ich bereit, wann und wo Ihr es für richtig haltet, als Diskussionspartner aufzutreten, muss dem aber gleich hinzufügen, dass wir unter unseren jüngeren Kollegen vom Fach hoch qualifizierte Leute – wie etwa den Dir sicherlich gut bekannten Prof. Kurt Pätzold – haben, die den jungen Leuten schon deshalb glaubwürdiger sind, weil sie einer anderen, jüngeren Generation angehören.

Da ich Abonnent der DVZ[1] bin, bin ich ein wenig darüber im Bilde, was im linken Spektrum in der Diskussion ist. Was die Sputnik-„Affaire“[2] betrifft, so hat die für mich verschiedene Aspekte. Mehr als alles andere bekümmert mich, dass unsereins, der sein Leben lang – und besonders in den Zeiten, in denen es das Leben kosten konnte – Freund der Sowjetunion war, jetzt in sowjetischen Publikationen Dinge lesen muss, die ich nicht anders denn als einen Schlag in den Rücken empfinden kann. Ich kann es nicht als eine hinzunehmende Konsequenz wirklich sozialistischer Demokratie akzeptieren, dass Verunglimpfungen meiner Partei durch eine der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Geschichtsverfälschung nicht mehr nur vom Gegner, sondern nun auch von sowjetischen Autoren und Presseorganen verbreitet werden. Eine andere, zweite Frage ist, wie man auf eine solch absolut anormale Situation reagiert. Wie wir reagiert haben, besser: wie bei uns darauf reagiert wurde, stellt ungefähr die am wenigsten intelligente und von der – vorhersehbaren! – Wirkung schädlichste Reaktion dar. Ich wäre aber wirklich überfragt, wenn man von mir wissen wollte, wie es zu so einer Reaktion kommen konnte.

Dass die Marburger Veranstaltung ein Erfolg war, freut mich sehr. Mein langjähriger Freund Bernhelm Booß hat mir schon im voraus seinen für dort bestimmten Beitrag zur Kenntnisnahme geschickt, als Fortsetzung einer – in manchem kontroversen – Diskussion, die ich im Sommer vergangenen Jahres in Kopenhagen als sein Gast mit ihm führen konnte.

Ich stimme Dir völlig zu in der positiven Beurteilung der Tatsache, dass mit so viel Engagement über alte und neue Probleme diskutiert und um Klarheit und Wahrheit gerungen wird. Du hast auch völlig Recht mit der Bemerkung über die große Schwierigkeit in der Diskussion wegen des ahistorischen Herangehens vieler junger Leute. Ich möchte ergänzen: die Schwierigkeit wird noch dadurch vergrößert, dass sie – ohne sich dessen bewusst zu sein – autoritätsgläubiger sind als unsereins: wir haben in einem für viele sehr schmerzlichen Prozess ein Verhalten überwunden, bei dem es genügte, eine Sache für richtig zu halten, wenn sie mit einem Namen in Verbindung gebracht wurde; wir haben inzwischen gelernt, uns weder von Namen noch von Reden und Absichtserklärungen zu kritikloser Bejahung verleiten zu lassen, sondern – um mit Brecht zu sprechen – den Finger auf jeden Posten zu legen und Fragen nach dem Woher und Wozu zu stellen und dabei als Maßstab die von der Praxis bestätigten theoretischen Leitsätze anzuwenden. Um dahin zu kommen, werden viele der jungen Leute, die heute der Meinung sind, die alten Genossen, die in Hitlers KZ und Zuchthäusern für ihren antifaschistischen Kampf eingesperrt waren oder die in der Emigration diesen Kampf führten, dürften heute keine Funktion mehr ausüben, noch sehr viele Erfahrungen sammeln müssen, und es kann schon jetzt gesagt werden: es werden auch für sie sehr bittere Erfahrungen darunter sein. Leider, möchte ich hinzufügen. Wer von uns würde nicht wünschen, dass der Weg des Sozialismus endlich weniger mühevoll und von Rückschlägen betroffen sein wird und dass die Überlegenheit der neuen Gesellschaftsordnung sich vor aller Augen unzweifelhaft entfalten möge. Aber mir scheint, dass sich großer Illusionen hingibt, wer angesichts des jetzigen Zustandes Derartiges in naher Zukunft erwartet. Die härtesten Prüfungen dürften uns erst noch bevorstehen.

Ja, das ist ja nun geradezu schwarze Prophetie an der Schwelle des neuen Jahres. Sie würde aber gleich weniger schwarz, wenn ich mich auch noch mit den Problemen der Gegenseite beschäftigen würde. Das Weltbild der Kommunisten bleibt optimistisch – und das mit Recht, denke ich.

In diesem Sinne Dir, lieber Peter, und Deiner Familie die besten Wünsche zum neuen Jahr
und herzlichen Gruß, Kurt Gossweiler

[1] Die „Deutsche Volkszeitung“ wurde 1953 gegründet, einer der Gründer war der Altreichskanzler (1921-1922) Dr. Josef Wirth, (1879-1956) - (bekannt durch seinen Ausspruch im Reichstag am 25. Juni 1922 nach der Ermordung Walter Rathenaus einen Tag zuvor: „Der Feind steht rechts!“). In der BRD war er Gegner von Adenauers Politik der Spaltung Deutschlands und gründete 1953 den „Bund der Deutschen für Frieden, Einheit und Freiheit“, dessen Organ die DVZ war. 1953 vereinigten sich die DVZ und „die tat“, die Zeitschrift der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) zur „Deutsche Volkszeitung/die tat“. Nach dem Sieg der Konterrevolution vereinigte sie sich 1990 mit der DDR-Wochenzeitung „Sonntag“ zur Wochenzeitung „Freitag“.

[2] Die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ erschien auch in deutscher Sprache; sie war in der DDR mit Recht sehr beliebt und hatte viele Abonnenten. Die Nummer 10 im Jahre 1988 wurde aber weder an den Handel noch an die Abonnenten ausgeliefert. Der Grund dafür war, dass dieses Heft angefüllt war mit giftigster antikommunistischer Hetze, nach außen hin vor allem gegen Stalin, in Wahrheit aber gegen die

kommunistische Bewegung überhaupt. Dafür nur ein Beispiel: einer der Autoren, ein gewisser Julian Semjonow, schrieb in dieser Sputnik-Nummer: *„Die deutschen Kommunisten wagten es nicht, sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen die Nazis zu vereinigen. Hätten sie dies getan, so wäre es Hitler nicht gelungen, die Reichstagswahlen zu gewinnen, und die weitere europäische Geschichte hätte höchstwahrscheinlich einen völlig anderen Verlauf genommen.“* Und an anderer Stelle sudelte der gleiche Autor: *„Nach China und später nach Japan wurde (Richard) Sorge offenbar deshalb geschickt, weil man befürchtete, in Deutschland könne er sich um den Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten, um die Herstellung einer Einheitsfront bemühen. Das aber hätte für die Begriffe jener Schreckenszeit einen Verrat an jener Stalinschen Maxime bedeutet...“*

Der wirklich bestürzende Skandal war also die Tatsache, dass aus der Gorbatschow-Sowjetunion eine antikommunistische Hetzschrift in alle Welt verschickt wurde. Da aber die Bezieher des Sputnik dieses Heft nicht bekamen, blieb ihnen dieser Skandal unbekannt. Ihnen wurde statt dessen in einer dünnen Zeitungsnotiz mitgeteilt, der Sputnik sei auf Beschluß des Postministeriums aus der Liste der zugelassenen Zeitschriften herausgenommen worden, weil sein Inhalt mit den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus nicht vereinbar sei. (Den genauen Text der Verlautbarung habe ich leider nicht vorliegen.) Das empfanden die Leser verständlicherweise als eine administrative Bevormundung, die noch dazu als unaufrichtig empfunden wurde – denn seit wann entschied über solche Eingriffe nicht die politische Instanz, sondern der Postminister? So wurde aus dem Sputnik-Skandal der Gorbatschow-Führung dank der unglückseligen Medien-Politik der DDR-Führung die „Sputnik-Affäre“, die ganz erheblich zu ihrer weiteren Diskreditierung in breiten Kreisen der DDR-Bevölkerung beitrug.

Erich Honecker hat in seiner Stellungnahme vom 1. Dezember 1989 an die Zentrale Parteikontrollkommission zur Sputnik-Affäre ausgeführt: *„Wenig Interesse, das sage ich offen, hatte ich an der Verbreitung von Materialien, die weder der Verbesserung des Sozialismus in der UdSSR noch dem in der DDR dienen. Ich gebe zu, dass die Veranlassung der Streichung des „Sputnik“ von der Postzeitungsliste ein Beispiel dafür ist, dass man nicht aus Emotionen Entscheidungen treffen darf, die sich später als falsch erweisen. Aber es ist doch recht seltsam, dass diese Streichung mehr Empörung auslöste, als die in dem bewußten Artikel behauptete „Schuld“ der KPD am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, weil sie es nicht vermochte, durch eine Einheitsfront dem Faschismus den Weg zu versperren.“* (Die Stellungnahme Erich Honeckers wurde im Wortlaut wiedergegeben in einer Sondernummer des „Roten Morgen“ der KPD (ML), o.Datum, o. Nummernangabe.)

An: Gertrud Dürr, Leipzig, 04. 01. 1989

Liebe Gertrud,

verzeih, wenn ich Dir erst jetzt meine Neujahrswünsche in die Maschine schreibe, aber Dein so ausführlicher und mit innerster Anteilnahme geschriebener Brief kann nicht mit einer simplen Neujahrskarte beantwortet werden. Zuerst einmal wünsche ich Dir, dass Du so aufgeschlossen, Anteil nehmend und lebendig reagierend bleiben mögest, wie Dich Dein Brief offenbart. Nach Deinem Brief verlangt es mich auch, mich so bald als möglich mündlich mit Dir aussprechen zu können. Die Gelegenheit kann sich Anfang Februar bieten. (...)

Obwohl wir uns ja hoffentlich Anfang Februar ausführlich unterhalten können, doch schon – als Diskussionsgrundlage gewissermaßen – ein paar Gedanken zu Bemerkungen von Dir in Deinem Brief:

Du schreibst, in der Prawda würde nachgewiesen, wie das Bauersein bei der Kollektivierung vergewaltigt wurde. In Taliza[3] habe ich gelernt – was mir einleuchtete – dass die Kollektivierung erstens für den Sieg des Sozialismus notwendig, zweitens ein erbitterter Kampf gegen die letzte kapitalistische Klasse war, die ihrerseits mit Mord und Brandstiftung usw. die Kollektivierung verhindern wollte, drittens, dass es bei dieser Revolution auf dem Lande Übergriffe und Entstellungen gab, gegen die die Partei (Golowo-Krushenie-Artikel) nach gewisser Zeit vorging. Wenn ich mir vorstelle, dass die Sowjetmacht damals 10 – 15 Jahre alt war, dass in der ganzen Welt die Imperialisten alles taten, um alle dem Sozialismus feindlichen Kräfte – und das waren 1928 bis 1932 noch relativ starke Kräfte! – zum Widerstand anzustacheln, wenn ich mir zum Vergleich vor Augen halte, wie eine andere revolutionäre Macht, nämlich in Nikaragua, heute in einer

imperialistischen Umkreisung mit gewaltsamen Aktionen gehindert werden soll, sich zu konsolidieren, dann kann ich mich nur darüber wundern, dass es Leute gibt, die die Gewalt der antisozialistischen Kräfte von damals mit keinem Wort mehr erwähnen, um so mehr aber die Gewaltanwendung der eigenen, sozialistischen Macht benutzen, um diese Macht in den Augen der eigenen Leute und der ganzen Welt als blutige Diktatur hinzustellen.

Die Daten der Industrialisierung seien gefälscht worden – wird ebenfalls in der Prawda „nachgewiesen“. Also erstens: ich bin ziemlich sicher, dass es kein Land der Erde gibt, wo man nicht Manipulierungen von Statistiken nachweisen kann, die heutige Sowjetunion eingeschlossen. Wiederum kann ich mich nur darüber wundern, dass es Leute gibt, deren Hauptinteresse darin besteht, die Industrialisierung in schwarzes Licht zu setzen. Für mich ist entscheidend die eine Frage: Haben die Kollektivierung und die Industrialisierung die Bewährungsprobe der Geschichte bestanden? Und da steht für mich außer Zweifel: Der Zweite Weltkrieg war die härteste Prüfung, der jemals ein Regime und ein System unterworfen wurde. Wenn all das, was heute sowjetische Medien über die eigene Vergangenheit schreiben, wahr wäre, dann wäre das Sowjetland bei den ersten Stößen der faschistischen Armee zusammengebrochen. Dass dies nicht geschah, ist vor allem der rechtzeitigen Kollektivierung und Industrialisierung zu verdanken. (Wie wäre ohne sie z.B. die Verlagerung der Industrie in den Osten möglich gewesen – so jedenfalls habe ich in Taliza gelernt – und es hat mir eingeleuchtet.)

Nun aber kommen ganz Schlaue und sagen: Ja, das hat das Sowjetvolk gegen Stalin und seine Bande (ja, so wird in sowjetischen Organen die Sowjetführung von damals heute bezeichnet) zu Stande gebracht. Ich muss Dir sagen: Leute, die einerseits die Verhältnisse in der Sowjetunion unter Stalin als „Gewaltherrschaft“ darstellen, die niemandem frei zu atmen erlaubte, und die mir gleichzeitig erzählen, dass der Sozialismus in der Sowjetunion trotz und gegen Stalin „vom Volk“ aufgebaut wurde, sind für mich die unglaublichsten Geschichtsdeuter. Sie wollen mich nämlich an Wunder glauben machen, an das Wunder des Aufbaus des Sozialismus gegen die regierende Partei einfach so, „durch das Volk“. Eher glaube ich an die unbefleckte Empfängnis!

Du fragst: Wie würde der Sozialismus heute dastehen, wenn er nicht den Umweg über Stalin(ismus) gemacht hätte? Ich würde darauf erstens sagen: Es hat keiner einen anderen Weg zeigen können. Doch, sagen nun wieder einige Leute in der SU, Bucharin hat einen besseren Weg gezeigt! Und sie tun dann gleich so, als sei Bucharin nur durch seine Hinrichtung daran gehindert worden, diesen besseren Weg zu führen. Geschichtlich wahr ist aber, dass sein Weg – und das mit Recht! – von der Partei nach ausgiebiger Diskussion, in der die besseren Argumente und nicht etwa die Gewalt entschieden, verworfen wurden. Leider werden aber – statt die Protokolle der Parteitage und der ZK-Sitzungen zu veröffentlichen und damit jedermann die Möglichkeit zu geben, sich ein objektives Urteil zu bilden, in den sowjetischen Medien fast nur emotional gefärbte Erinnerungen oder tendenziöse „Enthüllungen“ veröffentlicht. Bucharin eignet sich für einige Publizisten, die jetzt in der SU schreiben dürfen, was sie wollen, so lange es nur in Richtung „Abrechnung“ geht, vor allem deshalb zum neuen Idol, weil es das Leninwort vom „Liebling der Partei“ gibt; und für diese Sorte Publizisten, für die der einzige Maßstab zur Beurteilung einer historischen Persönlichkeit ist, ob sie zu Stalins Gegnern gehörte, um sie zu rehabilitieren, ist wohl das einzige Hemmnis dafür, auch Trotzki zum guten Leninisten zu machen, die Tatsache, dass es zu viele negative Urteile Lenins über ihn gibt.

Ich bin weit davon entfernt, Stalin gegen Kritik zu verteidigen – vorausgesetzt, sie stützt sich auf einwandfreies Tatsachenmaterial und dient nicht einfach nur der Stimmungsmache und – zumindest objektiv – der Diskreditierung des Sozialismus. Aber ich halte den umgestülpten Personenkult für genauso schädlich und unwürdig wie den anderen.

Es bleiben die Fragen, die Du auch berührt hast, die Fragen nach den Opfern der „Reinigungen“. Was bisher an Antworten angeboten wurde, ist für mich unzureichend. Unter anderem schon deshalb, weil schon unter Chruschtschow die Aufdeckung der Repressalien und jener, die sie begingen, so unvollständig war. Über seine eigene Säuberungstätigkeit, z.B. in der Ukraine, verliert Chruschtschow kein Wort, und auch heute wird darüber konsequent geschwiegen; mehr noch, Chruschtschow wird – trotz seiner berüchtigten Familien- und Vetternwirtschaft, trotz des unmöglichen Schlags mit dem Schuh in der UNO, trotz seiner sprunghaften, abenteuerlichen Kursänderungen, die alles durcheinander brachten – als verhinderter Reformator gelobt und aufgewertet.

Ich sagte vorhin, dass Bucharins Landwirtschaftskonzeption mit Recht abgelehnt wurde; ich sage das deshalb, weil nicht nur die Kollektivierung, sondern auch Bucharins Weg von der Geschichte erprobt wurde: in Polen nämlich. Dort wurde sie sofort nach dem Machtantritt Gomulkas proklamiert – mit dem Ergebnis, das wir heute vor uns sehen: die Genossenschaftsbewegung ging kaputt, die kleine Warenwirtschaft, aus der – wie wir von Lenin wissen – täglich und stündlich und im Massenmaßstab Kapitalismus hervorst, wurde in Polen verewigt und erhielt sogar im Parteiprogramm ewige Existenzberechtigung und Schutz. (Gomulka hatte auf dem 8. ZK-Plenum 1956, das ihn zum 1. Sekretär wählte, erklärt: „Nur gesunden Genossenschaften sollte mit zurückzahlbaren Investitionskrediten geholfen werden. ... Der Beitritt zur Genossenschaft ist freiwillig. Das heißt, ... dass auch ökonomischer Zwang ausgeschlossen ist. Steuerliche Maßnahmen - gegen einzelbäuerliche Wirtschaften - und die Festsetzung einer Höhe der Ablieferungsquoten wären ebenfalls als Zwangsmittel anzusehen.“ Ganz wie bei Bucharin, der die These vertrat, die Landwirtschaft werde „im Selbstlauf“ der sozialistischen Industrialisierung folgen.) Warum eigentlich wird das polnische Beispiel nicht theoretisch analysiert? Warum erhofft man sich vielmehr von der Verpachtung von Kolchosland an Familien die Festigung der sozialistischen Landwirtschaft? Offenbar bleibt es nicht ohne Folgen, wenn man sich auf Bucharin beruft! Wie Du Dich erinnern wirst, gab es auch bei uns Befürworter des Gomulka-Weges (Vieweg). Zum Glück für die Landwirtschaft unseres Landes und für das ganze Land widerstand unsere Partei solchen Ratschlägen.

Du hast noch Gorbatschows Rede vor der UNO berührt. Ihr ging ja schon die Rede Schewardnadses voraus, über die ich sehr verwundert war. Ich kann nur hoffen, dass so viel Vertrauen in die „Vernunft“ der politischen Führer des Landes der mächtigsten und räuberischsten Monopole uns nicht eines Tages teuer zu stehen kommt. Fidel Castros Einschätzung des US-Imperialismus scheint mir realistischer zu sein. (Vergleiche sein Interview für die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC, in: Informations-Bulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Wien; über die Post zu abonnieren; Nr. 6/88, S. 25-52)

Ich hoffe, ich habe Dir nicht zu viel zugemutet in Länge und Inhalt, und Du bist noch bereit, mich Anfang Februar zu empfangen.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

[3] Gemeint ist die zentrale Antifaschule 2041 in Taliza, einer kleinen Ortschaft westlich von Gorki. Die meisten Lehrer des deutschen Sektors dieser Schule waren Emigranten aus Deutschland, auch die Genossin Dürr. Einen Kurs lang war ich ihr Assistent bei der Leitung einer Klasse (zu deren Schülern auch Jupp Angenfort gehörte).

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 01. 06. 1989

Lieber Peter Gingold,

in Gedanken habe ich auf Deinen für mich so erfreulichen Brief – erfreulich vor allem wegen der aus ihm zu ersehenden gleichen oder zumindest ähnlichen Empfindungen und Gedanken - schon oft geantwortet, aber jedes Mal dann schließlich gemerkt, dass dieser Gedankendialog sich nicht dafür eignet, der Bundespost anvertraut zu werden. Aber es wäre sehr schön, wenn wir unser Briefgespräch auch einmal von Mann zu Mann mündlich führen könnten.

Heute nun war im ND die Information über die 5. Tagung des PV der DKP abgedruckt, und nun will ich endlich wenigstens einen Zwischenbescheid geben.

Zunächst zu Deinen Bemerkungen über Jupp Angenfort und die absurden Vorwürfe gegen ihn: ich kenne Jupp schon seit 1944, er war „mein“ Schüler, als ich erstmals als Assistent an der Antifaschule eingesetzt wurde, und auf seinem Kopf befindet sich noch immer eine Narbe von dem Zahn, den er mir abgebrochen hat – natürlich unfreiwillig, beim Handballspiel. Ich werde ihn nie vergessen, wie er in seinem Lebensbericht – das war auch so eine „dogmatische“ Einrichtung: jeder Kursant musste am Anfang des Lehrganges vor dem Seminar einen kurzen Bericht seines bisherigen Lebens geben – erzählte, wie er in Gefangenschaft geriet. Vermutlich kennst Du die Geschichte, wenn nicht, lass sie Dir von ihm erzählen, es lohnt sich als Beispiel dafür, wie die Rote Armee jene, die Hitler zur Vernichtung des Sozialismus bedenkenlos verheizen ließ, dem

Leben erhielt. (Die Vorwürfe, die die „Erneuerer“ gegen ihn erheben, treffen mich, wie Du siehst, mit noch viel größerer „Berechtigung“.)

Für mich ist es wirklich sehr die Frage, ob in der gegenwärtigen Situation es die richtige Verhaltensweise wäre, die Bewahrung der Einheit zur obersten Maxime zu machen. Mindestens seit Mitte der 50er Jahre ist die kommunistische Bewegung auch da, wo sie organisatorisch noch formal einheitlich blieb, innerlich gespalten. Und je mehr man sich bemühte, nach außen Einheitlichkeit zu demonstrieren, desto erfolgreicher konnte sich die innerliche Zersetzung verbreitern. Was nicht nur Lenin, sondern schon Marx und Engels lehrten und was die Geschichte der II. Internationale so nachdrücklich bekräftigte, bestätigt sich erneut an unserer Bewegung: wo auf den prinzipiellen Kampf um die Grundsätze um der Erhaltung der Einheit willen verzichtet wird, gehen die Grundsätze und die Einheit flöten. Wichtig ist nur, dass klar bleibt, wer spaltet: nämlich jene, die die von der Geschichte als richtig bestätigten Grundsätze preisgeben oder an Konjunkturschwankungen anpassen wollen. Selbst wenn es zeitweilig so scheint, als ob der Erfolg ihnen Recht gibt, eine auf einer falschen Analyse der gesellschaftlichen Kräfte und Perspektiven aufgebaute und daher illusionäre „Harmonisierungs“-Politik hat auf Dauer keine andere Zukunft vor sich als eine Bruchlandung.

Leider erweist sich die Nachfolgerin der „tat“ - je länger desto mehr – als so etwas wie ein Zentralblatt einer solchen illusionären „Erneuerungspolitik“. Wie dort die Demontage des Sozialismus in einigen Ländern als „Erneuerung“ und Herstellung eines „humanen Sozialismus“ gefeiert wird, ist ebenso erstaunlich wie beängstigend.

Wenn Angehörige einer Generation, für die die Zeit vor 1945 graue Vorzeit ist, nicht im Stande sind zu unterscheiden, wo berechtigte Kritik an Stalin und der Politik der KPdSU aufhört und wo der „Antistalinismus“ beginnt, nur eine Tarnung von Antileninismus zu sein, dann kann man ihnen daraus kaum einen Vorwurf machen. Wenn das aber Leute betrifft, die immerhin schon vor 1945 politische Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung sammeln konnten, dann ist das etwas, was anders zu beurteilen ist.

Und eine kommunistische Partei, die nicht Selbstmord begehen will, darf nicht zulassen, dass das Bild ihrer eigenen Geschichte von solchen Leuten mit schlechtem Gedächtnis und mangelhafter Analysefähigkeit geprägt wird. In diesem Punkt bin ich sehr froh, dass unsere Partei gegen die Verfälschungen der Geschichte so entschieden ankämpft (womit ich allerdings nicht den Artikel von Hanna Wolf meine, den ich für schädlich halte ob seiner demonstrativen Weigerung, echte Probleme überhaupt auch nur zur Kenntnis zu nehmen, wengleich ich mit ihrem Grundanliegen sympathisiere, sondern z.B. die Ausführungen Kurt Hagers in verschiedenen Referaten und bei verschiedenen Gelegenheiten).

Wie verheerend diese tendenziöse Geschichtsklitterung ist, wurde mir besonders deutlich, als ich in der „DVZ“ in einem Artikel eines wohl jüngeren, aber doch sicherlich nicht unbelesenen Autoren las, „wahrscheinlich“ habe es in der ganzen Geschichte der UdSSR keine Zeit gegeben, in der sie größere Resonanz gefunden habe als jetzt. Hat der Mann nie etwas erfahren über die „Resonanz“ der SU 1941-45? Offensichtlich hat die primitive Schwarzmalerei, die früher das Privileg der Monopol- und der Rechtspresse war, sich jetzt auch in die „progressive“ Linkspresse schon so eingefressen, dass ein realistisches Bild der Geschichte der SU bei jüngeren Linken kaum noch vorzufinden ist.

Zum Schluss: Physisch bin ich gottlob noch reise- und strapazierfähig, also natürlich bereit, mich an Streitgesprächen etc. zu beteiligen.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M., 10. 07. 1989

Lieber Peter Gingold,

heute nur eine kleine Zwischenmeldung, um mich erstens für Deinen Brief und für die beigelegten Materialien zu bedanken und zugleich eine Bitte anzuhängen. Ich habe über die Rede Gorbatschows in der Sorbonne nur aus westlichen Kanälen etwas erfahren, und was dort als Äußerung von ihm zitiert wurde, klingt so unwahrscheinlich, dass ich die Rede gerne schwarz auf weiß hätte. Es geht dabei um folgendes: wir

haben mit Marx und Lenin bisher die Begrenztheit der Französischen Revolution in ihrer Beschützung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gesehen, wodurch die Losung „Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit“ dazu verurteilt war, Phrase zu bleiben. Jetzt soll Gorbatschow gesagt haben, der Fehler der Oktoberrevolution sei „die Trennung des Menschen vom Besitz“ gewesen. Ich kann nicht glauben, dass der Führer der Partei Lenins etwas so Unleninistisches, Falsches, Nebulöses von sich gegeben haben soll. Was soll denn damit gemeint sein? Etwa die Verstaatlichung des Grund und Bodens, von der Gorbatschow doch gesagt hat, sie sei die Garantie dafür, dass die von ihm so nachdrücklich propagierten landwirtschaftlichen Familienbetriebe im Rahmen des Sozialismus blieben? Also, lieber Peter, ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir den Wortlaut der Sorbonne-Rede senden könntest.

Übrigens: ich habe Dir im letzten Brief aus der DVZ nicht ganz richtig zitiert. Der Artikel stammt von Erich Rudolf, erschien in der Nr. 19 vom 5. 5. 89 und war überschrieben: „Die Perestroika der Weltpolitik“. Darin hieß es: „Wahrscheinlich hat die Sowjetunion ... noch nie in ihrer wechselreichen Geschichte so viel Einfluss auf die Weltpolitik gehabt wie heute.“ Ich muss mich wiederholen: Es ist kaum zu fassen, welches Ignorantentum sich heute in den Spalten der DVZ breit machen darf! Was bedeutet in den Augen des Erich Rudolph schon der Sieg der Roten Armee über den Faschismus, die Rolle der Sowjetunion in Teheran, Jalta und Potsdam, bei der Ausarbeitung der Grundlagen der UNO, bei der Befreiung der Kolonialvölker vom kolonialen Joch usw. usf. gegenüber dem INF-Abkommen^[4] und dem triumphalen Empfang Gorbatschows in der Bundesrepublik und anderswo! Wenn der Mann nicht so kurzsichtig wäre, hätte er die Kehrseite der Medaille nicht mit solcher Leichtigkeit übersehen können, die man in Abwandlung seines dubiosen Satzes etwa so formulieren könnte: Noch nie in ihren Jahrzehnte langen Bemühungen, in den sozialistischen Ländern einen Wandel in Richtung Restauration der kapitalistischen bürgerlichen Demokratie durch Annäherung zu erreichen, haben die Imperialisten und ihre Politiker solch bergbrustartige Erfolge erzielt, noch nie war der Einfluss des Imperialismus auf die Entwicklung in den sozialistischen Ländern größer als heute. Darüber mag jubeln, wer will. Leider jubeln darüber zu viele, die es eigentlich nicht sollten.

Schluss für heute, ich muss meinen Vortrag über den Nichtangriffsvertrag (den ich kürzlich in Buchenwald hielt) fertig machen. Ich schicke Dir eine Kopie des Manuskripts.

Mit herzlichen Grüßen, Kurt Gossweiler

[4] INF-Abkommen: Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Liquidierung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, abgeschlossen auf dem 4. Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow vom 29. 5. – 2. 6. 1988 in Moskau.

An: Gertrud Dürr, Leipzig, 03. 08. 1989

Liebe Gertrud,

endlich komme ich dazu, auf Deine beiden Briefe zu antworten. Zuerst: Wie geht es Dir, hast Du Deinen Vortrag halten können? Falls Dich das Problem des Monopolkapitals im Kriege noch beschäftigt, noch folgender Hinweis: das beste, was es darüber überhaupt gibt, ist die bisher zweibändige, auf drei Bände berechnete Arbeit meines Kollegen Dietrich Eichholtz, „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“.

Seit ich Deine Briefe erhalten habe, befinde ich mich fast täglich in einer Gedankendiskussion mit Dir und ich muss Dir endlich schreiben, um den Kopf wieder für anderes frei zu bekommen. Dabei bin ich mir auch jetzt noch nicht klar, ob es überhaupt sinnvoll ist, eine solche Diskussion schriftlich zu führen. Am einfachsten wäre es, Dir zu sagen: Lassen wir es dabei bewenden, dass mir Dialektik fehlt.^[5] Wir können, auch wenn wir noch so hitzig oder auch kühl unsere Meinungen austauschen, am Gang der Dinge doch gar nichts ändern, wozu also sich gegenseitig der Gefahr aussetzen, missverstanden zu werden oder dem anderen das Herz schwer zu machen. Aber andererseits: der Mensch ist nun mal so ein merkwürdiges Wesen, das nach Kommunikation verlangt, und ganz besonders dann, wenn quälende Gedanken in ihm rumoren. Am besten, Du nimmst meine folgenden Ausführungen als eine Dir von mir gelieferte Bestätigung und Bekräftigung Deiner Diagnose mangelnden dialektischen Denkens entgegen. (Ich darf darauf später noch zurückkommen.)

Vielen Dank für Deine Zeitungsausschnitte aus der Prawda. Allerdings rufen sie bei mir nicht die von den Autoren beabsichtigte Wirkung hervor. Papier ist bekanntlich geduldig, und es ist hinreichend bekannt, dass jedes Ding mindestens zwei Seiten hat. Schon seit Jahrtausenden haben Philosophen festgestellt, dass man ein und dieselbe Sache in der verschiedensten Weise sehen, beleuchten und bewerten kann, und in der Literatur und sogar im Film ist dieses Phänomen schon künstlerisch gestaltet worden. Und ich selber habe ja – genau wie Du – im Falle der Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU dieses Phänomen auf eindringlichste Weise erlebt. Wie gut und eindringlich habt Ihr uns doch geschildert, wie schwer, aber großartig, wie hart, aber unter den Bedingungen der feindlichen kapitalistischen Umkreisung notwendig die rasche Industrialisierung und Kollektivierung war, wie voller Bewunderung spracht Ihr über die Weitsicht und unbeugsame Entschlossenheit der Partei, das Land in der ihm belassenen Atempause so stark zu machen, dass es sich als einziges der vom Faschismus angegriffenen Mächte als stark genug erwies, dem faschistischen Aggressor das Rückgrat zu brechen. Dies war die eine Sicht.

Sie wurde auch zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution nicht zurückgenommen, an der Richtigkeit und Notwendigkeit der Industrialisierung und Kollektivierung wurden keine Zweifel geäußert, lediglich eine zurückhaltende Kritik an Methoden der Durchführung geübt.

Jetzt aber dominiert eine zweite, andere Sichtweise in den sowjetischen Medien. Jetzt wird die Periode ab 1924 zunehmend mit einem Geist der Feindseligkeit gegenüber allem beurteilt, wie seinerzeit die Leute des Ancien Régime[6] und die Thermidorianer[7] die Jakobinerherrschaft beurteilten. Dafür ein Beispiel, das ich in der Prawda vom 23. Juli 1989 gefunden habe, als wir – Edith und ich – vom 22. bis 29. Juli in Tbilisi[8] waren. Auf S. 3 macht die Prawda in dieser Nummer Reklame für eine neue Zeitschrift namens „Rodina“ und druckt einige Artikel aus dieser Zeitschrift ab, darunter einen über die „Entkulakisierung“. Ich habe natürlich nichts dagegen, wenn bei der Darstellung der Geschichte der Sowjetunion auch darüber berichtet wird, dass es beim Aufbau des Sozialismus auch Willkür, Unrecht, unnötige Gewaltanwendung gab. Aber ich habe alles gegen eine Darstellung, in der der Aufbau des Sozialismus als eine einzige Kette von Unrecht und Verbrechen dargestellt wird und eine einseitige Parteinahme für die Gegner der Sowjetmacht erfolgt – wie in diesem Artikel. Früher, noch vor der Oktoberrevolution, war nicht nur für Lenin und seine Mitkämpfer, sondern auch für die fortschrittliche russische Intelligenz die grausame, unmenschliche Ausbeutung der Dorfarmut durch die Kulaken ein ständiger Gegenstand ihrer Empörung. Davon findet sich nichts im „Rodina“-Artikel. Stattdessen eine solche Formulierung: „Dies war das Schicksal dieser Bauernfamilien, unserer und Eurer Großväter und Urgroßväter...“ Mag sein, dass in der Redaktion von „Rodina“ nur Leute sitzen, deren Großväter und Urgroßväter Kulaken waren, aber alle ihre Leser auch als Kulaken-Enkel und –urenkel anzusprechen – dass dies in einer Sowjetzeitung möglich sein würde, hätte sich Lenin wohl niemals träumen lassen!

Brauchen wir vielleicht heute keine Erziehung zum Klassenbewusstsein mehr, sondern nur noch die Erregung „allgemeinmenschlicher“ Mitleidsgefühle, die, bei Lichte besehen, aber absolut nicht klassenindifferent sind, sondern sehr selektiv auf alle gelenkt, denen die Revolution und das Sowjetsystem „Unrecht“ – mit oder ohne Führungsstriche – tat. Die Kehrseite der Medaille besteht in der vornehmen Zurückhaltung, wenn es um die Anprangerung imperialistischer Gewaltakte und Verbrechen geht, und die wohlwollende, anpreisende Schilderung westlicher Kultur und Zivilisation; - und das alles zu einer Zeit, da der Klassengegner so zielstrebig und hoffnungsfroh wie nie – weil auf Unterstützung aus dem kommunistischen Lager selbst rechnend – auf die endgültige Vernichtung des Sozialismus und die Wiedergewinnung der an den Sozialismus verlorenen Länder hinarbeitet.

Liebe Gertrud, Du hast mir, um die von mir kritisierten Maßnahmen als notwendig zu beweisen, ein Zitat Lenins aus dem Jahr 1921 in Erinnerung gebracht. Was beweist denn ein Zitat, auf eine Situation gemünzt, wie sie nach vier Jahren imperialistischen Krieges und vier Jahren Bürgerkrieg bestand, für eine Situation des Sowjetlandes nach 40 Friedensjahren (1945 – 1985)? Du argumentierst, die Lebensmittelsituation sei in der Sojus heute „leider der von Anfang der 20er Jahre ähnlich.“ Nehmen wir einmal an, das sei wirklich so, dann ist doch zu fragen: was haben denn die Führer des Sowjetstaates in den letzten 40 Jahren getan oder vielmehr versäumt, dass ihnen in diesem langen Zeitraum nicht gelang, was in den wenigen Jahren von 1921 – 1939 möglich gemacht wurde – nämlich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen? (Wie Ihr uns erzählt habt, hat die SU damals so viel Getreide erzeugt, dass schon erwogen wurde, Brot umsonst abzugeben.) Auf diese Frage gibt es zwei mögliche Antworten.

Die erste wird im Westen gegeben, und sie findet Nachsprecher auch in den sozialistischen Ländern: „Die Kolchosordnung ist nicht im Stande, die Ernährung sicher zu stellen; nur auf Grundlage des Privateigentums kann eine effektive Landwirtschaft entwickelt werden.“ Wer dieser Antwort zustimmt, sollte konsequent sein und erklären, dass der Aufbau des Sozialismus eine Utopie ist. Denn Rosa Luxemburg hatte Recht, als sie auf dem Gründungsparteitag der KPD ausführte: „Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen. Vom Standpunkt der sozialistischen Wirtschaft lässt sich überhaupt die Industrie gar nicht umgestalten ohne die unmittelbare Verquickung mit einer sozialistisch umorganisierten Landwirtschaft.“ Diese Feststellung ist längst durch die Praxis im positiven wie negativen Sinne bewahrheitet: im positiven Sinne in der SU, ganz besonders in den Vorkriegs- und Kriegsjahren, ferner bei uns, in der CSSR und anderen Ländern. Im negativen Sinne in Polen. Dort hat Gomulka 1956, als die Genossenschaft in Polen noch in den ersten Anfängen steckten, diese verantwortlich gemacht für die Notwendigkeit, Getreide zur Sicherung der Ernährung einzuführen und eine Politik der Verewigung der einzelbäuerlichen Betriebe eingeleitet. Hier liegt der Ursprung für die Entwicklung, die aus dem sozialistischen Polen den kranken Mann an der Weichsel machte, der das sozialistische Lager ökonomisch und politisch wie ein Mühlstein am Halse belastete, obwohl Polen alle Voraussetzungen dafür besitzt, (mehr als die DDR!) eine blühende Wirtschaft aufzubauen. Also: Entweder - eine sozialistische Landwirtschaft ist möglich - oder der Sozialismus ist überhaupt unmöglich. Dass die obige erste Antwort also falsch und unakzeptabel ist, ist durch die Geschichte bewiesen.

Bleibt nur die zweite Antwort: Wenn und wo die sozialistische Landwirtschaft nicht im Stande ist, die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen, muss das daran liegen, dass die Entfaltung der Möglichkeiten der Kollektivwirtschaften behindert wird, und dann muss herausgefunden werden, worin diese Behinderung liegt. Für die sowjetische Landwirtschaft haben viele Plenen in der Vergangenheit viele solche Behinderungen beim Namen genannt: sie sind alle auf den einen Nenner zu bringen, dass trotz aller dahin zielender Beschlüsse der Übergang zur intensiven Bewirtschaftung nicht zu Stande kam. Gorbatschow hat in früheren Reden auch gesagt, warum, wenn er feststellte, dass zwar viele richtige Beschlüsse gefasst wurden, aber sie nicht durchgeführt wurden. Das Naheliegendste wäre nun, diese richtigen Beschlüsse – wie z.B. die Steigerung der Hektarerträge durch verbesserte Düngung, die Vermeidung von Verlusten durch verstärkten Bau von Silos und Verbesserung von Transportmöglichkeiten – endlich ins Leben umzusetzen. Ein weiterer, kaum zu überschätzender Grund für die Verschleppung der notwendigen Intensivierung der sowjetischen Landwirtschaft war die gigantische Fehlinvestition in die abenteuerliche „Neulandgewinnungsaktion“ in Kasachstan, von der alle wirklichen Fachleute voraussagten, dass sie Milliarden kosten würde, ohne dem Land das versprochene Getreide liefern zu können. Erwinnere Dich nur an die großmäuligen Versprechungen des Nikita Chruschtschow, mit der Neulandgewinnung sei das Getreideproblem für immer gelöst!

Warum wird eigentlich in den gegenwärtigen Diskussionen über die Gründe der Defizite der sowjetischen Landwirtschaft kein Wort verloren? Vielleicht, weil Molotow einer derjenigen war, der vor diesem größtenwahnsinnigen Unternehmen warnte und dafür – auch dafür – als Parteifeind aus der Partei geworfen wurde?

Zu erinnern wäre in diesem Zusammenhang auch an die „subjektivistischen“ Aktionen des Nikita Chruschtschow hinsichtlich des forcierten Maisanbaus („weil man das in den USA auch so macht!“), an die Offenställe[9], an die Auflösung der MTS[10] und anderes. Was die letztgenannte Aktion betrifft: heute wird zugegeben, dass einer der Gründe für die Unrentabilität mancher Kolchosen die Verschuldung wegen des Ankaufs der Landmaschinen ist. Als – noch vor Chruschtschow – der Vorschlag der Auflösung der MTS in der SU diskutiert wurde, wurde auch folgende Meinung geäußert: Die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen würde bedeuten, „den Kollektivwirtschaften große Verluste zuzufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.“ Wer das äußerte, war Stalin in seinen „Ökonomische(n) Probleme(n) des Sozialismus in der UdSSR“ (S. 91f.) Lassen wir beiseite, dass er die Auflösung der MTS nicht nur wegen der finanziellen Lasten für die Kolchosen ablehnte, sondern auch wegen der Auffassung, man müsse den Übergang zum Kommunismus durch die Einschränkung der Warenzirkulation beschleunigen, dann bleibt doch die Notwendigkeit, bei einer ernsthaften Analyse der Ursachen für das Zurückbleiben der sowjetischen Landwirtschaft auch den erstgenannten Gesichtspunkt nicht von vornherein außerhalb jeder Betrachtung zu lassen. Der Einwand, dass wir ja schließlich auch unsere MAS[11] aufgelöst hätten und dennoch unsere LPGs voran kamen, muss natürlich genau so ernst genommen werden, dabei aber auch in Rechnung gestellt werden, dass sowohl von den Größenverhältnissen her als auch vom durchschnittlichen Niveau der Produktivität her die DDR es sehr viel leichter hat, mit solchen Problemen fertig zu werden.

Nochmal zur Neulandaktion: Auf dem Dezemberplenium von 1958 gab Chruschtschow einen Bericht über die Ergebnisse der Neulandaktion (ND vom 17.12.1958), wonach die Bruttogetreideernte 1958 8,5 Mrd. Pud [\[12\]](#) betragen habe. Dazu folgende Berechnung: 1937 waren es 7,3 Mrd. Pud. Also eine Steigerung von 1,2 Mrd. Pud. Durch die Neulandaktion wurden nach Chruschtschows Bericht 30 Millionen Hektar Neuland unter den Pflug genommen. Selbst, wenn wir annehmen, dass der gesamte Zuwachs von 1,2 Mrd. Pud vom Neuland kamen, dann ergibt sich daraus eine Durchschnittsernte je Hektar von kläglichen 6,5 DZtr pro Hektar. Das ist weniger als die Hälfte des Durchschnittsertrags der Sowjetunion und weniger als ein Drittel des (damaligen) Ertrags der DDR. Dennoch behauptete Chruschtschow, das Neuland habe nicht nur die 30 Mrd. Rubel Investitionen bereits amortisiert, sondern darüber hinaus noch einen Reingewinn von mehr als 18 Mrd. Rubel erbracht!

Es fehlt mir auch hier sicherlich „an dialektischem Denken“, wenn ich solche Aussagen für – milde ausgedrückt – Kindermärchen halte. Und ich geben ferner unumwunden zu: wenn der Zweifel daran, dass der Sozialismus durch Rückgriff auf die Methoden des Kapitalismus und durch die „Hilfe“ solcher Samariter-Institutionen wie Weltbank und Weltwährungsfonds „erneuert“ werden kann, einen Mangel an dialektischem Denken beweist, dann leide ich an dieser Mangelkrankheit in extremem Maße. Allerdings sprechen die Beispiele Jugoslawien, Polen und Ungarn nicht gerade dafür, dass solch ein Zweifel unberechtigt ist.

Deshalb beunruhigt es mich, wenn ich festzustellen meine, dass viele der von der jetzigen sowjetischen Führung verfolgten Reformen in die gleichen Bahnen lenken, die Ungarn und Polen voran gegangen sind, einschließlich der verkündeten Absicht des Beitritts zum Weltwährungsfonds. Es scheint mir eine unheilvolle Illusion, zu glauben, durch Beitritt einer dringend um Hilfe bittenden, ökonomisch schwer angeschlagenen Sowjetunion könne diese aus Instrumenten der raubgierigsten und stärksten Imperialisten ein Instrument zur Verbreitung „allgemeinmenschlicher“ Wohltaten oder zur Errichtung einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung machen. Ich vermag nicht zu sehen, wieso für die Sowjetunion Reformen gut sein sollen, die in Jugoslawien, Ungarn und Polen den Weg in die Katastrophe nicht nur nicht verhindert, sondern bewirkt und damit den Sozialismus als Wirtschaftssystem so diskreditiert haben – und zwar nicht nur bei ihrer eigenen Bevölkerung, sondern weltweit – dass, wie die Wahlen in Polen gezeigt haben und die Wahlen in Ungarn zeigen werden – die überwiegende Mehrheit der Bürger von der Partei und vom Sozialismus nichts mehr wissen will. Aber auch in der Sowjetunion selbst ist – wie von verschiedenen Genossen auf dem April-Plenum der KPdSU festgestellt wurde und wie ich selbst in Tbilisi festgestellt habe und wie ja auch die Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten sehr deutlich gemacht haben – ein Prozess des Autoritätsverlustes und der Diskreditierung der Partei in Besorgnis erregender Weise vorangeschritten. Und ich kann es nur als eine – im besten Falle – naive Argumentation ansehen, wenn angesichts dieser Sachlage argumentiert wird, die Wahlen seien doch sehr gut verlaufen, seien doch jetzt sogar 80 Prozent Parteimitglieder gewählt worden statt der 60 Prozent nach dem früheren Wahlmodus. Das scheint mir eine genau solch merkwürdige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse zu sein wie die Kennzeichnung eines Jelzin und seiner Fraktion als „Linke“: wer eine raschere Einführung eines Parlamentarismus nach westlichem Vorbild fordert, soll ein „Linker“ sein?

Ich muss noch einmal zum Ausgangspunkt unserer Meinungsverschiedenheiten, auf die Beurteilung der Schaffung von Familienbetrieben auf der Grundlage des Pachtsystems, zurückkommen, wo der „Mangel an dialektischem Denken“ bei mir ja am ausgeprägtesten ist. In der Tat werde ich da mit einigen Widersprüchen dieser Politik zu bestimmten theoretischen Leitsätzen, vor allem aber auch zu Fakten und historischen Erfahrungen, nicht fertig.

Nehmen wir als Ausgangspunkt die Rede Gorbatschows vor den Vertretern der Massenmedien am 29. März 1989 (ND vom 1./2. April 1989): „Die Lebensmittel sind das Grundproblem unserer Wirklichkeit.“ Ich halte das zwar für keine zutreffende Analyse – nach meiner Ansicht ist das Grundproblem die Frage: Wie ist das sozialistische System zu festigen und vor den verstärkten Angriffen seiner inneren und äußeren Gegner zu sichern, und erst von dieser Frage abgeleitet erhält die Lebensmittelfrage ihren – allerdings vordringlichen – Platz. Aber lassen wir das einmal beiseite, halten wir nur fest: gesagt wird: weil das Land so dringend Lebensmittel braucht, müssen wir auch durch Stimulierung persönlicher (privater) Initiative auf Pachtland die Lebensmittelproduktion so rasch wie möglich erhöhen, um die Versorgung zu verbessern. Genau das ist ja auch Deine Argumentation.

Aber sehr schnell erweist sich, dass diese erste Begründung von einer zweiten, die erste ad absurdum führenden Begründung abgelöst wird: „Ich habe im Blick, dass es sich dabei um eine grundsätzliche

Wandlung unserer Einstellung sowohl zur Entwicklung im Agrarsektor als auch in der gesamten Wirtschaft handelt. Deshalb gehen die Ergebnisse des Plenums, seine politischen Schlussfolgerungen und Zielstellungen über den Rahmen der Agrarfrage hinaus, sind von prinzipieller allgemein-theoretischer und allgemein-politischer Bedeutung.“ Weiter: „Der Agrarsektor wird die Rolle eines Wegbereiters, eines Pioniers bei der Aneignung entsprechender Formen des Wirtschaftens und der Leitung erfüllen. ... Ein Maximum an Unterstützung für alles, was die Selbständigkeit, das Gefühl, Herr auf Grund und Boden zu sein, festigt.“ Offenbar soll der Einzelne, der Einzelbauer, nicht das Kollektiv, ein solches „Gefühl“ gewinnen.

Ich will aus allem keine weiteren Schlussfolgerungen ziehen als diese: es geht – so viel ist eindeutig – nicht in erster Linie um die Lebensmittel – es geht um die „Reform“ des Eigentums in allen Wirtschaftszweigen.

Wenn es wirklich um die Lebensmittelfrage ginge, dann hätten vor allem die Ursachen der Lebensmittelkalamitäten viel gründlicher und umfassender untersucht werden müssen, dann hätten z.B. auch solche Tatsachen eine Rolle spielen müssen, wie sie der 1. Sekretär des Regionskomitees der KPdSU Krasnodar, I. F. Poloskow, auf dem April-Plenum bekannt gab: „Die Lieferbetriebe senden mit erstaunlicher Leichtigkeit Telegramme mit der Weigerung, die geplanten Warenlieferungen zu tätigen. ... Nehmen wir das Kombinat `Asot` in Beresniki, Gebiet Perm. Seit ewigen Zeiten liefert es Harnstoff nach dem Kuban als Zusatzdünger für Hartweizen. In diesem Jahr weigert es sich, die volle Menge ... zu liefern. Wen haben wir nicht alles angerufen! Wir erhielten immer die gleiche Antwort: `Asot` habe den Posten an ein kapitalistisches Land vorteilhaft verkauft.“ (Presse der SU, Nr.6/1989, S. 16)

Auf diesem Plenum wurden derartig viele ähnliche Beispiele unglaublicher Sabotage der Planwirtschaft aufgeführt, dass ich sicher war, in seinem Schlusswort würde Gorbatschow darauf eingehen und entschiedene Maßnahmen gegen die Verantwortlichen ankündigen. Nun, Du hast ja das Heft 6 sicher selbst auch gelesen und weißt, dass er bedauerlicher Weise auf all dies nicht einging.

Auf Grund meines Mangels an dialektischem Denken bin ich der Ansicht, dass es im Rahmen sozialistischer Landwirtschaft, der Kolchosen und Sowchosen, in der Sowjetunion noch sehr viele ungenutzte Möglichkeiten der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gibt. (Übrigens dürfte es nicht so ganz zufällig sein, dass im ND vom 29./30. Juli ein Artikel über die „Potenzen und Perspektiven des genossenschaftlichen Eigentums“ erschien, der zwar verbal in eine Richtung, tatsächlich aber in die entgegen gesetzte polemisierte.) Ich bin ferner der Ansicht, dass der Weg der Verpachtung von Kolchosland an Familien ein Weg der katastrophalen Verschärfung der Lebensmittelknappheit ist. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Familienbetriebe liefern nach der Erfahrung aller Zeiten und aller Länder nicht mehr, sondern weniger Produkte auf den Markt als selbst schlecht arbeitende Großbetriebe. Polen ist da ein solch drastisches Beispiel, dass mir unbegreiflich ist, weshalb es in der Diskussion um die Agrarpolitik in der Sowjetunion überhaupt keine Rolle spielt. Wenn man also meint, man müsse das Lebensmittelproblem auf dem Wege des „Wettbewerbs der Eigentumsformen“ lösen, dann müsste man konsequenter Weise sofort Kurs nehmen auf Privatbetriebe in einer Größenordnung, die erlaubt, den Großteil der Produktion auf den Markt zu bringen, also mindestens auf Großbauernwirtschaften, wenn nicht auf Getreidefabriken westeuropäischen bzw. amerika-nischen Ausmaßes. Da man dies jedoch nicht kann, wird durch den Übergang zu Familienbetrieben auf Pachtland die Lebensmittelversorgung nicht verbessert, sondern noch schwieriger.

Zweitens: Dies auch deshalb, weil jede Abgabe von Land und Arbeitskräften seitens der Kolchosen und Sowchosen deren Möglichkeiten zur Vergrößerung ihrer eigenen Marktproduktion verschlechtert.

Drittens: Nach dem alten Leninschen Dogma bringt die kleine Warenwirtschaft – und die Familienbetriebe auf Pachtland sind Betriebe der kleinen Warenwirtschaft – „täglich, stündlich und im Massenumfang“ Kapitalismus hervor, ein „Dogma“, dessen Gültigkeit wiederum in Polen eindrucksvoll bestätigt wurde: es ist zwar ein ganz kümmerlicher, zwergenhafter Kapitalismus, der sich da entfaltet hat und von einer Schicht von Schiebern und Schwarzhändlern vor allem repräsentiert wird, aber er hat ausgereicht, den Sozialismus nicht nur ökonomisch, sondern auch ideologisch von der Wurzel her verfaulen und entarten zu lassen. Ferner: Je größer der Anteil der privaten Wirtschaften an der landwirtschaftlichen Produktion, desto mehr landwirtschaftliche Produkte werden den normalen Versorgungswegen entzogen und auf Wege umgeleitet, die vor allem der Bereicherung Einzelner auf Kosten der Gesamtheit – z.B. durch inflationäre Preissteigerungen – führen. Der Einwand, dass ja in der Sowjetunion der Boden nationalisiert, das Pachtland

also sozialistisches Eigentum sei – und auf dem könne ja kein Kapitalismus entstehen – zeugt von erstaunlicher Unkenntnis: War etwa der Boden der Kulakenwirtschaften nicht auch nationalisiert?

Allein schon wegen dieser drei Erwägungen halte ich den Weg der „Konkurrenz der Eigentumsformen“ für einen Weg, der für den Sozialismus nicht nur nichts Gutes bringt, sondern der auf eine abschüssige Bahn führt; und ich habe Gründe, dies für erwiesen zu halten.

Beim Kramen in alten Sachen fiel mir ein Brief in die Hand, den ich vor 30 Jahren an Genossen Wanja Majatschenkov – Lehrer in Taliza – geschrieben habe. Es war also im Jahre 1959, und die ganze Welt war voller Zuversicht auf immer raschere und größere Abrüstungserfolge und auch voller Illusionen über die guten Absichten der Imperialisten. Ich habe damals geschrieben, dass die zur Schau getragene Verständigungsbereitschaft ihrerseits nur zum kleinen Teil dem Friedenswillen der Völker, zum größeren Teil der Hoffnung geschuldet sei, dadurch in den sozialistischen Ländern Kräfte zu ermuntern und zu stärken, die eine evolutionäre Entwicklung zurück zu bürgerlichen Verhältnissen vorantreiben könnten. Über den Grund solcher damals Vielen ganz aberwitzig erscheinenden Hoffnungen hatte ich geschrieben: „Kein Rauch ohne Feuer. Erstens einmal betrachten sie – die Imperialisten – die Ereignisse in Ungarn 1956 als Beweis dafür, dass es mit dieser Taktik möglich ist, kommunistische Parteien von innen her aufzuweichen. Zweitens gibt es in einem Land der Volksdemokratien -(gemeint war Polen)- gewisse Erscheinungen, die bei den Imperialisten derartige Hoffnungen zu nähren geeignet sind. In diesem Land ist der Antisowjetismus noch in großer Blüte; was schlimmer ist – der Kampf dagegen wird so wenig entschieden geführt, dass es bisher nur gelungen ist, die antisowjetischen Äußerungen aus dem offiziellen Bild zu verbannen, nicht jedoch aus den Köpfen der Bevölkerung, die mehr als die jedes anderen Landes Grund hat, der Sowjetunion grenzenlos dankbar zu sein. In diesem Land erstreckt sich die Koexistenz ganz legal auch auf das ideologische Gebiet. Man kann an jedem Zeitungskiosk die westlichen Presseorgane erstehen, die sich vor allem bei der Intelligenz dieses Landes großer Beliebtheit erfreuen. (Für dieses Opium muss mit harter Währung bezahlt werden. Das Land, das sich diesen Luxus leistet, gehört aber zu denen, die von allen Volksdemokratien die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben!) Das ist indessen nur Ausdruck für die viel schlimmere Tatsache, dass in diesem Land eine breite Sympathie für den imperialistischen Westen, eine widerwärtige, sklavische Bewunderung vor allem alles dessen verbreitet ist, was aus den USA kommt.“

Vor 30 Jahren habe ich diese Eindrücke in Polen gewonnen. Heute, von einer Reise in die Sowjetunion, genauer aus der Unionsrepublik Georgien zurück, könnte ich fast buchstäblich das Gleiche über die dortigen Verhältnisse schreiben. Da fand eine Woche lang immer an der gleichen Stelle eine nationalistische Kundgebung statt, geschmückt mit den Fahnen des menschewistischen Georgien von 1919 und mit Plakaten in englischer Sprache: „Freedom for Georgia!“ Da wurden Flugblätter verteilt, Zeitungen an die Häuserwände geklebt von den Anhängern dieser Nationalisten, ohne dass es irgendein Einschreiten der Miliz gab. Die Kundgebung war „nicht genehmigt“, aber die Miliz hat zuvorkommender Weise den Verkehr aus der Straße, in der sie täglich nachmittags stattfand, in andere Straßen umgeleitet, damit die Herrschaften, die für ein „freies Georgien“ demonstrieren, auch ja nicht gestört werden. Von einem in Tiflis geborenen Russen, den ich kennen lernte, erfuhr ich, dass der Veranstalter der Kundgebung eine „Volksfront Georgiens“ war, die sich zu ihrem Zeichen die menschewistische Fahne erkor. Jeden Nachmittag sauste eine Autokolonne junger Leute, diese Fahne schwenkend und ununterbrochen hupend durch die Hauptstraßen der Stadt als Auftakt für die Kundgebung. Ich habe mir überlegt: unter solchen Bedingungen kann sich die Konterrevolution ungestört organisieren, sie kann sogar aus den vielen jungen Anhängern, die sie schon gewonnen hat, eine militärische Formation aufbauen, die eines Tages auf ein Signal hin in Aktion treten kann. Und dies ist offenbar nicht nur in Georgien so.

Auf den Straßen, besonders in den Straßenunterführungen, werden ganz legal T-Shirts mit nationalistischen Aufschriften, wird die Flagge des menschewistischen Georgien als Anstecknadel verkauft, als Fähnchen, mit dem viele Autos „geschmückt“ sind – so, wie eben in den baltischen Staaten die Farben der bürgerlichen Zeit (der halbfaschistischen Republiken) wieder zu den offiziellen Staatsflaggen geworden sind. Auch in Tiflis hat man die alte Vorsowjetfahne z. T. schon auf öffentlichen Gebäuden anstelle der Sowjet-Georgien-Fahne gehisst. Die Georgier und Georgierinnen, mit denen ich sprach, waren ausnahmslos antirussisch eingestellt; die größte Erbitterung hat bei ihnen das bewaffnete Vorgehen von Abchasiern gegen Georgier und deren Verlangen, an die RSFSR angeschlossen zu werden, erweckt.^[13] „Wir haben immer friedlich und freundschaftlich zusammengelebt, woher kommt all das plötzlich?“ Das betraf auch ihr Verhältnis zu den Russen. Ich habe einen Russen gesprochen, einen jungen Mann, der in Georgien, Tiflis, geboren ist. Er zeigte mir Bilder seiner georgischen Freunde. Niemals habe es zwischen ihm und ihnen in der Vergangenheit

nationalen Streit gegeben. Jetzt aber, so seine Frau, hätten sie Angst, lebten in ständiger Unsicherheit vor der Zukunft.

Es wird von offizieller Seite immer gesagt, all dies sei die Spätfolge von jahrzehntelangen Sünden. Was mir die Leute in Georgien sagten, sprach eindeutig davon, dass dies nicht stimmt. Die nationalistische Woge hat meiner Ansicht nach ihre Ursache erstens darin, dass man den Nationalismus nicht mehr bekämpft, sondern eher fördert („Selbstverwaltung“), und zweitens darin, dass durch die drastische Verschlechterung der Versorgungslage in den letzten Jahren das Gefühl, vom Zentrum ausgeplündert zu werden, ganz stark ist. (Ein Georgier: „Die Russen wollen Georgien als Ort der Erholung und als Lieferant von Früchten.“) Dabei wird einfach nicht zur Kenntnis genommen, dass die Versorgungslage in der RSFSR kein bisschen besser ist, eher schlechter.

Dass das Argument von den „jahrzehntelang aufgestauten Problemen“, die jetzt, wo man den Druck weggenommen habe, zum Ausbruch kämen, nicht sticht, dafür spricht auch, dass es gerade die am gründlichsten „entstalinisierten“ Länder Jugoslawien, Polen und Ungarn sind, in denen diese Probleme – nationalistischer Zwist, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Verlust der Glaubwürdigkeit des Sozialismus und der Partei – zuerst auftraten und chronische Begleiter des Modells des „menschlichen“ Sozialismus sind. Es muss doch wirklich nachdenklich stimmen, dass die „Liberalisierung“ überall die antisozialistischen Kräfte gestärkt und die sozialistische Ordnung untergraben hat. Das spricht nicht dafür, dass der Sozialismus auf diesem Wege „erneuert“ werden kann.

Wo bleibt die kollektive Auswertung der Erfahrungen der verschiedenen Wege des Aufbaus des Sozialismus? Es gibt zwar eine Internationale der sozialdemokratischen Parteien, aber die kommunistischen Parteien, zu deren Lebenselement der Internationalismus gehört, die driften immer weiter auseinander und haben als Parteien kein vereinendes Dach mehr. Das ist vielleicht das deutlichste und alarmierendste Zeichen dafür, wie weit die Entfernung vom Leninismus schon geworden ist, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass dies schon gar nicht mehr als anormal empfunden, sondern als Normalität hingenommen und dargestellt wird.

In Georgien fiel mir außerdem noch auf, wie stark und ebenfalls offiziell gefördert die Wiederbelebung der Religion und der Kirche ist: alle drei Kirchen, die ich besichtigte, waren bis vor kurzem Museums- oder Konzertgebäude oder in anderer Weise weltliche Kultur-einrichtungen, wurden aber jetzt der Kirche zurückgegeben, auch wenn sie ganz abgelegen auf einem Berggipfel stehen und außer Touristen kaum Besucher empfangen. In einer Kirche wurden während meines Besuches gerade Aufnahmen der Kirche und ihres Popen für das Fernsehen Tiflis gemacht. Auf den Straßen und in den Geschäften blüht das Geschäft mit Heiligenbildern und Postern mit religiösen Motiven. Ich brauche Dir nicht zu sagen, dass ich kein militanter Atheist bin; aber ich bin auch kein Freund einer staatlich geförderten Reaktivierung der Kirche und der Religion in einem Land, das seine Jugend siebzig Jahre lang im Geiste des wissenschaftlichen Materialismus erzogen hat.

Nun reicht es aber, ich wollte nur „ganz kurz“ schreiben, aber: wes das Herz voll ist!

Dir alles Gute und herzliche Grüße, auch von Edith, Kurt Gossweiler

[5] Genossin Dürr hatte in ihrem Brief geschrieben, es fehle mir „an Dialektik“ zum Verständnis der Gorbatschow-Politik der Verpachtung von Kolchos-Land zur privaten Nutzung.

[6] Die Leute des durch die französische Revolution gestürzten „alten Regimes“.

[7] „Thermidorianer“: die bourgeoisen Konterrevolutionäre, die am 9. Thermidor (im französischen Revolutionskalender begann der Thermidor – zu deutsch Hitzemonat – am 19. Juli und endete am 17. August) die Jakobinerherrschaft durch eine Verschwörung stürzten und am gleichen Tage Robbespierre hinrichteten.

[8] Tiflis, Hauptstadt der – damals noch – Sowjetrepublik Grusinien (Georgien).

[9] Chruschtschow propagierte mit Nachdruck die Übernahme der angeblich in der Sowjetunion erfolgreichen Haltung von Kühen auch im Winter in sog. „Offenställen“ statt in den traditionell geschlossenen Ställen. Als dieser „Empfehlung“ des „großen Bruders“ in der DDR gefolgt wurde, hatte dies katastrophale Verluste zur Folge.

[10] MTS = Maschinen-Traktoren-Station. Der im Jahre 1948 wegen Begünstigung der Großbauern und Gegnerschaft zu den bäuerlichen Genossenschaften als 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abgesetzte, im Zuge der konterrevolutionären Entwicklung in Polen nach dem XX. Parteitag der KPdSU aber wieder an die Spitze der Partei lancierte Gomulka ließ bald danach die meisten Landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Grunde gehen und die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) auflösen. Nach einem Treffen Chruschtschows mit Gomulka im Januar 1958 verkündete Chruschtschow die Notwendigkeit, die MTS in der Sowjetunion aufzulösen. (Näheres dazu in „Offensiv Heft 10/2001, Genosse Domenico Losurdos „Flucht aus der Geschichte“, S. 27-31.)

[11] Maschinen-Ausleih-Station.

[12] Ein Pud = 16,3805 Kilogramm

[13] Es gehörte zum Programm Gorbatschows, alle Kräfte zu entfesseln, die geeignet waren, die Liquidierung der Sowjetmacht voranzutreiben: dazu gehörte auch das Anfachen des Nationalismus in allen Teilen der Union, vom Baltikum bis in den Kaukasus und in Zentralasien. Als in Grusinien die Tendenzen zur Trennung von der Sowjetunion immer stürmischer wurden, entstand in der zu Georgien gehörenden autonomen Republik Abchasien eine Gegenbewegung, die die Trennung von Georgien und den Anschluss an die RSFSR, an die Russische Sowjetrepublik, anstrebte. Dieser Konflikt mündete in bewaffnete Kämpfe und dauert noch immer an.

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 09. 08. 1989

Lieber Peter,

hab vielen Dank für Deine so rasche Antwort auf meine Anfrage. Hoffentlich gelingt es noch, den Wortlaut der Rede aufzutreiben. Was das Informationsmaterial betrifft, so bin ich selbstverständlich sehr an weiteren Sendungen interessiert. Die Information über die 5. Tagung des PV war die aufregendste Lektüre seit langem. In vollster Empörung über den Stürmann-Beitrag habe ich mich gleich hingesetzt und einen Brief an Dich geschrieben, den ich dann aber doch nicht abschickte: zu viele Emotionen, zu wenig nüchterne Argumentation. Am meisten empörte mich der demagogische Versuch, Engels zum Kronzeugen für seine Position zu machen. Wer aber den ganzen Artikel, aus dem Stürmann sein Zitat herausgefischt hat, kennt, der weiß, dass Engels darin genau gegen die Positionen polemisiert, die Stürmann vertritt: Engels wendet sich gegen das opportunistische „Züricher Dreigestirn“ und dessen Bestrebungen, den Klassencharakter der Partei zu verwischen!

Was mir an der 5. Tagung als Mangel auffiel, war, dass es vordergründig um Verfahrensfragen und nicht um die politischen Grundfragen ging. Das hat auch Jupp Schleifstein in seinem Brief an den PV völlig zu recht kritisiert. Sein Vorschlag, sich um eine Kompromissformel zu bemühen, um in sachlicher Weise die politischen Standpunkte der verschiedenen Seiten klar heraus zu arbeiten, hat viel für sich. Seine Verwirklichung stößt aber auf viele Schwierigkeiten. Das Dilemma aller, die erkennen, dass der Weg der „Erneuerer“ ein Weg der Liquidierung der Partei als kommunistischer Partei und ihre Umwandlung in eine verwaschene „Linkspartei“ sozialdemokratischer Couleur ist, besteht zur Zeit darin, dass die „Erneuerer“ für sich in Anspruch nehmen können, nur das zu wollen, was anderswo von Führern kommunistischer Parteien schon nicht nur propagiert, sondern schon praktiziert wird. So berichtet z.B. die DVZ voller Wohlwollen und Zustimmung über die Ansichten des neuen Führers der USAP, Reszö Nyers, in der Nr. 29 vom 14.7.89: „Ich bin Reformkommunist. Was mir vor allem vorschwebt, ist eine kommunistisch-sozialdemokratische Synthese. Auf der Suche nach neuen Wegen nähern sich die europäische Sozialdemokratie und die ost- und mitteleuropäische reformkommunistische Richtung an, entfalten sie eine Konvergenz.“ Dass eben auf diesem Weg vor 70 Jahren schon die erste ungarische Räterepublik kaputt gemacht wurde – wer weiß das heute noch?

Die Schwierigkeit besteht also darin, dass die notwendige Grundsatzdiskussion in keinem Land als „interne“, nur die eigene Partei betreffende Diskussion geführt werden kann, wobei die „Erneuerer“ nicht versäumen werden, die für sie vorteilhaft erscheinende Situation auszunutzen, um den Verteidigern der Leninschen Positionen vorzuwerfen, sie stellten sich gegen die breite Reformbewegung in den sozialistischen Ländern.

Dennoch sehe ich keinen anderen Weg für die Leninisten, als die Grundfragen in ihrer ganzen Breite und Tragweite aufzurollen: Ist die Welt von heute und ist der Imperialismus von heute qualitativ etwas anderes als zu Lenins Zeiten? Ist der Klassenkampf – national und international – schon eine überholte Angelegenheit? Wenn nicht – worum wird er geführt? Ist der Kampf um Sozialismus noch das Ziel des Klassenkampfes? Und wie ist der Sozialismus zu definieren – noch so, wie von Marx und Lenin definiert, oder wie sonst? In welchem Verhältnis stehen Klassenkampf und Friedenskampf? Und so weiter. Und es muss dabei klar sein, dass die jeweilige Position weder durch Klassikerzitate noch durch bloße Behauptungen über eine grundlegend veränderte Welt noch durch illusionäre Wunschgebilde, wie sie sich etwa in dem Artikel von Frank Benseler in der DVZ Nr. 32 vom 4. 8. 89 („1789 – Anbruch einer Epoche – 1917 – eine neue Etappe“), der eine ganz merkwürdige Mischung von Richtigem und Falschem darstellt, finden, begründet werden darf, sondern nur durch den ernsthaften Versuch einer wissenschaftlichen, d.h. marxistischen Analyse.

Dabei wird auch eine große Rolle spielen, dass die „Erneuerer“ uns sagen, wann die Prozesse einsetzen, die die Leninschen Analysen veralten ließen, und welche Prozesse das genau sind. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht ganz interessant, daran zu erinnern, dass bereits vor 32 Jahren der jugoslawische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, K. Popovic, in der Bundesskupeina von der „objektiven Tendenz zu einer immer größeren allgemeinen gegenseitigen Abhängigkeit und Zusammenarbeit aller Länder auf der Basis ihrer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zur Schaffung eines einheitlichen Weltmarktes“ sprach. So weit zurück liegen die Wurzeln des „Neuen Denkens“!

Damit ist natürlich noch nichts über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer solchen Aussage gesagt. Man sollte aber nicht glauben, dass sie die Widerspiegelung von Prozessen ist, die sich erst in den letzten Jahren vollzogen haben. Nein, eine solche Weltsicht ist sogar bis in die Jahre des Zweiten Weltkrieges zurückzuverfolgen: sie war z.B. auch Grundlage für eine solche Erscheinung wie den „Browderismus“ in der KP der USA.

Das alles macht aber erst recht deutlich, wie delikat und kompliziert heute eine Diskussion um politische Grundfragen ist. Ich meine auch, dass Schleifstein Recht hat, wenn er sagt, dass die Spaltung unvermeidlich ist, aber dass sie besser später als jetzt erfolgt. Dies auch deshalb, weil, je später sie erfolgt, um so mehr Erfahrungen gesammelt werden können z.B. über die Ergebnisse eines Kurses, wie er von Nyers verkündet wurde.

Die DVZ gibt mit jeder neuen Nummer Anlass zu neuem Ärger und Kopfschütteln. (Natürlich gibt es auch manches, das ich mit Gewinn und Zustimmung lese.) Mit besonderer Spannung mache ich mich immer an die Artikel von E. Högmänn-L. Aus ihrem Artikel in Nr. 32 („Linksradikele im Obersten Sowjet“) glaube ich entnehmen zu können, dass sie ihren Hoffnungsträger gewechselt hat: der ist jetzt Boris Jelzin, den sie allen Ernstes als Träger „besten linken Gedankengutes“ bezeichnet. Es ist zum Weinen! Aber was rege ich mich über Elvira auf: da gab es doch ein Interview von Jürgen Kuczynski, das die UZ brachte, von dem ich nicht weiß, welcher seiner Schwächen ich es zuschreiben soll: seiner Altersschwäche oder seinem noch immer jugendlichen Drang, das Publikum mit immer neuen Überraschungen zu verblüffen oder...oder...

Auf jeden Fall hat er sich damit in die Front jener eingereiht, die bei uns möglichst bald polnische oder ungarische Verhältnisse erreichen wollen und dazu von außen Druck machen und im Innern den Kessel anheizen. Ob die Wände stark genug sind, weiß keiner.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 08. 11. 1989

Lieber Peter,

Du wirst vielleicht denken, nun hat den Kurt auch die Sprachlosigkeit erfasst: aber in Gedanken bin ich schon lange im Zwiegespräch mit Dir. Eine „Einmischung“ in Eure Diskussion von uns aus würde sich jetzt jedoch genau so gespenstisch ausnehmen, wie die nur einen Monat zurückliegende Feier zum 40. Jahrestag der DDR, heute auf dem Bildschirm vorgeführt. Was von hier aus jetzt erwartet wird, ist eine Erklärung, wie es zu dem jetzigen Zustand kommen konnte und ob und wie es mit dem Sozialismus in der DDR weitergehen soll und kann.

Natürlich hat mich wie jeden die Plötzlichkeit und Geschwindigkeit der Entwicklung überrascht: aber der letzte Satz meines letzten Briefes an Dich hat meine große Beunruhigung und Sorge über die Zukunft wohl deutlich werden lassen.

Ich fange diesen Brief an – einen Tag nach dem Rücktritt des Politbüros. Was jetzt kommt, wird ein letzter Versuch sein, eine Basis für eine Konsolidierung zu finden, die dem Sozialismus auf deutschem Boden noch eine Chance lässt.

Wie konnte sich das äußere Bild der Stabilität der DDR in so kurzer Zeit so radikal wandeln? Natürlich müssen wir, wenn ein solcher Vertrauensverlust sich offenbart wie jetzt, die Schuld zu allererst bei uns selbst suchen. Und da gibt es Vieles, Allzuvieles zu nennen. Wir haben einen paternalistischen Sozialismus praktiziert, der zwar ehrlich sich zum Ziel setzte, dem Wohl des Volkes zu dienen, dessen Praxis aber zugleich die Einstellung zum Ausdruck brachte, dass die Führung besser als das Volk selbst weiß, worin sein Wohl besteht, weshalb man es denn gar nicht erst über seine Ansichten und Wünsche zu befragen braucht. Daher jetzt der elementar losbrechende aufgestaute Zorn der Bürger über ihre Entmündigung.

Über das alles ist in den letzten Tagen und Wochen schon so viel gesagt und geschrieben worden – Richtiges, aber auch in ganz bestimmter Absicht unglaublich Übertriebenes -, dass ich es nicht zu wiederholen brauche. Die Kluft, die sich zwischen den Massen und der Führung auftat und deren Ursache zu einem sehr großen Teil in der geradezu schwachsinnigen Medienpolitik lag, in der Kluft zwischen dem DDR-Bild, das die Medien zeichneten und das in den Reden ausgemalt wurde und dem DDR-Alltag, den die Menschen im Betrieb und beim Einkaufen erlebten, diese Kluft wurde von den Genossen an der Basis immer schmerzhafter empfunden. Seit Jahren gab es in meiner Parteigruppe kaum eine Versammlung, in der nicht gefordert wurde, mit dieser unsinnigen, nichts außer Zorn und Empörung bewirkenden Schönfärberei Schluss zu machen. Weshalb sie dennoch so hartnäckig beibehalten wurde, dafür habe ich zwar Erklärungen gesucht, aber keine gefunden; und gebilligt habe ich sie so wenig wie alle Genossen, die ich kenne.

Ich werde nie in die Hass- und Hohngesänge einstimmen, die gegen Erich Honecker – und vielleicht auch bald gegen Egon Krenz – angestimmt werden. Aber ich war doch seinerzeit sehr erschrocken über das Maß an Wirklichkeitsferne und Ahnungslosigkeit über die Stimmung im Lande, die aus Erichs Erklärung sprachen, die Mauer werde noch 100 Jahre stehen, wenn nötig. Und fast noch unfassbarer ist mir, dass auch der neue Generalsekretär Egon Krenz eine solch katastrophale Rede zum 72. Jahrestag der Oktoberrevolution zuließ, wie die von Krolkowski gehaltene: sowohl der Mann, der sie hielt, als auch der Inhalt wirkten wie eine gewollte Provokation der Bevölkerung und machten bei allen, die sie zur Kenntnis nahmen, die Beteuerungen über den ernsthaften Willen zu den notwendigen Veränderungen unglaubwürdig. Nur zwei Beispiele, aber man könnte die Reihe leider noch um viele verlängern.

In meiner Stellung zur Honecker-Führung war ich gespalten: gegen die Medienpolitik, gegen die starre Wirtschaftspolitik und die selbstbetrügerischen Erfolgs- und Planerfüllungsberichte hatte ich die gleiche allergische Ablehnung wie alle meine Genossen und die Bevölkerung überhaupt. Aber ihr entschlossenes Auftreten gegen Illusionen über den Charakter des Imperialismus und gegen die Ansichten vom angeblichen Verschwinden des Klassenkampfes, ihre erklärte Absicht, gegen das Vordringen der Konterrevolution einen Sperrriegel zu bilden und ihre unbeirrbar internationalistische solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen fanden meine volle Billigung und Unterstützung.

Die Entwicklung in Polen und Ungarn hätte eigentlich jedem Kommunisten deutlich vor Augen führen müssen, dass wir uns keineswegs in einer Periode sich abschwächenden Klassenkampfes befinden, sondern in einer entscheidenden Phase des Kampfes „Wer–Wen?“, da der Imperialismus vor aller Welt das Ziel verkündet hatte, den Sozialismus bis zum Jahr 2000 vom Erdball zu tilgen. Weil ich sah, dass unsere Führung dies genau so sah und einschätzte und deshalb so hartnäckig darauf beharrte, die Umbaupolitik Gorbatschows nicht zu kopieren, musste ich sie in dieser Frage ebenso sehr unterstützen, wie ich ihr auf anderem Gebiet kritisch gegenüber stand.

Das Dilemma, das ich zwar sah, aber in seiner Sprengkraft unterschätzte, war dies, dass man keinen haltbaren Sperrriegel aufbauen kann ohne festen Rückhalt in den Massen. Die andere Seite, die den „Osten“ in den Kapitalismus zurückholen will – und dazu gehört auch die Sozialdemokratie einschließlich der in ihre alte, wahre Gestalt zurückverwandelten ungarischen Sozialdemokraten vom Schlage eines Nyers – kannte natürlich dieses Dilemma und beeilte sich, die innere Schwäche des Sperrriegels offenkundig zu machen –

durch die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich für die „Übersiedler“, vertragsbrüchig, aber gut belohnt.

Mit dieser Maßnahme wurde dem zuvorgekommen, was sicherlich für den 12. Parteitag geplant war – eine Wachablösung und vorsichtige Korrektur vor allem der Wirtschaftspolitik, aber nicht nur dieser, ohne Gefährdung der Fundamente des Sozialismus. Gerade das aber wollten bestimmte Kräfte nicht und kamen dem zuvor. Der befürchtete Dambruch wurde mit der Grenzöffnung zu Österreich eingeleitet, und jetzt zeigt sich, dass das lange – zu lange – Zögern mit der Durchführung notwendiger, Vertrauen wieder herstellender Veränderungen einen Rückstau anwachsen ließ, der das Fundament unterspült.

Der jetzige ideologische Zustand unserer Partei ist – so würde ich einschätzen – dem der DKP entsprechend.

Alle bewegt die eine Frage: Wie konnte es so weit kommen?

Darauf wird heute bei uns – vor allem von den Intellektuellen, aber natürlich nicht nur von ihnen – die gleiche Antwort gegeben wie bei Euch: dies alles sei die Folge der Deformation des Sozialismus durch den Stalinismus. Deshalb wird es nun bei uns an den verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen Institute zur Erforschung des Stalinismus geben.

Mir ist diese Antwort zu einfach und zu bequem, und sie wirft außerdem Probleme und Fragen auf, die auf der Grundlage dieser Allerweltserklärung nicht zu beantworten sind, z.B.: Wieso hat das ökonomische System am wenigsten funktioniert und zuerst versagt gerade in den Ländern, in denen am frühesten und gründlichsten „entstalinisiert“ wurde: Jugoslawien, Polen, Ungarn? Wieso steht gerade in diesen Ländern der Mensch am wenigsten im Mittelpunkt der staatlichen Fürsorge? Und warum gefällt der dort praktizierte „Sozialismus“ den Feinden des Sozialismus so gut?

11. 12. – Bis hierher war ich vor vier Wochen gediehen. Ich lasse es bei diesem Fragment.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 11. 12. 1989

Lieber Peter,

heute erhielt ich Deinen Brief vom 6. 12. und beeile mich, Dir gleich zu antworten. Allerdings wird diese Antwort Stückwerk sein: ich schicke Dir zum ersten den Brief, den ich am 8. November an Dich angefangen, aber nicht beendet hatte, zweitens Auszüge aus Briefen an andere, die sich zu den Punkten äußern, über die ich Dir auch schreiben wollte, die also gewissermaßen die Ergänzung meines angefangenen Briefes an Dich darstellen. Aber diese Ergänzungen bedürfen selbst schon wieder der Ergänzung, so schnell ändert sich die Szenerie und die Rolle der agierenden Kräfte. Nur ganz kurz zu einigen von Dir berührten Fragen:

Erstens: Ja, unsere Generation (ich denke, so sehr weit sind wir gar nicht auseinander, ich bin Jahrgang 17) hat es besonders schwer, weil wir wohl am meisten verloren haben – an Hoffnungen, an bereits Erreichtem – und an Vertrauen bei der jungen Generation. Wenn es einer schwerer hat als wir, dann ist es die heutige Jugend, die unsere Ideale teilte und die jetzt Gefahr läuft, fürs ganze Leben unfähig zu werden, sich noch einmal mit der ganzen Person für eine Sache, und sei sie noch so gerecht, einzusetzen.

Zweitens: Du irrst sehr, wenn Du meinst, ich könnte Dir mehr sagen als Du mir. Ich kam mir in den letzten Wochen ziemlich hilflos und überflüssig vor und beneidete die jungen Genossen bei uns, die, in der festen Überzeugung, der Erneuerung, ja der Rettung der Partei und des Sozialismus zu dienen, mit wahrer Berserkerwut und stürmischem Elan sich bemühten, an die Spitze derer zu gelangen, die die alte Partei, die alten Strukturen und die alten Überzeugungen demontierten. Und ich konnte – so neidisch ich auf ihren revolutionären Elan war – nicht mitmachen, sondern bremste, weil ich überzeugt davon war, dass sie das Gegenteil von dem bewirken würden, was sie wollten.

Drittens: Die Perspektive. Auch ich verliere den Optimismus nicht – soweit damit der historische Optimismus auf lange, auf eine sehr lange Sicht gemeint ist. Für die nächste absehbare Zeit sehe ich aber

keine Kraft, die die konterrevolutionäre Welle am völligen Ausrollen – zumindest in Europa – hindern oder gar sie zurückrollen könnte. Und die vor allem deshalb nicht, weil wir uns selbst durch eine meiner Ansicht nach nicht bis zu den wirklichen Ursachen vordringende oberflächliche Analyse noch mehr Schuld aufladen, als wirklich auf unser Konto gehört, uns außerdem noch weiter vorantreiben auf dem Weg in die falsche, revisionistische, reformistische Richtung, die uns nur zu einem Wettbewerb mit der Sozialdemokratie in Sachen Reform bringt, den wir von vornherein nicht gewinnen können.

Viertens: Die Partei. Du hast sicherlich unseren Sonderparteitag vom letzten Freitag verfolgt, und die Materialien in seinem Vorfeld. Noch vor wenigen Tagen hörte ich Genossen sagen: Wir sind eine Partei von 2 Millionen, das ist eine Kraft, an der kann niemand vorbei. Über so viel blauäugige Naivität konnte ich nur staunen. Haben sich denn diese Genossen nie darüber Gedanken gemacht, wie viel Kropfzeug sich an eine regierende, Macht ausübende Partei anhängt, das wie Spreu im Winde davonfliegt, wenn die Macht entschwindet? Wer jetzt zur Partei hält, dem geht's wieder – wie einst in Weimar – wirklich um die Sache, nicht um die Position. Aber die große Frage für mich ist: ist das noch eine kommunistische Partei? Und ich kann Dir jetzt noch nicht sagen, was am Ende des außerordentlichen Parteitages für eine Partei herauskommen wird. Davon wird sehr abhängen, wer sich dafür entscheiden wird, in dieser Partei zu bleiben, oder ob es früher oder später zur Bildung anderer Parteien neben ihr kommen wird.^[14] Ich schildere Dir damit nur eine Situation, vor der Ihr auch steht.

Fünftens: In einem Punkt möchte ich Dir widersprechen, nämlich, wenn Du sagst: Die tiefe Krise in meiner Partei ist schließlich doch nur ein Reflex auf die Erschütterungen in der DDR. Nein, da bin ich anderer Meinung. Sie ist ein Reflex der Krise des Sozialismus überhaupt, die sich äußerte 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der CSSR, 1970, 1980, 1981 bis heute in Polen, seit längerem in Ungarn, seit 1985 offen auch in der Sowjetunion; und gerade von hier gingen die stärksten Impulse für die Formierung der latent schon länger vorhandenen „zweiten Partei“ in der Partei aus. Ich würde eher sagen: dass die DKP so lange von der Welle des Eurokommunismus so wenig berührt wurde, das hing zu einem großen Teil damit zusammen, dass die DDR so lange als der stabilste, auf gesundem Fundament stehende sozialistische Staat gelten konnte.

Schließlich: Zum Problem der alten Genossen wie Honecker, Axen, Sindermann. Ich habe dazu in meinem ersten Brief an Dich schon etwas gesagt. Mir ging es genau wie Dir. Aber etwas anderes konnte es nicht geben. Es war Pflicht dieser Genossen, sich ständig die Frage vorzulegen: können wir, was wir tun, vor der Partei, vor den Massen verantworten? (Ganz besonders dann, als Solidarnosc in Polen die Kampagne gegen Gierek und Genossen wegen Korruption begann und damit die Partei bei den Massen unmöglich machte.) Unbegreiflich, dass sie alle Signale missachteten.

Euch beiden die besten Wünsche zum neuen Jahr und herzliche Grüße, Kurt und Edith

[14] Der Außerordentliche Parteitag der SED fand im Dezember 1989 statt. Auf ihm wurde beschlossen, die Partei umzubenennen in SED – PDS, (Partei des Demokratischen Sozialismus), ein neues Programm und Statut anzunehmen und mit dem „Stalinismus“, (gemeint war und wurde vollzogen: mit dem Marxismus-Leninismus), zu brechen. Zum neuen Parteivorsitzenden wurde der Rechtsanwalt Gregor Gysi gewählt.

An: I. L. Popeljucher, Sowjetunion/Rußland, 26. 02. 1990

Lieber I. L. Popeljucher,

verzeihen Sie, dass ich so lange Ihren letzten Brief unbeantwortet ließ, aber die bestürzenden Ereignisse bei uns haben andere Dinge in den Vordergrund gerückt. Dennoch verfolgte und verfolge ich mit wachsender Sorge, ja Verzweiflung, die Entwicklung in Ihrem Lande. Die „Perestroika“ erweist sich – daran kann niemand mehr zweifeln, der nicht absichtlich die Augen vor der schrecklichen Wahrheit verschließt – als Umbau des Sowjetstaates in einen ordinären bürgerlichen Staat, als Auslieferung des Leninschen Erbes an das internationale Kapital. Nicht die versprochene „Erneuerung des Sozialismus“ hat Gorbatschow gebracht, sondern dessen Liquidierung, nicht einen „sozialistischen Rechtsstaat“, sondern mörderischen Bruderkrieg der einstmals brüderlich vereinten Völker der Sowjetunion, Entfesselung aller konterrevolutionären Kräfte, Zerfall und Anarchie.

Ich erlebe mit Trauer und Zorn den Untergang des Landes der Hoffnung meiner Jugend, der sozialistischen Sowjetunion. Und auch ihr geliebter Puschkin wird es sich gefallen lassen müssen, in der Zukunft von den Kräften der Reaktion für ihre finsternen Zwecke missbraucht zu werden.

Bleiben wird aber unsere solidarische Verbundenheit mit allen Kommunisten-Leninisten Ihres Landes.

Mit freundlichem Gruß, Kurt Gossweiler

An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 05. 03. 1990

Lieber Pavel,

vielen Dank auch für Deine erneute Einladung. Es tut mir sehr leid, sie ablehnen zu müssen, und es fällt mir nicht leicht, Dir den Grund – oder besser: die Gründe – dafür zu nennen. Zum einen befürchte ich, dass unser freundschaftliches Verhältnis gegenwärtig sehr schnell zerbrechen würde an unseren sehr gegensätzlichen Ansichten über die Perestroika.

Was für Dich – wie für die meisten meiner Kollegen hier – eine erfreuliche Erneuerung des Sozialismus darstellt, ist meiner Überzeugung nach ein Prozess der Zerstörung der Grundlagen des Sozialismus und der Verwandlung der Sowjetmacht in einen ordinären bürgerlichen Staat. Dieser Prozess ist schon so weit vorangetrieben worden, dass es – wie in Polen, Ungarn bei uns und in allen ehemals sozialistischen Ländern Europas keine Umkehr mehr geben kann; wer aber glaubt, dass der Zug an einer Station „Präsidentenskandidat Gorbatschow“ Halt machen wird, der gibt sich erstaunlichen Illusionen hin.

Selbst eine Präsidentschaft des noch weiter rechts stehenden Jelzin – (er steht rechts von Gorbatschow, nicht links, wie man in Euren Zeitungen lesen kann) – würde nur eine Durchgangsstation sein zu einem „kommunistenfreien“ Russland; und es steht sehr zu befürchte, dass die soziale Rache der wieder an die Macht gebrachten Konterrevolution bürgerlicher Observanz sich nicht mit der Wiederherstellung einer Art Kerenski-Regierung^[15] zufrieden gibt, sondern die rabiatesten Antikommunisten und Antisemiten von der Leine lässt, die sich heute ja schon nicht mehr nur in den baltischen und kaukasischen Randstaaten offen zeigen, sondern bereits im Herzen Moskaus.

Dies mag Dir jetzt noch als eine absurde Horrorvision eines in Panik geratenen „Konservativen“^[16] erscheinen; aber von Panik sind solche Visionen in keiner Weise hervorgebracht, sondern allein von der Gewissheit, dass die Zeiten des Klassenkampfes keineswegs der Vergangenheit angehören, sondern dass wir gegenwärtig Zeugen und Betroffene des schärfsten Klassenkampfes und des Triumphes des Imperialismus über die antiimperialistischen Kräfte sind, der die Menschheit hinter den Oktober 1917 zurückwirft und alle seit 1917 gebrachten Opfer für den sozialen Fortschritt zu vergeblich gebrachten Opfern macht.

Der Klassenkampf hat seine eigenen Gesetze: wer die gebändigten Kräfte der Konterrevolution entfesselt, kommt durch sie um. Vorläufig erhalten diese Kräfte aus dem Westen noch den Ratschlag, sich zurückzuhalten und ihren Rachedurst zu zügeln, weil man dort, in Washington, London, Paris und Bonn fürchtet, bei einem zu raschen und brutalen Vorpellen könnten sich in der Sowjetarmee noch Kräfte finden, die den Prozess der Selbstauflösung und des Zerfalls durch Errichtung einer Militärdiktatur zu stoppen versuchen. Wenn sie aber die Gewissheit erlangt haben, dass eine solche Gefahr nicht mehr besteht, dann werden sie auch nicht mehr darum bangen, dass Gorbatschow sich an der Spitze halten kann, dann werden sie selbst die modernen „Schwarzhunderter“^[17] von der Leine lassen, und dann – so ist zu befürchten – wirst Du im eigenen Lande genügend Material finden, in dem der Zusammenhang von Konservatismus und Schwarzhundertertum zu studieren sein wird.

Der andere Grund dafür, dass ich Deiner Einladung nicht folgen kann, hängt natürlich mit dieser meiner Einschätzung zusammen. Ich will und kann nicht mehr in die Sowjetunion reisen, weil es mich zu tief schmerzt, die Rückverwandlung dieses Landes der Hoffnung meiner Jugend, der Hoffnung aller nach Befreiung vom Imperialismus strebenden Menschen und Völker, in ein kapitalistisches, vom Imperialismus wieder erobertes Land auch noch aus allernächster Nähe zu erleben. Es ist schon schlimm genug, dies im eigenen Land, in der DDR, erleben zu müssen.

Lieber Pavel, ich hoffe sehr, dass wir trotz solch tiefer Meinungsverschiedenheiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Verbindung bleiben

und grüße Dich herzlich, Kurt Gossweiler.

[15] Nach dem Sturz des Zarismus in der Februar-Revolution wurde zunächst eine Provisorische Regierung gebildet aus Vertretern der Menschewiki (Sozialdemokraten) und der Sozialrevolutionäre, deren Führer A.F. Kerenski war. Als die Provisorische Regierung im Juli 1917 umgebildet wurde, um den Krieg trotz des wachsenden Widerstandes im Volk und in der Armee weiter zu führen, rückte Kerenski vom Minister zum Ministerpräsidenten auf.

[16] Die Bezeichnung der am Marxismus-Leninismus Festhaltenden als „Konservative“ war gängiger Brauch bei Gorbatschow und den Perestroika-Anhängern und ist es auch heute noch bei „demokratischen Sozialisten“, „Erneuerern“ in den Kommunistische Parteien.

[17] „Schwarzhunderter“ – vom Zarismus geschaffene bewaffnete Formationen zur Ergänzung des Polizeiterrors gegen die fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen. Dazu schrieb Lenin (Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 193): „Die Sprungfedern der Polizeimaschine haben nachgelassen, militärische Kräfte allein genügen nicht. Man muss ... aus den Reihen der am wenigsten aufgeklärten Schichten der städtischen (und später selbstverständlich auch der ländlichen) Kleinbourgeoisie „Schwarzhunderschaften“ rekrutieren, man muss versuchen, alle reaktionären Elemente in der Bevölkerung selbst zur Verteidigung des Throns zusammen zu schließen, man muss den Kampf der Polizei gegen Zirkel in einen Kampf des einen Teils des Volkes gegen den anderen Teil des Volkes verwandeln.“

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 22. 03. 1990

Lieber Peter,

kaum zu glauben, seit Deinem letzten Brief sind schon wieder über zwei Monate vergangen – und was für welche! Du hattest darin noch geschrieben: „...denn von Euch hängt viel Entscheidenderes ab, als von uns – ob wir uns behaupten oder nicht – von Euch erfahren wir aber auch Ermutigendes...“ Wenn man das heute liest, nach diesem Wahlergebnis! „An D-Mark hängt, zur D-Mark drängt doch alles“ – frei nach Goethe.

Aber abgesehen von diesem „schwarzen“ Wahlergebnis war doch seit November klar, dass die Entwicklung hin zum „Anschluss“ nicht mehr aufzuhalten ist; die Preisgabe der Kontrolle über die Grenze ist gleichbedeutend mit der Preisgabe der Kontrolle über die Wirtschaft.

Ich danke Dir für den Vermittlungsdienst zu Jupp Schl., der mir inzwischen auch schon eine Antwort zukommen ließ, wie Du sicher schon weißt. In Gedanken bin ich schon seit langem dabei, die begonnene Diskussion mit ihm fortzusetzen, aber es ist einfach unmöglich, die Zeit zu finden, die eigenen Gedanken zu Papier zu bringen. Jeder Tag bringt neues Material, das verarbeitet werden muss, ganz besonders Bedenkenswertes über die Ergebnisse der immer fragwürdiger werdenden „Erneuerung des Sozialismus“, Perestroika genannt, deren Erstaunlichstes ja wohl darin besteht, dass der „Demokratisierungsprozess“ nun darin gipfelt, ein Präsidentenamt hervorgebracht zu haben mit bisher nie da gewesener diktatorischer Machtvollkommenheit.

Übrigens ist die DVZ nun doch wiedererstanden, ich werde sie aber abbestellen, sie ist erstens zu teuer geworden, zweitens kann ich das intellektuelle Linksertum mit seiner besserwisserischen Ahnungslosigkeit nur schwer ertragen. – Gerade habe ich mir die Nummern 11 und 12 nochmals angesehen: ich werde mit dem Abbestellen noch warten; einiges Lesenswertes, das man woanders nicht findet, ist doch in jeder Nummer.

Ich habe in alten Sachen gekramt, und da fand ich u.a. den Brief, von dem ich Dir einen Ausschnitt beilege. Er ist gerichtet an einen sowjetischen Freund – er war Lehrer an der Antifaschule in Taliza, und ich war sein Assistent – und datiert vom 18. Februar 1957. (Ich hätte ihn gelegentlich gern zurück.) Du magst daraus ersehen, wie alt (und verhärtet, versteinert?) meine Ansichten über die Wurzeln und Ursachen der Katastrophe sind.

Preisfrage: Hat die Katastrophe diese Ansichten bestätigt oder widerlegt? Vorläufig und für länger bleibt eine Streitfrage.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: Miecyslaw Woiciechowski, genannt „Mietek“, Polen, 16. 04. 1990

Lieber Mietek,

es wird Zeit, wieder einmal ein Lebenszeichen nach Torun zu senden und nach Deinem und Deiner Familie Ergehen zu fragen. Aus Deinem letzten Brief habe ich zu meiner Beruhigung gesehen, dass Du von den Wogen der Konterrevolution (noch?) nicht aufs Trockene gesetzt wurdest, ich hoffe, es bleibt bei Dieser Normalität in diesen – wie Du zu Recht schreibst – „komplizierten Zeiten“.

Ich bin da natürlich in einer „privilegierten“ Stellung – weil bereits emeritiert. Jene meiner Genossen, die sich nicht schnell „gewendet“ haben – es sind das allerdings nur ganz wenige, die meisten haben eine große Wendigkeit in der Einstellung auf die neuen Herren gezeigt – haben es da sehr viel schwerer.

Als sich unsere Partei ein neues Programm und Statut gab, habe ich auch sehr überlegt, ob diese Mischung aus Sozialdemokratie und Restbeständen an Marxismus noch meine Partei sein kann; ich habe mich aber dann doch entschlossen, in der PDS zu bleiben, weil sie die einzige Partei ist, in der unsereins überhaupt noch Gleichgesinnte findet, und weil ich mit den Genossen, mit denen ich seit Jahrzehnten verbunden bin, verbunden bleiben möchte. Aber der ideologische Wirrwarr ist ungeheuer, und die Nebel werden sehr, sehr langsam weichen. Hochkonjunktur hat die einseitigste Schwarzmalerei der Vergangenheit.

Dabei ist unbestritten, dass es Kritikwürdiges in großen Mengen gab; aber wer die Hauptursache des Unterganges des Sozialismus in unserem Land allein sucht, hat ein viel zu sehr eingegengtes Blickfeld: schließlich erfolgt der Zusammenbruch nicht in einem einzigen Land allein, sondern in ganz Osteuropa, die Sowjetunion eingeschlossen; und es ist die Politik der jetzigen dortigen Führung, die ganz offensichtlich auf die Restauration bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse Kurs genommen und damit grünes Licht gegeben hat für alle restaurativen Kräfte in den volksdemokratischen Ländern, während sie gleichzeitig all jenen Kräften den Boden unter den Füßen entzog, die wirklich den Sozialismus erhalten und verbessern wollten.

In gesundheitlicher Hinsicht geht es uns beiden normal, will sagen, lediglich mit den unvermeidlichen Abnutzungserscheinungen belastet, die eben auftreten, wenn man mehr als 70 Jahre auf dieser Erde herumkrabbelt. In der wissenschaftlichen Arbeit habe ich mich jetzt – privat – ganz der Ursachenforschung für den Zusammenbruch des Sozialismus zugewandt, also den letzten 40 Jahren. Was dabei herauskommt, wird allerdings zu meinen Lebzeiten kaum publiziert werden, dazu steht es zu sehr quer zu den jetzt geläufigen Erklärungen.

Lieber Mietek, ich lege Dir wieder einige Briefmarken bei. Ich denke, Deine DDR-Sammlung wird an Wert enorm steigen, da natürlich die Briefmarken eines untergegangenen Staates eine besondere Rarität darstellen... (Ich würde allerdings auf eine derartige Wertsteigerung gern verzichten haben.)

Für heute mag es genug sein.

Wir grüßen Dich und Deine Familie ganz herzlich,

Dein Kurt Gossweiler

An: J. Uesugi, Japan, 15. 04. 1990

Lieber Professor Uesugi,

vielen Dank für Ihre letzten beiden Briefe, die mir wertvolle Beweise ihrer fortwährenden Verbundenheit mit der DDR sind – mit einer DDR, die es ab jetzt aber nicht mehr gibt.

Sie möchten meine Ansichten kennen lernen zu den Ursachen, die zum Untergang des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden führten. Ich glaube, das werden Sie am besten den Briefen und Aufzeichnungen entnehmen können, die ich diesem Brief beilege. ...Zur Erläuterung nur einige Bemerkungen:

Obwohl ich mir darüber klar bin, dass es auch innere Ursachen für den Zusammenbruch des sozialistischen deutschen Staates gibt, sehe ich die Hauptursachen dafür in den äußeren Einwirkungen: Es ist ja kein Zufall, dass kein einziger sozialistischer Staat in Europa übrig bleiben wird – nicht einmal Albanien, das sich mit am konsequentesten immun hielt gegen die revisionistischen Krankheitskeime, deren Hauptherd seit Mitte der fünfziger Jahre die Chruschtschow-Fraktion in der UdSSR, sodann die polnische und die ungarische Führung waren. Gar nichts halte ich von den beigelegten Erklärungen, die besagen, es seien die „stalinistischen Strukturen“ gewesen, die zum Zusammenbruch geführt hätten, denn das wirft folgende Fragen auf:

1. Wieso konnte unter diesen „stalinistischen Strukturen“ die Sowjetunion von 1917 bis 1941 den Beweis der Überlegenheit über die kapitalistischen Strukturen erbringen und wahre Wunder, die niemand für möglich hielt, vollbringen, nämlich aus dem zerrütteten, rückständigen Russland einen modernen, ökonomisch, politisch und moralisch so starken Staat gestalten, der der stärksten imperialistischen Kriegesmaschinerie standhielt, die vorher ganz Europa eroberte?
2. Wieso kann man in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn nach 1956, nachdem dort die Antistalinisten Chruschtschow, Gomulka und Imre Nagy/Kadar die Politik bestimmten, noch von „stalinistischen Strukturen“ reden? (von Jugoslawien ganz zu schweigen!)
3. Was ist denn überhaupt mit diesen Strukturen gemeint? Offenbar erstens: Die Hegemonie der führenden Partei; und zweitens: die Führung der Wirtschaft durch den Staat nach den Prinzipien einer geplanten Wirtschaft. Aber unter solchen Strukturen können ganz unterschiedliche Inhalte verborgen sein. Die Hegemonie der Partei wird nur dann zum Aufbau und zur Entfaltung des Sozialismus führen, wenn diese Partei eine marxistisch-leninistische Partei ist; wenn der Inhalt der Politik dieser Partei hingegen revisionistisch ist, muss das zum Niedergang und zur Liquidierung des Sozialismus führen. Das gleiche gilt für die Planwirtschaft: sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie wissenschaftlich ist, d.h. die grundlegenden Gesetze sozialistischen Wirtschaftens beachtet, und da steht an erster Stelle: sie muss internationalistisch sein und zweitens ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus wahren. Beides traf für die sozialistischen Länder ab Mitte der 50er Jahre nicht mehr zu.
4. Inzwischen wird immer deutlicher, dass die Spitzen des „Anti-Stalinismus“ gar nicht gegen den sog. „Stalinismus“, sondern gegen den Leninismus (und das heißt in der Endkonsequenz: gegen den Marxismus) gerichtet sind.

Mit einem Wort: Den sozialistischen Staaten, die aus den Parteien der III. Internationale hervorgegangen sind, wurde das gleiche Schicksal zuteil wie der II. Internationale: sie sind daran zu Grunde gegangen, dass sie von innen her vom Revisionismus zerfressen wurden, weil seit der Mitte der 50er Jahre in einigen von ihnen, besonders in der KPdSU, jene Kräfte die Oberhand gewannen, die vor den Schwierigkeiten des ungleichen Kampfes gegen den gewaltig – ökonomisch – überlegenen Imperialismus zurückschreckten und deshalb - wie Bucharin schon in den 20er Jahren - nach einem weniger schwierigen, weniger mühsamen und weniger opferreichen Weg suchten - nämlich, indem sie propagierten, man könne den Sozialismus am besten dadurch zum Siege führen, indem man seinen Aufbau der Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Imperialisten anvertraut. Indem die kommunistischen Parteien das Rezept der Sozialdemokratie übernahmen, konnte nichts anderes dabei herauskommen als das, was seit je-her das Ergebnis sozialdemokratischer Politik ist: die Restauration des Kapitalismus.

Jetzt muss alles noch einmal von vorn gelernt werden: das ABC des Klassenkampfes, und es wird Jahrzehnte dauern, bis Generationen herangewachsen sind, die auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen das Gift des Revisionismus, das jetzt den Organismus fast aller kommunistischer Parteien zersetzt hat, wieder ausgeschieden haben und dadurch im Stande sein werden, unter den hoffentlich günstigeren Bedingungen das sozialistische Ziel zu erkämpfen.

Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 05. 05. 1990

Lieber Peter,

morgen werden wir für eine Woche in die Berge (nur in die Sächsische Schweiz) fahren, vorher möchte ich noch einige Gedanken zu zwei Artikeln, die mich sehr bewegten, loswerden. Zunächst aber vielen Dank für Deine letzten beiden Sendungen. Was meinen Brief an meinen sowjetischen Bekannten betrifft, so wirst Du ja richtig verstanden haben, dass für mich das Wichtigste nicht die Einschätzung des Klassenbewusstseins unserer Leute war, sondern das Lob für unsere Parteiführung dafür, dass sie die revisionistische Politik, wie sie in Polen und Ungarn praktiziert wurde, nicht mitgemacht hat.

Und damit bin ich schon bei meinem heutigen Thema. Aus gegebenem Anlass – nämlich der in Mode gekommenen Bucharin-Glorifizierung – habe ich in den Sämtlichen Werken Lenins dessen Referat auf der Sitzung des Allrussischen Exekutivkomitees vom 29. April 1918^[18] nachgelesen, in dem er sich ausführlich mit den „Linken Kommunisten“ auseinandersetzt, deren Führer damals Bucharin war. Sie hatten Lenin scharf attackiert, und zwar erstens wegen des Abschlusses des Brester Friedens^[19] (sie verlangten dagegen als einzig mögliche „revolutionäre“ Politik die Erklärung des heiligen revolutionären Krieges zur Vernichtung des Imperialismus in Europa), zweitens, weil Lenin erklärte, die kleinbürgerliche Anarchie müsse mit Hilfe des „Staatskapitalismus“ überwunden werden. Es ist dies eine lohnende, geradezu aktuelle Lektüre, wiewohl etwas beschwerlich ohne Kenntnis der damaligen Situation.

Besonders bemerkenswert fand ich folgende Ausführungen Lenins: „Das wichtigste Kampffeld gegen uns ist für unsere Gegner aus dem kleinbürgerlichen Lager das Gebiet der inneren Politik und des wirtschaftlichen Aufbaus. Ihre Waffe ist – die Untergrabung all dessen, was das Proletariat dekretiert und beim Aufbau der organisierten sozialistischen Wirtschaft durchzuführen sucht. Hier tritt die kleinbürgerliche Anarchie – die Anarchie der kleinen Eigentümer und des zügellosen Egoismus – als entschiedener Feind des Proletariats auf.“ (S. 540) Lenin hat mehrfach betont, dass es leichter ist, die Bourgeoisie zu stürzen, als diese Elementargewalt der kleinbürgerlichen Anarchie zu bändigen. Die Erfahrungen, die wir von 1941-1945 und von 1955-1990 machen konnten und machen mussten, zeigen die Umkehrung dieser Feststellung: Den Sozialismus zu stürzen ist viel schwerer durch einen offenen konterrevolutionären Angriff als durch die Wiederbelebung und Entfesselung dieser kleinbürgerlichen Elementargewalt. Gerade auf diesem Wege wurde in Gomulka-Polen und im Imre-Nagy- und Kadar-Ungarn der Sozialismus verfälscht, Jahrzehnte lang unterminiert und ausgehöhlt, ohne dass jemals möglich war, die Verderblichkeit dieser Politik öffentlich zu diskutieren, denn wir hatten ja seit 1955 das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die „besonderen nationalen Wege“ diktiert bekommen. Aber damit nicht genug: ab 1985 wurden die polnischen und ungarischen „Reformen“ sogar als vorbildlich gelobt und zur Nachahmung empfohlen und in der Sowjetunion auch mit allem Nachdruck eingeleitet. Das Ergebnis ist genau der Zustand, den Lenin als kleinbürgerliche Anarchie gekennzeichnet hat. Aber Schuld daran hat natürlich einzig und allein der Georgier...

Auf S. 544 stellt Lenin fest, nicht die Massen, sondern „die deklassierte Intelligenz“ habe den Brester Frieden abgelehnt, den sie „nicht nur für eine Schande, sondern für nutzlos“ hielt. Muss man Lenin etwa auch der „Intelligenzfeindlichkeit“ beschuldigen?

S. 549: „In der Frage der Außenpolitik (haben wir) vor uns zwei Hauptlinien: die proletarische Linie, die besagt, dass die sozialistische Revolution höher als alles steht ... und die andere Linie, - die bürgerliche Linie - die besagt, dass die Großmachtstellung und die nationale Unabhängigkeit wichtiger ist als alles andere.“ (Muss man hier noch näher erlauern, von welcher Position aus die heute übliche Kritik am Nichtangriffsvertrag^[20] geübt wird?)

Die letzten Ausführungen Lenins sind eine gute Überleitung zu der zweiten Leseempfehlung, zu dem beigelegten Artikel des Herrn G.V.Batenin, „Generalmajor und Militärexperte des ZK der KPdSU“. Wenn man heute Kommunisten fragt, welche Ereignisse des politischen Lebens in Europa sie für die wichtigsten hielten, dann dürfte wohl von keinem eine andere Antwort kommen als: `Das Scheitern des Sozialismus in Europa, dessen letzten Akt wir in der Sowjetunion erleben`. Anders Herr Batenin (Militärexperte des ZK der KPdSU!). Seine Antwort: „Von allen Ereignissen des politischen Lebens in Europa ist die Vereinigung Deutschlands das wichtigste.“ Hurra, wir sind wieder da! Wir haben noch nachträglich den Zweiten Weltkrieg gewonnen! Der Sozialismus ist für Herrn Batenin (Militärexperte des ZK der KPdSU!) kein Thema. In seinem ganzen Artikel kommt er nur einmal vor – als „Kasernen-sozialismus“.

Fragt man Kommunisten nach der Bedeutung von Jalta und Potsdam, dann dürfte von jedem, der die Geschichte kennt, nur eine Antwort kommen: Das war die von der Sowjetunion in zähem Ringen erkämpfte Legitimation für die Entmachtung der Naziaktivisten und Kollaborateure, also für den demokratischen Neubeginn im Nachkriegseuropa, die „Rahmenbedingung“ – um ein jetzt gern und oft verwandtes Wort zu benutzen – für die Entstehung sozialistischer Staaten in Europa. Ganz anders Herr Batenin (Militärexperte des ZK der KPdSU!): „Jalta und Potsdam wurden nach Helsinki zu einem Anachronismus des `Kalten Krieges`. Dessen vorderste Linie war die Linie der Spaltung Deutschlands.“ Der Kalte Krieg war natürlich schlecht, also war auch die Spaltung Deutschlands schlecht! Damit war auch schlecht und überflüssig die Gründung einer antifaschistischen, sozialistischen Republik auf deutschem Boden und überhaupt sozialistischer Staaten in Europa! Alles nur Kalter Krieg! Ein Glück, dass Jalta und Potsdam durch Helsinki ausgelöscht wurden!

Aber mit einem hat der Mann natürlich Recht: Ja, Helsinki war bereits eine Kapitulations-urkunde der sozialistischen Staaten, denn sie ließen sich von den imperialistischen Staaten einen Verhaltenskodex aufzwingen, der ihre Souveränität einschneidend einschränkte, in dem naiven Glauben, mit der Grenzgarantie dafür eine Existenzgarantie eingehandelt zu haben. (Als die Helsinki-Geschichte begann mit dem Ruf nach einer gesamteuropäischen Konferenz, der vor allem von Ungarn ausging – womit noch nicht gesagt ist, wer der wirkliche Initiator war – war das mit unglaublichen pazifistischen Illusionen und über den Klassen schwebendem Harmonie-Gesäusel begleitet. Meine damaligen Bedenken, die aber noch gar nicht groß genug waren, kannst Du aus dem beigelegten Brief von damals entnehmen.)

Also, führ Dir den ganzen Artikel des Herrn Batenin (Militärexperte des ZK der KPdSU – man kann es gar nicht oft genug wiederholen, um zu begreifen, welche Sorte Leute dort jetzt Politik macht!) zu Gemüte und lass mich Deine Gedanken dazu wissen. Nur noch eins: der ganze Artikel ist natürlich nur dazu geschrieben, die demnächst erfolgende Zustimmung Gorbatschows zum Eintritt ganz Deutschlands in die NATO vorzubereiten. Zur gleiche Zeit wird aber noch der Schein aufrecht erhalten, als halte man an seinem „Nein“ fest! „Glasnost“? Oder wie sollte man das treffender nennen? (Überschrift in der Berliner Zeitung vom 4.5.1990: „Sowjetischer Militärexperte: Ganz Deutschland doch in der NATO“. Überschrift der BZ am 5.5.1990: „Sowjetunion bleibt beim Njet zur NATO-Mitgliedschaft“.) Ich fühle mich nicht nur von Kohl verkohlt!

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

[18] Dieses Referat Lenins ist auch – mit einer nicht wort-identischen Übersetzung – zu finden in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 27. Die angeführten Zitate stehen dort auf den S.275, 279 und 283.

[19] Um im Bürgerkrieg zu bestehen, brauchte die Sowjetmacht dringend die Beendigung des Krieges mit Deutschland. Daher wurden mit Deutschland seit Dezember 1917 Friedensverhandlungen geführt. Die deutschen Militaristen stellten unerhört schwere Friedensbedingungen- die Abtrennung der Ukraine, und der baltischen Republiken sowie die Zahlung von Kontributionen. Lenin forderte dennoch ihre Annahme, die aber zunächst von einer Mehrheit der Parteiführung mit Trotzki und Bucharin an der Spitze verweigert wurde. Erst, nachdem die deutsche Armee in einer Offensive weit vorstieß, konnte sich Lenin durchsetzen. Am 3. März wurde der Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Brest-Litowsk unterzeichnet. (S. dazu Kapitel VII, Abschnitt 7 des „Kurzen Lehrgang“ der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“).

[20] Es handelt sich um den Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. August 1939, den die Sowjetunion abschloss, nachdem ihre monatelangen Bemühungen, in Verhandlungen mit Frankreich und England zum Abschluss eines Vertrages für kollektive Sicherheit gegen einen deutschen Angriff zu gelangen, an deren Weigerung gescheitert waren, in gleicher Weise der Sowjetunion Hilfe zu leisten, wie diese sie ihren Partnern leisten würde. (S. dazu meinen Aufsatz „Betrachtungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag“ in „Wider den Revisionismus, Aufsätze, Vorträge, Briefe aus sechs Jahrzehnten“, München 1997, S. 167-191).

An: „Neues Deutschland“, Leserbriefredaktion, 10. 06. 1990

Werte Genossen!

In Gregor Gysis Referat auf der Klausurtagung war für mich eine der wichtigsten Feststellungen jene vom großen Nachholebedarf bei der Ausformung des politischen Selbstverständnisses der PDS, ihrer Programmatik, die ohne theoretische Fundamente nicht zu gewinnen ist.

So dringend das Bedürfnis ist, diesen Nachholebedarf zu befriedigen, so ungünstig ist die gegenwärtige Situation für die rasche Lösung einer solchen Aufgabe. Nicht nur wegen der allgemeinen Unsicherheit über das, was der nächste Tag bringt, sondern vor allem, weil eine solch betäubende Niederlage, wie wir sie erlitten haben, - (und noch erleiden, denn der Zusammenbruch des Sozialismus auch in der Sowjetunion gehört dazu) – die davon Betroffenen gewöhnlich für eine geraume Zeit unfähig macht zu einer emotionslosen, nüchternen Analyse, die nicht nur die nächstliegenden und am aufdringlichsten in die Augen springenden Ursachen erfasst, sondern zu den tiefer liegenden, nur mühevoll freizulegenden vordringt.

Die Geschichte bietet viele Beispiele dafür, dass in Glaubenskriegen die Besiegten die Schuld für ihre Niederlage ihren bisher angebeteten Gottheiten zuschrieben und sich zum Glauben der Sieger bekehrten, weil deren Götter offenbar die stärkeren waren.

Nicht wenige der Artikel, die ich in den letzten Monaten im ND und anderswo las, erinnern mich an solche historischen Vorbilder. Mancher, der früher seine Texte nach der Liedzeile ausrichtete: „Die Partei, die Partei, sie hat immer Recht“, schreibt jetzt im Sinne eines gewendeten Textes: „Die Partei, die Partei, sie hatte niemals Recht!“

Die Niederlage des Sozialismus ist unbestreitbar eine Niederlage der kommunistischen Bewegung und ein Sieg der Sozialdemokratie. Für nicht wenige ist damit erwiesen, dass der Revisionismus die richtige Theorie und Strategie hervorgebracht hat, der Leninismus dagegen durch die Praxis widerlegt ist. Durch die Ereignisse seit dem Herbst 1989 sind wohl für längere Zeit die dunklen Seiten der Geschichte der Sozialdemokratie – der August 1914, die Ebert-Noske-Taten in der Novemberrevolution von 1918, der 20. Juli 1932 und der 30. Januar 1933, oder auch die Erdrosselung der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974 – ebenso aus dem Bewusstsein verdrängt, wie die menschenbefreienden Wirkungen der russischen Oktoberrevolution und des Sieges der Roten Armee über die faschistischen Invasoren und Völkermörder.

Der wahre Sieger über den Sozialismus und die kommunistische Bewegung ist indessen nicht die Sozialdemokratie, sondern das Kapital, und es wird sich zeigen, dass die Kommunisten nicht die alleinigen Verlierer sind, sondern die Lohn- und Gehaltsabhängigen, die Bauern und die kleinen Selbständigen, die künstlerische und wissenschaftliche Intelligenz ebenfalls. Sie alle werden nur dann ihre Interessen gegen den verstärkten Druck des triumphierenden Kapitals einigermaßen erfolgreich verteidigen können, wenn sie sich nicht auseinanderdividieren lassen.

„Wir jedenfalls werden den alten Fehler nicht wiederholen, in der Sozialdemokratie unseren Feind zu sehen“, - dies ist die Schlussfolgerung der PDS aus diesem Tatbestand, formuliert von Gregor Gysi in seinem eingangs bereits zitierten Referat. So sehr dem zuzustimmen ist, so wenig einverstanden kann ich mit Gysis im gleichen Referat ausgesprochener Ansicht sein, die da lautet: „Diese Reformen des Kapitalismus sind meines Erachtens ein historisches Verdienst der Sozialdemokratie, zumindest von Teilen von ihr.“ Es geht nicht darum, überhaupt sozialdemokratische Verdienste an Reformen zu leugnen, sondern darum, sie ihnen ganz alleine zuzusprechen. Mir scheint, dass in dieser Hinsicht Antje Vollmer von den BRD-Grünen trotz ihres ausgeprägten Antikommunismus die Sache gerechter beurteilt, wenn sie feststellt: „Ich glaube, dass der Sozialismus seine überzeugendste Leistung nicht im sozialistischen Lager, sondern in seinen Wirkungen auf den Kapitalismus erbracht hat. Der hätte sich ohne dieses Gegengewicht verheerend entwickelt.“ („Spiegel“-Streitgespräch zwischen Antje Vollmer und Gregor Gysi im „Spiegel“, Nr. 14 – 1990, S. 68) Ohne dieses „Gegengewicht“ wären die Chancen der Sozialdemokratie, erfolgreich für Reformen zu streiten, um ein Vielfaches geringer gewesen; die sehr notwendige selbstkritische Beurteilung des eigenen Wirkens sollte bei uns doch nicht so weit gehen, auch noch dessen positive Seiten anderen zuzuschreiben.

Übrigens enthält Antje Vollmers zutreffende Feststellung auch eine Mahnung an all jene, die zu einer gar zu optimistischen Beurteilung der Reformwilligkeit des Kapitalismus neigen, sich die Frage vorzulegen, was von einem Kapitalismus zu erwarten ist, der seine Herrschaft wieder über das ungeteilte Europa bis zum Ural ausgedehnt hat und von keinem sozialistischen „Gegengewicht“ mehr gezügelt wird.

Für die notwendige Ausformung des politischen Selbstverständnisses und die Gewinnung einer tragfähigen theoretischen Grundlage der PDS ist die Frage nach dem Verhältnis zum Marxismus-Leninismus, den die

kommunistische Bewegung zu ihrem theoretischen Fundament erklärt hatte, von erstrangiger Bedeutung. In der Beantwortung dieser Frage hat sich innerhalb der PDS ein rascher Wandel vollzogen: wenn bei den auf Reformen drängenden Kräften innerhalb der alten SED die Ansicht dominierte, der Sozialismus sei in die Krise geraten durch die Abweichung des Stalinismus vom Leninismus, so ist jetzt in der PDS – dabei dem in der Sowjetunion schon seit längerem anhaltenden Trend folgend – immer stärker die Ansicht dominant, es sei der Leninismus selbst ein Irrweg, der folgerichtig in die Sackgasse geführt habe.

Kennzeichnend für beide Standpunkte ist, dass sie schnell entworfene Konstruktionen sind zur Erklärung eines für ihre jeweiligen Autoren wie für alle Kommunisten völlig unerwarteten und unvorhergesehenen Ereignisses – eben des Zusammenbruchs des Sozialismus -, nicht aber Erkenntnisse, die auf gründlicher Forschung beruhen und somit ihren Autoren erlaubt hätten, das zu prognostizieren, was sie jetzt rückblickend als unvermeidliches und folgerichtiges Ergebnis erklären; mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass irgendeiner der Autoren, die jetzt diese These verfechten, etwa zu Beginn der Perestrojka, als Gorbatschow die Vision des erneuerten Sozialismus und einer Sowjetunion verkündete, die im Jahr 2000 an der Spitze des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stehen würde, - das ist noch keine vier Jahre her! -, schon Zweifel an der Realisierbarkeit dieser Vision geäußert hätten.

Das ist absolut nicht als Vorwurf gesagt. Und es beweist natürlich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit der einen oder der anderen These. Aber es besagt: beide Ansichten sind bislang nur Hypothesen, Annahmen, deren Richtigkeit erst noch zu beweisen ist. Was bislang für die eine oder die andere Ansicht an Argumenten vorgebracht wurde, ersetzt nicht die notwendige und aufwändige Überprüfung des gesamten historischen Materials. Denn es kann ja wohl nicht als ausreichend eine Argumentation betrachtet werden, deren Quintessenz in dem Satz zusammengefasst werden kann: „Da der von Lenin begründete sozialistische Staat unter Lenins Nachfolgern die unbändige Lebenskraft einbüßte, die er zu Lenins Lebzeiten und noch eine geraume Zeit darüber hinaus in so erstaunlichem Maße entfaltete, und da er schließlich im Jahre 1990 – also 66 Jahre nach Lenins Tod! – im anscheinend unaufhaltsamen Zerfall begriffen ist, ist erwiesen, dass Lenins Lehren durch die Geschichte widerlegt sind.“

Um eine solche Argumentation schlüssig und unwiderlegbar zu machen, müsste schon nachgewiesen werden, dass Lenins Nachfolger seinen Lehren wirklich gefolgt sind. Und dieser Nachweis müsste nicht nur bis zum Jahr 1953, sondern bis heran an die Gegenwart erbracht werden. Es gibt nämlich ausreichende Gründe dafür, anzunehmen, dass auch in der Nach-Stalin-Zeit von dem Wege, den die Lenin'schen Erkenntnisse vorzeichneten, nicht unerheblich abgewichen wurde. Wenn z.B. im Jahre 1961 die damalige Führung der KPdSU in das neue Programm hineinschreiben ließ, die Sowjetunion würde die USA in der Pro-Kopf-Produktion im Jahre 1970 überflügeln und im Jahre 1980 die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet haben, und wenn zum Hauptfeld des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus nicht die Festigung der Grundlagen für die erweiterte Reproduktion, sondern die Konsumgüterproduktion erklärt wurden, dann spricht das deutlich davon, dass damals wichtige Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie missachtet wurden; und wenn wir bei Gorbatschow lesen, die Oktoberrevolution sei (nur deshalb) kein Fehler gewesen, weil die reale Alternative zu ihr nicht eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern eine blutige Militärdiktator gewesen sei (ND, 28.11.1989), dann gibt es auch bei größtem Bemühen keine Möglichkeit, ein solches Verständnis des Verhältnisses von bürgerlicher Demokratie und sozialistischer Revolution mit demjenigen Lenins zum gleichen Gegenstand in Übereinstimmung zu bringen.

Was mit alledem vor allem gesagt sein soll, ist dies: so einfach, wie es sich heutzutage einige Autoren und neue Theoretiker mit der Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs des Sozialismus machen, darf es sich eine sozialistische Partei nicht machen, die nicht nur aus den Trümmern retten will, was zu retten ist, sondern die zu einer dauerhaften Kraft werden will, die einen nicht nur „visionären“, sondern realistischen und gangbaren Weg weisen will zu dem zwar nach aller gegenwärtigen Voraussicht noch in sehr weiter Ferne liegenden, aber nach wie vor als einzige Alternative der Menschheit zum Kapitalismus erkannten sozialistischen Ziel.

Kurt Gossweiler

An. Peter Gingold, Frankfurt/M, 17. 06. 1990

Lieber Peter,

heute, am Jahrestag des 17. Juni 1953, ist das Bedürfnis, sich mit guten Freunden zu unterhalten, besonders groß. Nicht nur wegen des Triumphes der Sieger über den Sozialismus, mehr noch wegen der würdelosen, schmachvollen Unterwerfung Vieler, die einst mit – offenbar nur scheinbarer – voller Überzeugung den antifaschistischen Schutzwall begrüßten und seine Notwendigkeit Jahrzehnte lang begründeten.

Viele Angehörige meiner Zunft und viele Journalisten haben sich in den letzten Wochen und Monaten als die schamlosesten Kapitulanten erwiesen und verkaufen sich regelrecht an die neuen Machthaber. Und selbst Leute, die noch versuchen, Positionen zu bewahren, kommen ohne ideologischen salto mortale nicht aus. Ich habe die heutige Berliner Zeitung vor mir mit dem Leitartikel von Thomas Leinkauf zum 17. Juni, in dem er beteuert, er halte die „deutsche Vereinigung für wünschenswert, weil die Spaltung der deutschen Nation ... die unnatürliche Folge der Spaltung des Kontinents war“. Nachträglich bedauern solche – ehemaligen? – Sozialisten das Entstehen sozialistischer Staaten in Europa, bedauern, dass die Alleinherrschaft des Imperialismus gebrochen wurde!

Wie wohltuend war es dagegen, den Leitartikel von Ernst Buschmann in Euren Informationen zur Wiedervereinigung zu lesen! Und auch Dein Beitrag über die Résistance mit der klaren Einschätzung der infamen Politik der Westmächte und mit dem optimistischen Ausblick – der natürlich nichts zu tun hat mit Illusionen darüber, dass wir den Tiefpunkt unserer Niederlage noch längst nicht erreicht haben – hat mir wohl getan, weil er bewies, was ich zwar ohnehin weiß, aber zu erleben nur ganz selten Gelegenheit habe: dass da noch Freunde sind, denen die Niederlage nicht den klaren Blick für die Realität genommen hat, die nicht, von moralischem Katzenjammer gepackt, plötzlich unsere alten Feinde für Leute halten, denen wir nur aus „stalinistischer Verblendung“ nicht glaubten, dass sie eigentlich „unser bestes“ wollten; Freunde, die nicht die eigene Partei und deren Führung, sie mag noch so viele Fehler gemacht haben, für den eigentlichen Feind halten. Kurzum Freunde, für die Marx, Engels und Lenin noch nicht gestorben sind und auch nicht umsonst gelebt haben, Freunde, die nicht aufhören, die Geschichte und ihren Verlauf mit kritischem Verstand und dem Instrumentarium zu analysieren, das uns der wissenschaftliche Sozialismus zur Verfügung stellt und der das einzige Instrumentarium ist, mit dem auch die Ursachen unserer Niederlage ergründet werden können. Freunde, die nicht aus altersschwacher Sentimentalität, sondern aus diesem Wissen heraus ihre Überzeugung nicht an den Nagel hängen, dass die Sache, für die sie ihr Leben lang gekämpft haben und weiter kämpfen werden, die beste Sache der Welt ist und bleibt und deshalb nicht untergehen kann.

Also, lieber Peter, hab vielen Dank für die Zusendung der „Information“! Hoffentlich findest Du auch irgendwann einmal Zeit, mir Deine Meinung zu der Lektüre zu schreiben, die ich Dir schickte und mit diesem Brief schicke. Als Ergänzung und Erläuterung zu meiner Beurteilung der Vorgänge in der Sowjetunion ein Zitat aus der Wochenendausgabe des ND (16./17.6.90); Überschrift: „Personalien. Bush stellt Trainer.“ Dann folgt der Text: „Der jüngste Gipfel UdSSR–USA hat einer ebenso ungewöhnlichen wie kontroversen Personalentscheidung den Boden bereitet. Präsident Bushs rechte Hand – der Stabschef des Weißen Hauses John H. Sununu – wird für einige Zeit in den Moskauer Kreml umziehen. Der erfahrene, zähe und schlagfertige Politmanager soll Gorbatschows Stab seine Erfahrungen beim Aufbau einer effektiven Präsidialkanzlei und in der Zusammenarbeit mit dem Parlament vermitteln. ... Der neue ´Spitzentrainer` soll dazu beitragen, einen eher schwerfälligen Apparat auf Trab zu bringen.“

Der Journalist, der diese Ungeheuerlichkeit – man versuche einmal, sich vorzustellen, ein Lenin habe Gleiches getan: unmöglich! – berichtet, meint abschließend immerhin: Dass dieser Mann „nun auch den Kreml ´reorganisieren` soll, ruft zumindest Erstaunen hervor.“ Ja, ganz gewiss „zumindes“! Man kann nur hoffen, dass es auch tiefes Nachdenken hervorruft darüber, was dies besagt über den Charakter, den dieser noch immer sich „Sowjetunion“ nennende Staat inzwischen angenommen hat! Erst wenn man dies begriffen hat, wird man durch Derartiges nicht mehr überrascht werden und nicht mehr erstaunen.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: „Neues Deutschland“, Redaktion Geschichte, 04. 12. 1990

Hachfeld und kein Ende

Wolfgang Harichs Beitrag zur Hachfeld-Karikatur im ND vom 04.12.1990, in dem er entscheidet, dass Hachfeld „in der Sache völlig Recht hat“, fordert mich zum Einspruch in zwei Punkten heraus.

Der erste Punkt ist die Kennzeichnung Trotzki als „enger Kampfgefährte Lenins“. Ich finde, man soll die Kirche im Dorfe lassen und an die Stelle alter Legenden nicht neue setzen. Lenin starb bekanntlich im Januar 1924. Trotzki trat der Partei Lenins, der SDAPR, auf deren sechstem Parteitag im Sommer 1917, wenige Wochen vor der Oktoberrevolution bei. Bis zu diesem Zeitpunkt war Trotzki nicht „enger Kampfgefährte Lenins“ sondern einer seiner erbittertsten Gegner. Jeder, der die Werke Lenins aus den Vorkriegs- und Kriegsjahren gelesen hat, weiß das. Enge Kampfgefährten waren sie in den Oktobertagen, aber schon während des Kampfes um den Friedensschluss mit dem kaiserlichen Deutschland im Jahre 1918 war Trotzki einer der Führer der Opposition gegen Lenin.

Wer überdies die Autobiographie Trotzki's „Mein Leben“ – aus der W. Harich zitiert – kennt, der weiß, dass die Quintessenz der Darstellung in diesem Buche darin besteht, dass die Bolschewiki nur deshalb gesiegt haben, weil – Lenin sich Trotzki anschloss, sich zu dessen Auffassungen bekehrte.

Der zweite Punkt: Harich meint, Rainer Hachfeld habe mit seiner Karikatur in der Sache Recht. Auch da möchte ich widersprechen. Der Satz, den Hachfeld Lenin aus dem Mausoleum sprechen lässt, ist in ganz un-leninscher Art resignativ und weltflüchtig. „In der Sache Recht“, Leninschen konstruktiven, wegweisenden Geist richtig getroffen hätte er nach meinem Geschmack eher dann, wenn er Lenin etwa hätte sagen lassen: „Leute, schießt die Demagogen auf den Mond, die Euch einreden wollen, Euer Ausweg liege in der Rückkehr in die kapitalistische Vergangenheit!“

Kurt Gossweiler

An: J. Uesugi, Japan, 17. 12. 1990

Lieber Genosse Professor Uesugi,

wie kann ich Ihnen erklären, dass ich mit meiner Antwort auf Ihren letzten Brief so lange habe warten lassen? Die Hauptsache ist, dass ich mehrfach zusammen mit meiner Frau verreist war, u.a. zur Kur, und dass danach allein schon die Aufarbeitung der Zeitungen furchtbar viel Zeit kostete; wenn ich früher das ND in einer Stunde durch hatte, so brauche ich heute, wenn ich wirklich alles Interessante lesen will, fast einen halben Tag. Und das ist nur eine Tageszeitung! Kurzum: ich lebe in einem permanenten Zeit-Notstand und drohe in Papier zu ersticken. Mit großer Mühe komme ich nur den allerdringendsten Briefpflichten nach.

Ihr Brief war mir eine große Freude, weil er so viel Übereinstimmung der Gedanken und Überzeugungen erkennen ließ. Zu den von Ihnen erwähnten – nach so langer Zeit sicher schon gar nicht mehr aktuellen – Themen erlaube ich mir nur kurze Bemerkungen.

Zur Haltung der KP Japans: Leider habe ich keinen Überblick darüber, wie ihre Position ist. Über die kommunistische Bewegung wird seitens der PDS nur noch ganz wenig berichtet – sie fürchtet offenbar, von den neuen Herren als „kommunistisch“ eingestuft zu werden, sie legt großen Wert darauf, als Partei des „demokratischen Sozialismus“, als „moderne sozialistische Partei“ betrachtet zu werden, wobei die in der PDS zur Zeit führenden Ideologen mit „modern“ meinen, dass man eher zur Sozialdemokratie als zur Tradition der kommunistischen Parteien neigen solle. Das ist natürlich nicht meine Position, aber die PDS ist zur Zeit weit entfernt davon, eine Partei von Mitgliedern mit einheitlichen Vorstellungen über Ziel und Weg zu sein. Das aber dürfte in Folge des Zusammenbruchs des Sozialismus für fast alle kommunistischen Bewegungen gelten, sogar in gewissem Grade für die kubanische Partei, die ich noch zu den gesündesten rechne, obwohl sich auch das sozialistische Kuba nach dem Verrat der Gorbatschowisten an diesem Land wie an der ganzen kommunistischen Weltbewegung kaum halten können gegen die Hungerblockade der USA.

Zur Frage, ob die Sowjetunion ausreichend auf den Krieg Hitlers vorbereitet war: Was dazu seitens der Chruschtschow- und Gorbatschow-Leute verbreitet wird, kann nicht ernst genommen werden, weil es von einer allseitigen wissenschaftlichen Beleuchtung und Sammlung der Fakten weit entfernt ist und nur der Anfachung einer Anti-Stimmung dient und in sich widersprüchlich ist: einerseits wird Stalin vorgeworfen, er habe das Land nicht genügend auf den Krieg vorbereitet, zugleich aber werden alle der Vorbereitung auf den faschistischen Überfall dienenden von der Partei und Regierung unter Stalins Führung ergriffenen Maßnahmen verurteilt: die Industrialisierung und die Kollektivierung, die Verlegung der Grenzen der

Sowjetunion weit nach Westen durch den Nichtangriffsvertrag. Es wird der Unsinn verbreitet, wenn Bucharins Konzeption verwirklicht worden wäre, wäre dies für das Sowjetland besser gewesen; wäre diese Konzeption aber tatsächlich verwirklicht worden, dann hätte das Land 1941 dem Aggressor hilflos und ohnmächtig, weil ohne leistungsfähige Rüstungsindustrie und mit einer zersplitterten einzelbäuerlichen Landwirtschaft, die außerstande gewesen wäre, die Armee und das Land zu ernähren, gegenüber gestanden.

Es wird gesagt, Stalin habe die Armee enthaupet mit den Prozessen gegen Tuchatschewski und andere. Natürlich bedeutete eine solche „Säuberung“ eine zeitweilige Schwächung der Armee. Aber absolut verschwiegen wird, dass Stalin von sich aus überhaupt keinen Prozess gegen Tuchatschewski plante, sondern dazu vom Präsidenten der Tschechoslowakei, Benesch, veranlasst wurde, der den sowjetischen Behörden mehrfach nachdrücklich berichtete, er habe Beweise dafür, dass Tuchatschewski mit den Deutschen konspirierte. (Siehe dazu: Ivan Pfaff, Prag und der Fall Tuchatschewski; in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, 1/1987, S. 95-134.) Bis heute ist nicht geklärt, ob die von Benesch der Sowjetunion übergebenen Dokumente, auf Grund derer die Prozesse gegen die Militärs stattfanden, wirklich eine Fälschung seitens der Gestapo waren oder ob sie echt waren. In der heutigen Sowjetunion wird aber, unter Aussparung der Rolle Beneschs, kurzweg die Gestapo-Variante übernommen, sie, die Gestapo, habe diese Dokumente angefertigt und Stalin in die Hände gespielt.

Zur Auflösung der K.I.: Sie erfolgte 1943 mit der für mich bereits damals – (ich war am 14. März 1943 zur Roten Armee übergelaufen und kam im Oktober 1943 auf eine Antifa-Schule) – völlig einleuchtenden Begründung, damit werde den Antikommunisten in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition das Argument aus der Hand geschlagen, alle kommunistischen Parteien seien Handlanger, Agenturen Moskaus; denn – so wurde argumentiert – die K.I. wird von der KPdSU beherrscht und gelenkt, und jede kommunistische Partei ist nach dem Statut der K.I. eine Sektion der K.I., also keine „nationale“ französische, italienische, britische, amerikanische etc. Partei. Diese damalige Auflösung der K.I. konnte auch ohne Gefährdung der internationalen Zusammenarbeit vorgenommen werden, da alle kommunistischen Parteien in den Hauptländern der Anti-Hitler-Koalition marxistisch-leninistisch gefestigte Parteien waren unter solch hervorragenden Führern wie Thorez, Togliatti, Pollitt, Gottwald, Foster u.a. [21]

(Ganz anders verhielt es sich mit der Auflösung des Informationsbüros – Kominform -: dieses wurde gerade in dem Augenblick aufgelöst – 1956 -, wo seine Weiterexistenz lebenswichtig war für die kommunistischen Parteien im Kampf gegen den sich ausbreitenden und erstarkenden Tito- und Chruschtschow-Revisionismus.)

Zu den Vorgängen in China und in der KP Chinas vermag ich mich nicht zu äußern. Ich weiß zu wenig darüber und kann mir Vieles nicht erklären. Ich war mit Mao voll einverstanden, als er und Tschou-En-Lai Albanien gegen die groben Angriffe Chruschtschows verteidigte und den Chruschtschow-Revisionismus entlarvte. Als dann die Kulturrevolution entfesselt wurde, verstand ich nicht mehr, was da vorging, noch weniger ist mir begreiflich, weshalb China so hartnäckig die Pol-Pot-Mörderbande unterstützt.

Zu den Perspektiven der Menschheit und des Sozialismus: Kuczynski ist hinterher immer sehr weise; aber so lange Ulbricht an der Spitze war, war er Ulbrichts Freund, als Honecker kam, war er dessen Freund und hat seine Wirtschaftsanalysen (die meistens von ihm, Kuczynski, stammten) im ND gelobt, jetzt beschimpft er Honecker und lobt Gorbatschow; und wenn Gorbatschow mit Schimpf und Schande gestürzt und davongejagt sein wird – dann wird er, falls er es noch erlebt, wohl auch wieder den neuen Mann loben. Wenn Kuczynski vor fünf Jahren spätestens aufgehört hätte zu schreiben, hätte er sich noch die Achtung seiner Mitmenschen bewahren können.

Prognosen zu stellen, wie lange es dauern wird, bis die Zeit der Konterrevolution und der Reaktion vorüber sein wird und ein neuer revolutionärer Aufschwung beginnen wird und was den Anstoß dazu geben wird, ist gegenwärtig kaum möglich. Einerseits stellt der vom Kapitalismus wiedereroberte Osten ein riesiges neues Ausbeutungs- und Investitionsfeld dar, andererseits werden sich nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes Sozialismus die Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptkonkurrenten unvermeidlich verschärfen. Des weiteren kann niemand voraussagen, wann die Schuldenlast z.B. in den USA zum Zusammenbruch des Finanzsystems führt; sicher ist aber, dass dieser Zusammenbruch früher oder später kommen muss und in seinem Gefolge eine Wirtschaftskrise, die 1929/33 bei weitem in den Schatten stellen wird. Sicher ist auch, dass dies keine 100 Jahre mehr dauern wird. Aber vielleicht bekommt der Aufstand gegen die Kapitalherrschaft seine nächsten stärksten Impulse von einer ganz anderen Seite, von der Gefahr des Erstickungstodes der Menschheit an den Folgen der Zerstörung der Ökologie durch die kapitalistische

Profitwirtschaft, oder von Rohstoffkrisen in Folge des Raubbaus an den Naturschätzen. Es ist so viel Explosivstoff angehäuft wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, und der „Countdown“ wird meines Erachtens keine 100 Jahre mehr dauern.

Aber es ist auch niemand im Stande zu garantieren, dass der Kampf um eine vernünftigeren Gesellschaftsordnung erfolgreich sein wird, ob es gelingt, die skrupellosen Profiteure rechtzeitig zu entmachten, bevor sie die Lebensgrundlagen der Menschheit vernichtet haben. Früher sagten wir: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei! Heute kann es heißen: Sozialismus oder Untergang der Menschheit!

Daran lässt sich ermesen, welches Verbrechen jene Leute begangen haben und begehen, die den Sozialismus – so unvollkommen er auch war – demontierten und an den Imperialismus verkauft und ausgeliefert haben. (Für 13 Milliarden Dollar und den Nobelpreis!)

Ich wünsche Ihnen von Herzen Gesundheit und Freude im neuen Jahr und grüße Sie herzlich,

Ihr Kurt Gossweiler

P.S.: Ich lege eine Kontroverse, die ich mit einer führenden PDS-Genossin hatte über den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan bei und würde gern wissen, was Ihre Meinung dazu ist.

[21] Maurice Thorez (1900-1964)-KP Frankreich. Palmiro Togliatti (1893-1964)-KP Italien. Harry Pollitt (1890-1960)-KP Großbritannien. Klement Gottwald (1896-1953)-KP Tschechoslowakei. William Z. Foster (1881-1961)-KP d. USA

An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 23. 12. 1990

Lieber Pavel,

zuerst noch einmal vielen Dank für Deine freundschaftlichen Zeilen, die mir um so mehr gut taten, als ich befürchtet hatte, der Inhalt meines letzten Briefes und damit dessen Autor seien für Dich nicht mehr akzeptabel. Die für einen viel früheren Zeitpunkt geplante Antwort hat sich so weit verzögert, dass jetzt der Kalender diktiert: länger darf nicht gezögert werden!

Dennoch: mit Glückwünschen für das neue Jahr zögere ich sehr – denn welchen Sinn haben Glückwünsche, wenn man genau weiß, dass sie angesichts dessen, was uns und besonders Euch 1991 mit Sicherheit bevorsteht an Bösem, wie purer Hohn oder Zynismus wirken müssen?

Dennoch – oder gerade deswegen – wünsche ich Dir, Deiner Familie und Deinem Land, dass sich noch Kräfte finden mögen, die fähig sind, die Errichtung einer Schwarzhundert-Diktatur und die Verwandlung der ehemaligen Sowjetunion in eine Dritt-Welt-Domäne des triumphieren-den Finanzkapitals zu verhindern. Allerdings kann ich solche Kräfte nirgends in ausreichender Stärke entdecken, dafür aber viel Bereitschaft, auch den Preis der Unselbständigkeit zu zahlen, wenn nur damit der unerträgliche Leidensweg beendet wird. So bleibt als möglicherweise erfüllbarer Wunsch, dass Du und die Deinen von den kommenden Ereignissen nicht gar zu hart betroffen sein möchten und dass Euch eine stabile Gesundheit standfest macht.

Du erwähnst den „Drang nach Westen“ vieler, vor allem jüngerer Sowjetbürger: so sehr ich mir bewusst bin, dass die Massenauswanderung von Ost nach West ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklungen der letzten Jahre ist, so wenig kann ich sie als einen Lösungsweg ansehen. Das Leben muss weitergehen – und wie es weitergeht, das hängt davon entscheidend mit ab, welche Kräfte das Land verlassen und welche bleiben.

Als Historiker und Kommunist ist für mich natürlich die Hauptfrage: Warum und woran ist unsere Sache, ist der Sozialismus gescheitert? (Ich gehöre nicht zu den Leute, die jetzt sagen: da war überhaupt kein Sozialismus.) In der Beantwortung dieser Frage werden wir sicherlich – vielleicht sogar sehr weit – auseinander gehen. Für mich lautet die Antwort – auch eine kurze Formel gebracht – so: Der Sozialismus ist nach einer historisch beispiellosen, 1945 triumphal bestandenen Bewährungsprobe gescheitert, weil danach

der Marxismus-Leninismus als Kompass über Bord geworfen wurde. Es genügt, sich noch einmal das abenteuerliche Parteiprogramm von 1961 mit der Zielsetzung: 1970 – USA eingeholt, 1980 – Kommunismus! - vor Augen zu halten, um dies zu erkennen und sich daran zu erinnern, dass bereits auf dem 20. Parteitag Molotow dafür gerügt wurde, dass er gegen die „Aufbau-des-Kommunismus“-Parole zu sagen wagte, in der Sowjetunion seien erst die Grundlagen des Sozialismus gelegt.

Um aber auch weniger weit zurückliegende Beispiele zu nennen, führe ich zwei Zitate an, die für mich mit den Auffassungen von Marx, Engels und Lenin absolut nichts gemein haben. Das erste Zitat (aus der Pravda vom 26. 11. 1989): „Die Oktoberrevolution war kein Fehler, denn die reale Alternative zu ihr war ... keine bürgerlich-demokratische Republik, ... sondern eine blutige Militärdiktatur.“

Das zweite Zitat (Neues Deutschland vom 11. 12. 1990): „Das Jahr 1990 markiert das Ende der widernatürlichen Spaltung Europas.“

Beide Zitate stammen, wie Du sicherlich erkannt hast, vom gleichen Autor. Das erste aus einem Grundsatzartikel Gorbatschows „Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung“. Der Inhalt dieser Aussage besteht darin: Wenn die Alternative lautet: Militärdiktatur oder sozialistische Revolution, dann ist der sozialistischen Revolution der Vorzug zu geben. Wenn die Alternative aber lautet: Bürgerlich-demokratische Republik oder sozialistische Revolution, dann wäre es ein Fehler, sich für die sozialistische Revolution zu entscheiden.

Dass dies wirklich der gewollte Inhalt dieser Aussage ist, geht aus dem zweiten Zitat unwiderlegbar hervor, denn es besagt nichts anderes, als dass die „Spaltung (des kapitalistischen) Europas“ in einen kapitalistischen und einen sozialistischen Teil – „widernatürlich“ war. Bekanntlich war es Lenin und waren es die Bolschewiki, die diese „Sünde wider die Natur“ begingen.

Für mich waren Aussagen von Führern der kommunistischen Bewegung – ob Marx, Engels, Lenin oder Stalin, Chruschtschow, Gorbatschow – nie Axiome, die keiner Kritik oder keiner Prüfung auf ihren Wahrheitsgehalt durch Gegenüberstellung mit der Realität unterworfen werden dürften. Tatsachen standen mir immer höher als jede noch so autoritative Äußerung. Diese Zitate sind auch Fakten und als solche für mich Schlüssel zum Verständnis der Folgerichtigkeit der Politik ihres Autors, der sich nicht mehr von den Einsichten der „Erzväter“, sondern von dem Bestreben leiten ließ und lässt, „die widernatürliche Spaltung Europas“ zu überwinden.

Ja, es wäre sehr schön und wünschenswert, sich über all dies ausführlich persönlich auszutauschen. Aber die Aussichten dafür werden immer schlechter. Was mit der Verheißung begann, den Sozialismus zu erneuern und zu verbessern, endete – wie allerdings spätestens Anfang 1988 bei genauerem Hinsehen abzusehen – in Chaos und Anarchie; was mit dem Demokratisierungsversprechen begann, mündete – worauf aber schon beim ersten Kongress der Volksdeputierten mit dem überraschenden Coup der Personalunion von Parteichef und Staatschef hingearbeitet wurde – in einer Präsidialdiktatur mit einer Machtkonzentration in einer Hand, die es in der ganzen Geschichte der Sowjetunion noch nicht gab, die aber eine Fiktion ist und bleiben muss, nachdem alle bisherigen Träger der Macht, zu allererst die Partei, verdrängt, diskreditiert, entmachtet wurde und damit der Kurs dessen, was in der Sowjetunion geschieht, schon nicht mehr in Moskau, sondern in Washington, London und Bonn entschieden wird. (Symptomatisch dafür: Frau Prunskiene [\[22\]](#) fährt, wenn sie erfahren will, wie sie weiter taktieren soll, natürlich nicht nach Moskau, sondern nach Washington.) Der Träger der Allmacht ist in Wahrheit ohnmächtig, wird nicht mehr ernst genommen, nicht mehr geachtet, sondern verachtet, wenn nicht gehasst. Er wird an der Macht gehalten nur noch durch die Furcht vor dem, was nach seinem Sturz kommen mag – eine Furcht, vor der seine ausländischen Freunde wie seine inländischen Gegner gleichermaßen gepackt sind.

Unter solchen Umständen in die Sowjetunion zu reisen bringe ich nicht über mich. Also werden wir unseren Gedankenaustausch noch für eine längere Zeit nur schriftlich fortführen können. Aber genug der schmerzlichen großen Politik. Wie geht es Euch beiden persönlich? Darüber würde ich gerne mehr wissen.

Was uns betrifft: als Rentner sind wir privilegiert, weil von der Hauptsorge von Millionen Ex-DDR-Bürgern, der Sorge um den Arbeitsplatz, nicht mehr berührt. Allerdings haben wir dafür die sorgenvolle Frage, ob die Renten nach der sicheren Preisexplosion ab 1. 1. 1991 noch ausreichen werden. Und die „Kohlonisierung“ des „Beitrittsgebietes“ (oder auch „die fünf neuen Länder“ genannt) hat in uns das Gefühl erweckt, Fremde in der Heimat zu sein. Am schlimmsten war das einen Tag nach der „Währungsumstellung“: als ich da in unsere

Kaufhalle kam, glaubte ich, ich träume: Die vorher mit breiten Gängen ausgestattete Halle war mit den Einkaufswagen kaum noch zu passieren, weil nicht nur die Regale, sondern auch die Gänge voll gestellt waren mit in verlockenden bunten Farben aufgemachten Waren westlicher Herkunft; vergeblich suchte ich nach den vertrauten (und viel billigeren) Waren aus der eigenen DDR-Produktion: sie waren von den neuen westlichen „Partnern“ von HO und Konsum rigoros aus den Kaufhallen verbannt worden, so dass verschiedene der bisherigen DDR-Produzenten mit Lastwagen vor die Kaufhallen fuhren und ihre Waren – Brot, Getränke, Kartoffeln u.a. – vom Wagen herab verkauften und reißend los wurden, weil die Menschen ihre vertrauten Waren kaufen wollte. Damit begann der Feldzug der Ausrottung all dessen, was noch an die Existenz einer eigenständigen DDR erinnern könnte; inzwischen sind diesem Kahlschlag schon der Rundfunk und das Fernsehen zum Opfer gefallen, und als Neuestes sind die Wissenschaftsbetriebe dran, die Akademie der Wissenschaften und die Universitäten. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten wurden „abgewickelt“, wie es so bildhaft heißt, obwohl eine erschreckend große Zahl von ehemaligen Genossen und Kollegen eine widerwärtige Bereitschaft gezeigt hat, den siegreichen neuen Herren die geforderte Demuthaltung vorzuführen.

Gesundheitlich geht es uns beiden dem Alter entsprechend normal: Über die Feiertage sind Tochter und Enkel – 15 Jahre – aus Karlsruhe, wo sie seit vorigem Jahr wohnen (legal umgezogen), zu Besuch hier.

Nochmals, lieber Pavel, Dir und Deiner lieben Frau alle guten Wünsche und herzliche Grüße,

Kurt Gossweiler

[22] Kasimiera Prunskiene war zu dieser Zeit Regierungschefin der noch zur noch existierenden Sowjetunion gehörenden baltischen Republik Litauen.

An: Vera und Julius T., Großbritannien, 27. 12. 1990

Liebe Vera, lieber Julius,

der Count-down läuft, wenn ich nicht wortbrüchig werden will, muss dieser Brief heute, spätestens morgen der Post übergeben werden. Schuld an der Verzögerung hat natürlich das turbulente Jahr, das Europa so sehr verändert hat, wobei von vielen Engländern die revolutionärste Veränderung in der Beendigung der Insellage[23] von merry old England gesehen werden dürfte. Absehbar ist, dass 1991 mindestens ebenso turbulent sein wird, schon allein wegen der sich lang hinziehenden Todeskämpfe des Regimes, das heute noch „Sowjet-Regierung“ genannt wird, aber mit der Schöpfung Lenins längst nichts mehr zu tun hat; vielleicht aber auch, weil der `Golf-Konflikt´ den sich nun auch schon über viele Jahrzehnte hinziehenden Nahost-Konflikt zu einer neuerlichen gewaltsamen Explosion, diesmal unter Führung der USA, eskalieren lässt. Auf jeden Fall werden wir starke Nerven brauchen, und um die zu haben, muss man über eine stabile Gesundheit verfügen, womit ich also bei dem bin, was wir Euch als Neujahrswunsch Nr. 1 diesem Brief beilegen. Was die anderen Wünsche betrifft, so brauche ich sie nicht im einzelnen aufzuzählen – es versteht sich ja von selbst, dass man seinen Freunden alles erdenklich Gute wünscht; in unserem speziellen Falle ist natürlich ein ganz besonders dringlicher Wunsch der, dass unsere Meinungsverschiedenheiten, so erheblich sie auch sein mögen, unseren freundschaftlichen Beziehungen keinen Abbruch tun mögen.

Es war ja sehr schön, dass durch die verschiedenen England-Reisenden wir durch Boten doch immer wieder in direkten Kontakt treten konnten. Ich lege dieser Sendung zwei Bücher bei (zwei Exemplare eines Buches!), des einzigen in den USA erschienenen Buches mit einem Artikel von einem gewissen DDR-Historiker namens Gossweiler. Ich nehme an, der Band wird mit allen seinen Beiträgen Euer Interesse finden. [24]

Was uns die so genannte „Wende“ gebracht hat, brauche ich Euch sicher nicht ausführlich zu schildern; Du, Vera hast sicherlich von Deinen Ex-DDR-Bekanntem und Freunden genügend Berichte über den „Anschluss“-Prozess und seine Auswirkungen erhalten. Wir als Rentner gehören zu den Glücklichen, die sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes keine Sorgen zu machen brauchen. Was allerdings der 1. 1. 1991 an Mehrausgaben – Miete, Fahrgeld, Posttarife, Auto, Versicherungen usw. – bringen wird und wie es dann mit der Rente aussehen wird – das stimmt nicht gerade hoffnungsfroh.

Es ist in diesen Tagen fast genau ein Jahr her, dass wir uns in Berlin gesprochen haben, und es wäre natürlich am besten, wir könnten unser Gespräch über all die Fragen, die Dein letzter Brief enthält, mündlich fortsetzen. Das umständliche Verfahren einer Brief-Diskussion enthält die Gefahr von Missverständnissen, die nicht sofort korrigiert werden können und sich deshalb verfestigen. Andererseits könnte es sein, dass all das, was seit April 1990 in der Sowjetunion passiert ist, vielleicht das Unverständnis für eine kritische Position gegenüber der so genannten Perestroika und ihrem Erfinder etwas abgebaut hat. Natürlich wirst Du Dich, liebe Vera, an Einzelheiten Deines Briefes kaum noch erinnern. Ich möchte dennoch auf Deine Fragen und Gedanken eingehen, weil es mir natürlich wichtig ist, mich verständlich zu machen, es wenigstens zu versuchen. Dabei muss ich aber noch einmal voran stellen, auf welches Deiner Argumente ich Bezug nehme.

Methodisch stellst Du die von Dir erlebte Praxis der Schwierigkeiten der Zusammenarbeit der RGW-Länder meinen theoretischen Erwägungen gegenüber, womit ich mich ja eigentlich geschlagen geben müsste, da für mich selbstverständlich die Fakten, die Realität, das Primäre sind, die Theorie das Abgeleitete ist. Nur: aus jeder beliebigen Tatsache lassen sich – je nach Standpunkt, Blickwinkel, Beleuchtung – ganz unterschiedliche Theoreme ableiten. Isoliert und einseitig betrachtete und beleuchtete Tatsachen sagen daher gar nichts aus über Richtigkeit oder Falschheit einer Theorie. Unbestreitbar ist aber, dass eine richtige Theorie unentbehrlich ist für eine richtige Praxis sozialistischen Aufbaus.

Die Ursache für die fehlende Einheit der ehemaligen sozialistischen Länder siehst Du in den großen Unterschieden ihres jeweiligen Entwicklungsniveaus, während diese Unterschiede im EWG-Bereich viel geringer seien. Ich halte dagegen: Dass die Unterschiede groß sind, muss keineswegs besagen, dass eine Zusammenarbeit und ein organisches Zusammenwachsen unmöglich sind. Schließlich waren die Unterschiede im Entwicklungsniveau der verschiedenen Republiken und Regionen der Sowjetunion kaum geringer, und dennoch gelang es, daraus einen funktionierenden Wirtschaftsorganismus zu bilden, der imstande war, die in der ganzen Geschichte der Staaten einmalige Belastungs- und Bewährungsprobe zu bestehen, wie sie der Vaterländische Krieg darstellte. (Die Tatsache, dass die heutige Sowjetunion und ihre Leiter nicht einmal mit einer Rekordernte fertig werden, diese vielmehr für sie fast eine Katastrophe bedeutet, schafft diese Tatsache nicht aus der Welt und kann auch ihre Bedeutung nicht ins Gegenteil verkehre.)

Weiter: Auch zwischen den Staaten der EWG besteht ein riesiges Gefälle im Entwicklungsniveau, ja sogar innerhalb der einzelnen Länder, man denke nur an einen Vergleich BRD – Italien, oder gar Griechenland oder Portugal, oder an Norditalien – Mezzogiorno, oder Südengland – Schottland.

Und schließlich: es ist ja wohl nicht nur reine Theorie, dass auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln aus der Ökonomie viel weniger Hindernisse für eine Zusammenarbeit erwachsen als aus dem kapitalistischen Privat- bzw. Konzerneigentum. Voraussetzung ist allerdings, dass an der Spitze der sozialistischen Länder und ihrer regierenden Parteien nicht Nationalisten, sondern Internationalisten, Marxisten-Leninisten stehen. Was in den kapitalistischen Ländern die Hegemonie des oder der Stärkeren bewirkt, den ökonomischen Zwang zum Beitritt in die 'Gemeinschaft', weil das Draußenbleiben den Ruin bedeutet, das muss unter den Bedingungen einer sozialistischen Staatengemeinschaft die Gemeinsamkeit der Auffassungen über Ziel und Weg, gewonnen aus der wissenschaftlichen Analyse der Verhältnisse, bewirken.

Um nicht Lenin zu zitieren, der ja auch schon nicht mehr vertrauenswürdig ist, weil er im Verdacht steht, der Erzvater des „Stalinismus“ zu sein, greife ich auf Bucharin zurück, dem jetzt – allerdings, wie ich meine, sehr zu Unrecht – nachgesagt wird, seine Konzeption des sozialistischen Aufbaus hätte all die Übel vermeiden lassen, die man jetzt auf dem Weg der Sowjetunion entdeckt hat. Aber er hat mit den folgenden Formulierungen einer allgemeinen marxistischen Erkenntnis unbedingt Recht: „Die Bourgeoisie hat den Kapitalismus nicht geschaffen, er schuf sich selbst. Das Proletariat als ein organisiertes kollektives Subjekt wird den Sozialismus als ein organisiertes System errichten. Während der Prozess der Entstehung des Kapitalismus ein spontaner Prozess war, ist der Prozess der Errichtung des Kommunismus ganz entscheidend ein bewusster, d.h. organisierter Prozess.“ (Aus dem Englischen übersetzt nach Stephen F. Cohen, Bucharin and the Bolshevik Revolution, Oxford University Press, 1980, S. 90.) Bucharin fügt hinzu, dass dies also ein geplanter Prozess sei. Wie gesagt, das alles ist nicht neu, aber weitgehend vergessen, zumindest aber werden die Konsequenzen solcher Binsenweisheiten entweder nicht gesehen oder gar verworfen. Zu diesen Konsequenzen gehört, dass die Errichtung des Gebäudes nur gelingt, wenn der Plan stimmt, d.h. allen Erfordernissen der Realität gerecht wird. Es ist ganz natürlich, dass bei einem erstmaligen, schon deshalb schwierigen Unternehmen, um den Plan, um den Gesamtplan, mehr noch aber um die einzelnen Schritte zum Ziel gerungen wird, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt, weil selbst die beste Bau-Anleitung, die

genauesten Tabellen zur Berechnung der Tragfähigkeit des Fundaments und der Pfeiler, nicht alle Fragen, die im Prozess des Bauens auftauchen, beantworten können.

Eines aber wird aus dem Bucharin-Zitat bzw. der Erkenntnis, die es enthält, klar: je schwieriger der Bau – z.B. durch das große Gefälle im Entwicklungsniveau –, desto wichtiger wird es, richtig vorzugehen, d.h. desto wichtiger wird die Theorie für die Praxis.

Die von Dir aufgezeigten Schwierigkeiten bestätigen nur, was ich dargelegt habe: aus dem unterschiedlichen Gefälle erwachsen Schwierigkeiten, die zur Desintegration statt zur Integration führten, weil der „Bauplan“ 1955 eine einschneidende Änderung erfuhr, die ich in Punkt 9 meines Briefes an Schleifstein genannt habe: diese Änderung verwarf einen gemeinsamen Plan für das Gesamtgebäude und überließ es jedem Land und jeder Partei selber, mit welchem Material, mit welcher Technik, nach welchem Grundriss, nach welchen Berechnungen der Statik usw. sie ihren Abschnitt ausbaute – und jetzt wird, nachdem die Preisgabe der richtigen Theorie zu dem vorhersehbaren Zusammenbruch geführt hat, aus dem Zusammenbruch die neue Theorie gemacht, dass das Unternehmen von Anfang an zum Scheitern verurteilt war und deshalb besser erst gar nicht unternommen worden wäre. Oh, wären doch Marx und Lenin erst gar nicht geboren worden!

Ich frage mich nur, warum eine so große Abneigung bei so vielen Leuten besteht, überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen, dass mit der Belgrader Deklaration von 1955 ein Schritt von einschneidender und verhängnisvoller Bedeutung für die weiteren Geschicke der sozialistischen Gemeinschaft getan wurde; vielleicht auch deshalb, weil dieser verhängnisvolle Schritt am 18. März 1988 von dem Manne wiederholt wurde, der um diese Zeit noch für sehr viele und sogar heute noch für einige der Mann ist, an den sie ihre Hoffnung auf eine Erneuerung und einen neuen Aufschwung des Sozialismus verknüpft haben? Gorbatschow hat an diesem Tage bei seinem Jugoslawien-Besuch die Deklaration von 1955 bekräftigt und erneuert! (Dieser 18. März 1988 war das Datum und der Punkt, von dem ab meine Zweifel darüber, ob dieser Mann, dessen Anfänge ich genau so begeistert und hoffnungsvoll wie wir alle begrüßt hatte, wirklich zu recht unser Vertrauen verdiente, beendet wurde durch die Gewissheit: nein, sein Werk wird nicht die Erneuerung, sondern die Liquidierung des Sozialismus sein!)

Gerade, weil die Aufgabe der Errichtung des Sozialismus im internationalen Maßstab so schwierig war, war die Preisgabe des Internationalismus zu Gunsten des so genannten „Nationalkommunismus“ so verheerend und lebensgefährlich, gerade deshalb kann und darf man einen solchen, scharfen Einschnitt in der Geschichte des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als eine *quantité négligeable* behandeln, auch wenn es einem noch so sehr gegen den Strich geht, dass damit ein Mann, Chruschtschow, der bei vielen als eine Lichtgestalt im Bewusstsein lebt, weil er als erster Sowjetführer Stalin als „Teufel in Menschengestalt“ vorgeführt hat, mit der Verantwortung für eine verhängnisvolle Entscheidung und Entwicklung belastet wird.

Zur Kominternfrage: Auf Punkt 6 meines Schleifstein-Briefes reagierst Du, liebe Vera, ohne auf den Kern meines Hinweises einzugehen (dass es nämlich paradox sei, dass die Sozialdemokratie über eine internationale Organisation verfüge, die Kommunisten dagegen nicht einmal mehr einen gemeinsamen Kongress zustande brächten), nur beiläufig mit der Vermutung, die Komintern habe eher geschadet als genutzt. Wir sind ja beide alt genug, um da nicht gegenwärtig modische Anklagen aufgreifen zu müssen, sondern aus eigener Erfahrung sprechen zu können. Dabei halte ich mich daran, dass eine Politik nach ihren Ergebnissen beurteilt werden muss, nicht danach, was ihre – wie auch immer motivierten – Gegner über sie sagen. Und man muss nicht Historiker sein, um als unbestreitbare Tatsache feststellen zu können: Trotz der Fehler, die einer so jungen und vor schwierigen Aufgaben stehenden Formation wie der Komintern selbstverständlich unterlaufen sind, ist es ihre Leistung, dass es mit den kommunistischen Parteien und mit der kommunistischen Weltbewegung zwar nicht gradlinig, aber je länger desto mehr aufwärts ging, die kommunistischen Parteien in vielen Ländern die führende Kraft im antifaschistischen und nationalen Befreiungskampf wurden und solch hervorragende Führer hervorbrachten wie Georgi Dimitroff, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Harry Pollitt, Palme Dutt, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, und, und und. [\[25\]](#)

Welche Autorität und welches Vertrauen besaßen die Kommunisten am Anfang der 50er Jahre auf Grund ihrer Leistungen, die ohne die Komintern nicht denkbar sind – und was ist in den 40 Jahren danach daraus gemacht worden! Welche Führer und welche Leistungen stehen dem denn gegenüber? Ein Tito mit seinem – heute total bankrotten – Modell der „Arbeiterselbstverwaltung“, ein Gomulka mit seinem antisemitisch eingefärbten Nationalismus, ein Imre Nagy – der Held der heute triumphierenden ungarischen Antikommunisten...

Aber selbst, wenn jene Recht hätten, die heute die Komintern genau so wie die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion schwarz in schwarz malen, dann bliebe doch richtig, was ich gesagt habe und sage: es ist unnatürlich, und ein Beweis für eine tief sitzende Krankheit, wenn die Kommunisten, deren erste Parole das Marx-Wort von der internationalen Vereinigung der Proletarier ist, von fast allen anderen politischen Richtungen, ob sozialdemokratisch, christlich oder liberal, an Internationalismus übertroffen werden, und wenn im Mutterland des Leninismus die scheußlichsten nationalistischen Schlächtereien stattfinden. Und ich kann nun wirklich nicht verstehen, dass zur Erklärung für diese Tatsache 'jener Mann' als Sündenbock herhalten muss, obwohl dokumentarisch belegt ist, dass die Aufwertung des Nationalismus und die Preisgabe des Internationalismus 1955 in Belgrad besiegelt, 1988 erneut bekräftigt wurde.

Damit bin ich bei Deinem Hauptvorwurf, ich nähme Stalin in Schutz. Diese Inschutznahme siehst Du darin, dass ich in These 7 meines Briefes schrieb, dass man Stalin „sicher eine ganze Menge vorwerfen kann“, dass es aber ein zu einfaches Verfahren sei, ihn für alles verantwortlich zu machen, was seine Nachfolger zu verantworten hätten. Wenn Du das bereits als eine Inschutznahme ansiehst, dann ist vor einem Vorwurf dieser Art nur derjenige gefeit, der widerspruchslos die These akzeptiert, dass alle Übel, die sich in der Sowjetunion seit dem Machtantritt Gorbatschows in so unvorstellbarem Maße kumulieren, allein auf das Schuldkonto Stalins gehen. Wer dem nicht zustimmt, nimmt den „Teufel in Menschengestalt“ in Schutz und ist damit selbst fast mit dem Teufel im Bunde.

Ich verstehe sehr gut, dass Menschen, die unter den damaligen Repressalien gelitten haben, so empfinden wie Du. Zugleich aber erlebe ich immer wieder, dass solche Emotionen, wenn ihnen erlaubt wird, die Beurteilung des gegenwärtigen Geschehens zu lenken, dazu führen, dass nur gesehen wird, was man sehen will, dass eine vorurteilslose Stellungnahme ungeheuer erschwert, wenn nicht gar unmöglich ist. Die Behauptung, alle Übel der Gegenwart in der Sowjetunion und der Untergang des Sozialismus seien letztlich das Werk Stalins ist für mich ebenso wenig akzeptabel wie die Existenz von Teufeln.

An dieser Stelle möchte ich eine Frage loswerden, die mich schon lange beschäftigt, die Frage nämlich: Wie hast Du eigentlich die Geschichte der Sowjetunion und die Rolle Stalins am 8. Mai 1945 gesehen? Und wie hast Du den 20. Parteitag erlebt; war Chruschtschows Geheimbericht für Dich nur eine Bestätigung Deiner bisherigen Ansichten oder hast Du erst durch diese Rede eine neue Sicht auf die Dir bereits bekannten – sei es aus eigenem Erleben, sei es durch Veröffentlichungen – Tatsachen wie die Moskauer Prozesse, die während des Krieges durchgeführten Aussiedlungen u.a. gewonnen? Warst Du über die Beurteilung der sowjetischen Geschichte durch Gorbatschow auf dem 27. Parteitag 1986 überrascht und hat seine Darstellung, in der doch die positive Würdigung auch des Wirkens Stalins überwog, Deinen Widerspruch hervorgerufen? Oder warst Du damals damit einverstanden?

Und als letztes die Frage: als Du im Februar 1946 in Stalins Rede in der Wählerversammlung gehört oder gelesen hast: „Unser Sieg bedeutet vor allem, dass unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung die Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden und ihre volle Lebensfähigkeit bewiesen hat; unser Sieg bedeutet zweitens, dass unsere sowjetische Staatsordnung gesiegt hat, dass unser sowjetischer Nationalitätenstaat alle Prüfungen des Krieges bestanden und seine Lebensfähigkeit bewiesen hat“, hast Du das damals als Wahrheit oder als Lüge empfunden?

Und was war es nun wirklich?

An diese Fragen muss sich aber auch die Frage anschließen: Wäre es sowohl im Interesse der Wahrheit als auch im Interesse des Sozialismus nicht nur besser, sondern dringend geboten gewesen, bei der ausgewogenen Geschichtsdarstellung zu bleiben, statt von allem Positiven systematisch zu schweigen, - obwohl es keine Macht außer der Sowjetunion gab, die dem spanischen Volk gegen die faschistische Intervention half, die eine konsequente Friedenspolitik verfocht, keine, die aktiv den antikolonialistischen Kampf der vom Imperialismus geknebelten und ausgebeuteten Völker unterstützte, um nur einiges Wenige zu nennen – statt wie der Teufel nach der armen Seele nach immer neuen „Enthüllungen“ zu suchen, die das bereits total geschwärzte Bild noch schwärzer machen könnten, - bei gleichzeitigem Schweigen über die Verbrechen der Imperialisten und einer geradezu widerwärtigen Anbiederung an die reichen Wohltäter?

Vor kurzem erschienen - natürlich mit eindeutiger „Abrechnungs“-Tendenz – die Aufzeichnungen Herrnstadts^[26] über die Ereignisse um den 17. Juni 1953. Darin befindet sich eine aufschlussreiche Schilderung über das Zustandekommen des Kommuniqués vom 9. Juni 1953 über den „neuen Kurs“. Dieses Kommuniqué habe ich selbst als eine Katastrophe erlebt, weil es geradezu Öl ins Feuer goss, indem von

heute auf morgen ohne jede weitere Erklärung alles, was gestern noch galt, für falsch und unrichtig erklärt wurde. Es war dies der erste Fall der Anwendung der Chruschtschowschen „Schocktherapie“. Herrstadt hatte nach den Anweisungen von 'Karlshorst' [27] das Kommuniqué auszuarbeiten. Mit dem Entwurf ging er zu Ulbricht und erklärte ihm, dass er selbst mit dem Entwurf nicht einverstanden sei, denn „es (müsse) in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Chocwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen“, würde die Partei desorientieren und erbittern und dem Gegner die Flanke öffnen (S. 72). Ulbricht erwiderte: „Die gleichen Einwendungen habe ich bereits gemacht. Auch Grotewohl hat die größten Bedenken. Aber sie ('Karlshorst') bestehen darauf.“ Als Herrstadt sagte, dass man sich damit doch nicht zufrieden geben könne, sagte ihm Ulbricht, Herrstadt solle nachmittags zu Grotewohl gehen, dort werde auch Semjonow sein. Ulbricht weiter: „Ich möchte ohnehin, dass Semjonow das Kommuniqué vor der Veröffentlichung liest. Bei dieser Gelegenheit kannst Du ihm die Sache noch einmal vortragen. Aber Du wirst kein Glück haben.“ (S. 73) Ulbricht behielt Recht. Semjonow beharrte darauf, das Kommuniqué am nächsten Tag unverändert zu veröffentlichen. Und es tat genau die Wirkung, die Herrstadt und Ulbricht und Grotewohl vorausgesehen hatten, worauf Herrstadt am 18. Juni 1953 in einer Besprechung Semjonows Stellvertreter Judin im Beisein Semjonows ausdrücklich hinwies (S. 85).

Also: Bereits im Juni 1953 machen wir und macht die Führung der KPdSU die Erfahrung, dass diese Art von Schocktherapie, die mit dem Etikett „bolschewistische Selbstkritik“ versehen wird, „die Partei desorientiert und erbittert und dem Gegner die Flanken öffnet“, Dennoch wird von Chruschtschow 1956 auf dem 20. Parteitag haargenau die gleiche „Therapie“ angewandt, und, weil das noch nicht genügend Wirkung getan hat, auf dem 22. Parteitag noch einmal mit einer noch stärkeren Dosis. Die Wirkung ist schon 1956 die gleiche, nur noch verheerender als 1953 in der DDR: in Ungarn der heute als „Revolution“ gefeierte konterrevolutionäre Aufstand, in Polen der Wechsel von einem Marxisten-Leninisten an der Spitze der Partei (Bierut, kurz nach dem 20. Parteitag gestorben) über einen Ochab zu dem antisowjetischen polnischen Nationalisten Gomulka; schlimme Rückschläge der kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien, vor allem aber in den USA, wo nicht viel gefehlt hätte am völligen Zusammenbruch der Partei.

Zu dieser Schocktherapie auf dem 20. Parteitag hatte Togliatti in der Zeitschrift „Nuovo Argomenti“ kritisch Stellung genommen und u.a. ausgeführt: „Man muss notgedrungen zugeben, dass die Fehler, die Stalin beging, entweder der großen Masse der Führungskader des ganzen Landes und somit dem Volke unbekannt waren – was aller Wahrscheinlichkeit entbehrt – oder aber, dass diese Masse der Kader und somit die von ihnen orientierte und geführte öffentliche Meinung sie nicht als Fehler betrachtete. Wie man sieht, schließe ich die Erklärung aus, die Unmöglichkeit eines Wechsels sei nur durch das Vorhandensein eines Militär-, Polizei- und Terrorapparates verursacht worden... Sehr viel richtiger scheint es mir, anzuerkennen, dass Stalin trotz der von ihm begangenen Fehler die Zustimmung eines großen Teiles des ganzen Landes, vor allem aber der Führungskader und auch der Massen besaß. War das die Folge davon, dass Stalin nicht allein Fehler machte, sondern auch viel Gutes leistete, „sehr viel für die Sowjetunion tat, der überzeugteste der Marxisten und unerschütterlich fest im Glauben an das Volk“ war? Dies ist gerade vom Genossen Chruschtschow in den früher erwähnten Erklärungen anerkannt worden, wodurch er in etwa das seltsame, doch verständliche Versäumnis wieder gut machte, das sich, wie ich es sehe, der XX. Parteitag zu Schulden kommen ließ, indem er diese Verdienste Stalins mit Schweigen übergang.“ (Zitiert aus: Bayerisches Volksecho, KPD, 30. 6. 1956)

Die Schlussfolgerung Togliattis aus diesem seltsamen Verhalten der neuen sowjetischen Führung war seine These vom Polyzentrismus der kommunistischen Bewegung, was hieß, dass man sich künftig dem Einfluss einer zu solchen Seltsamkeiten neigenden KPdSU-Führung auf die Politik der eigenen und anderer Parteien fern halten wollte. Togliatti war bei weitem nicht der einzige der Führer einer kommunistischen Partei, der – gerade weil er lange im Lande gelebt hatte und auch die Interna kannte – Kritik an Chruschtschows Schocktherapie übte. Und obwohl die Erfahrungen von 1953 und 1956 vorlagen, und trotz der zahlreichen Hinweise auf die Schädlichkeit dieser „Therapie“ wurde sie in der Sowjetunion von Gorbatschow erneut praktiziert, beginnend mit der Rehabilitation Sacharows bis zur Entfesselung der Kampagne zur endgültigen Verteufelung Stalins, die das wahrhaft glorreiche Ergebnis erzielt hat, dass jetzt sogar selbst Kommunisten, die sich noch immer dafür halten, die Sowjetunion jener Zeit als „faschistisch“ bezeichnen und damit alle jene, die für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den deutschen Faschismus eintraten, zu Verteidigern eines faschistischen Regimes abstempeln.

Wie kann man das erklären? Ist es bloße Unfähigkeit, die Lehren der Geschichte zu begreifen, oder muss man mit Shakespeare sagen: „Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode!“? Inzwischen werden solche Fragen

sogar im sowjetischen Parlament gestellt, sie können also nicht mehr als gänzlich aberwitzig abgetan werden. Schon gar nicht, wenn man solche Zeitungsmeldungen liest und sich in ihre Bedeutung hinein zu denken versucht: „Präsident Bush’s rechte Hand, der Stabschef des Weißen Hauses, H. Sununu, wird für einige Zeit in den Moskauer Kreml umziehen. Der erfahrene ... Politmanager soll Gorbatschows Stab seine Erfahrungen ... vermitteln.“ (ND, 16./17. Juni 1990) In vielen Reden dieses Jahres sprach Helmut Kohl von der „widernatürlichen Teilung Deutschlands“, die jetzt endlich überwunden sei. Wie ein Echo liest sich in Gorbatschows Dankesrede für den Nobelpreis die Passage: „Das Jahr 1990 markiert das Ende der widernatürlichen Teilung Europas. Deutschland ist wiedervereinigt worden.“

Das Ende des Sozialismus in Europa, ein Grund zur Freude, denn eine ´widernatürliche Teilung` (an der kein anderer als Lenin schuld ist!), ist endlich und – er würde nicht widersprechen – dank Gorbatschow überwunden.

Nun habe ich alles noch einmal überlesen und frage mich: was wird das Ergebnis sein? Annäherung oder Entfremdung? Wie auch immer: Ich glaube an die Überzeugungskraft des Faktischen! Deshalb auf lange Sicht: Annäherung! Ob aber schon jetzt?

Mit herzlichen Grüßen, Kurt Gossweiler

[23] Der Brief wurde nach Eröffnung des Tunnels, der Frankreich mit England verbindet, geschrieben.

[24] Es handelt sich um das von M.N. Dobkowski und I. Walliman herausgegebene Buch: „Radical perspectives on the rise of fascism in Germany 1919-1945, New York 1989 (Grundlegende Ansichten über den Aufstieg des Faschismus in Deutschland), in das ein Aufsatz von Kurt Gossweiler aufgenommen war mit dem Titel: „Economy and politic in the destruction of the Weimar Republic“ (Ökonomie und Politik bei der Zerstörung der Weimarer Republik).

[25] Georgi Dimitroff (1882-1949). Mitbegründer der KP Bulgariens, von den Nazis am 9. März 1933 zusammen mit seinen Genossen B. Popoff und V. Taneff verhaftet und als angebliche Reichstags-brandstifter angeklagt. In dem von den Nazis veranstalteten Reichstagsbrandprozess wurde Dimitroff zum Ankläger der Nazis als der wirklichen Brandstifter. Er und seine Genossen mussten – nicht zuletzt wegen der weltweiten Bewegung „Freiheit für Dimitroff“ - freigesprochen und, weil ihnen die Sowjetunion die sowjetische Staatsbürgerschaft verlieh, auch freigelassen werden. 1935 wurde Dimitroff zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (KI) gewählt und blieb in dieser Funktion bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1943. Palme Dutt (1896-1974). Mitbegründer der britischen KP und einer ihrer Führer. Ernst Thälmann (1886-1944). Seit 1925 Vorsitzender der KPD. Am 7. Februar 1933 hielt er seine letzte Rede vor dem illegal in einem Lokal in Ziegenhals bei Berlin tagenden erweiterten Zentralkomitee der KPD. Kurz danach, am 3. März, wurde er verhaftet und ohne Prozess 11 Jahre lang im Zuchthaus Bautzen in verschärfter Haft gehalten, 1944 heimlich in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht und dort am 18. August 1944 ermordet. Wilhelm Pieck (1876-1960). Er wurde nach der Verhaftung Ernst Thälmanns Vorsitzender der KPD und nach der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einer der beiden Vorsitzenden der SED: der andere war Otto Grotewohl, bis zur Vereinigung Führer der SPD in der SBZ. Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurde Wilhelm Pieck zu ihrem ersten Präsidenten gewählt.

[26] Rudolf Herrstadt. Das Herrstadt-Dokument, hgg. V. Nadja Stulz-Herrstadt. Reinbeck bei Hamburg 1990. Rudolf Herrstadt (1903-1966)-Journalist. 1929 Eintritt in die KPD, ab 1931 bis 1939 als Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ in Warschau und Moskau tätig. 1939 Emigrant in der Sowjetunion, während des Krieges Chefredakteur der Zeitung „Freies Deutschland“, Organ des Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD). Mai 1945 Rückkehr nach Deutschland – in die SBZ, leitend tätig in den Redaktionen der „Täglichen Rundschau“ und der „Berliner Zeitung“. 1949 – 1953 Chefredakteur des Zentralorgans der SED, des „Neuen Deutschland“. Nach dem 17. Juni 1953 zusammen mit Wilhelm Zaisser, Chef der Staatssicherheit der DDR, wegen fraktioneller Tätigkeit aus dem ZK der SED, im Januar 1954 aus der SED ausgeschlossen. August 1953 bis 1966 Mitarbeiter im Deutschen Zentralarchiv Merseburg.

[27] In Karlshorst befand sich der Sitz der „Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland (SMAD), die nach der Gründung der DDR umgewandelt wurde in die Sowjetische Kontrollkommission (SKK). Im Mai 1953 wurde die SKK aufgelöst und dafür des Amt eines „Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland“ geschaffen. Der erste Hohe Kommissar war W.S. Semjonow. Der Sitz blieb in Karlshorst.

An: Inge L., Berlin, 18. 02. 1991

Liebe Inge,

erst jetzt komme ich dazu, Euch auf Euren Brief vom 18. 12. vorigen Jahres zu antworten. Den Grund für die Verzögerung – einen Vortrag, den ich im Januar hielt und in erweiterter Form schriftlich auszuarbeiten hatte – lege ich bei, weil er auf manche Eurer Fragen Antwort geben könnte.

Du schreibst: „Sei mir nicht böse, aber Du wolltest meine Meinung wissen.“ Das wäre doch merkwürdig, wenn unsereins über andere Meinungen böse wäre! Und Unverständnis mit meinen Ansichten bin ich gewöhnt; bei Vielen ist aber an dessen Stelle inzwischen „wachsendes Verständnis“ getreten, und ich hoffe sehr, dass dies früher oder später auch für Euch zutrifft.

Wenn mich etwas nach dem Lesen Deines Briefes gewurmt hat, dann die Einsicht in meine Unzulänglichkeit als Lehrer, weil es mir, wie ich es sehe, nicht gelungen ist, bei meinen damaligen Schülern ein solch scharfes kritisches Bewusstsein zu wecken, das auch nicht durch noch so große Sympathien für eine Persönlichkeit einzuschläfern ist, z.B. für 'Gorbi'. Gut, Ihr habt Eure Hoffnungen auf eine – dringend notwendig gewesene – Erneuerung des Sozialismus auf ihn gesetzt wie wir alle. Ich habe Euch ja meine Tagebuch-Notizen geschickt, damit Ihr davon ablesen könnt, wie sehr ich darum gerungen habe, meine immer stärker werdenden Zweifel zum Schweigen zu bringen bzw. zu widerlegen. Zum anderen wollte ich Euch aber auch die Fakten vor Augen führen, die diese Zweifel hervorgerufen haben. Aber aus Deinem Schreiben muss ich entnehmen, dass Du fest im Glauben stehst, der durch Tatsachen so schnell nicht zu erschüttern ist. (Jetzt muss ich Dich bitten, nicht böse zu sein.) Hartnäckig, wie ich bin, werde ich deshalb noch einmal einige Fakten wiederholen, die bei Euch offenbar wie Regentopfen an einer Ölhaut abgeglitten sind.

Wieso macht Euch als Kommunisten die zitierte Begründung 'Gorbis' dafür, dass die Oktoberrevolution „kein Fehler“ gewesen sei, nicht stutzig: „...denn die Alternative war nicht eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern eine blutige Militärdiktatur“? Ist Euch nicht klar, dass eine solche Position bedeutet, die sozialistische Revolution nur als „kleineres Übel“, als wirklich erstrebenswert aber die bürgerlich-demokratische Republik zu betrachten?

Und wieso vermag Euch in Eurem Glauben auch nicht zu erschüttern das Schreiben des Friedensnobelpreisträgers an seine Auszeichner, in dem er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gibt, dass das Jahr 1990 zum Jahr „der Beendigung der widernatürlichen Teilung Europas“, also zur Wiederherstellung eines einheitlichen kapitalistischen Europas, wurde?

Wieso seht Ihr nicht den Zusammenhang zwischen diesen beiden Aussagen, dass nämlich derjenige, der die bürgerlich-demokratische Republik höher schätzt als die sozialistische Revolution, sich natürlich darüber freuen muss, dass die Einheit Europas auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage hergestellt wurde und keinen Funken Trauer darüber empfindet, dass der Sozialismus unterging?

Habt Ihr etwa auch die Existenz eines sozialistischen Europa neben einem kapitalistischen als „widernatürlich“ empfunden? Und ist Euch selber jemals die Idee gekommen, überhaupt auch nur zu fragen, ob die Oktoberrevolution, d.h. die Verwirklichung der Ideen des Kommunistischen Manifestes, etwa „ein Fehler“ sein könnte?

Spürt Ihr gar nicht mehr, dass allein diese Fragestellung ein Indiz dafür ist, dass hier kein Kommunist gefragt hat – von der Antwort ganz zu schweigen!?

Was würdet Ihr denn zu einem Kommunisten sagen, der erklärt, die Teilung Europas nach der Französischen Revolution in ein feudales und ein bürgerliches Europa sei „widernatürlich“ gewesen? Ihr würdet doch ganz sicher sagen: Du willst Kommunist sein? Du bist ja ein Anwalt des Ancien Régime!

Und wieso hat Euch eigentlich nie stutzig gemacht, dass von Bush über die Thatcher bis Helmut Kohl sich alle einig sind in der Dankbarkeit gegenüber Gorbatschow, ohne den die für sie so erfolgreichen Entwicklungen der letzten Jahre – wie sie bis vor kurzem nie müde wurden zu betonen – nicht möglich gewesen wäre?

Und habt Ihr Euch nicht wenigstens darüber gewundert, dass Ihr Euch mit Bush, Thatcher und Kohl so sehr in der Furcht einig wart, Gorbatschow könnte gestürzt werden, obwohl Ihr doch mit deren Hoffnungen auf den Untergang des Sozialismus nichts gemein haben konntet?

Und könnte es nicht sein – den Gedanken sollte man doch wohl mal denken – dass ihre Hoffnung und ihre Furcht besser begründet waren als Eure – einfach weil sie besser wussten, wohinaus die Gorbatschowsche Perestroika laufen würde?

Und wie könnt Ihr Euren Glauben erhalten angesichts der Tatsache, dass Euer Held seine UNO-Vertreter bei der entscheidenden Abstimmung darüber, ob der Golf-Konflikt weiterhin mit friedlichen Mitteln oder aber durch die Inangsetzung der us-amerikanischen Kriegs-maschinerie, nur dürftig mit UNO-Girlanden verbrämt, ´gelöst` werden soll, angewiesen hat, für den Krieg zu stimmen?

Wie, meint Ihr, ist dies mit der pathetischen Erklärung des gleichen Gorbatschow vor der UNO am 7. 12. 1988 zu vereinbaren, in der er – ganz Friedensengel – verkündete: „Es ist ganz offensichtlich, dass Gewalt und Androhung von Gewalt keine Instrumente der Außenpolitik mehr sein können und dürfen. Von allen, vor allem aber von den Stärksten, wird eine Selbstbeschränkung und völlige Ausschließung von Gewaltanwendung verlangt.“?

Warum stellt Ihr die Frage des richtigen oder falschen Machtgebrauchs so scharf bei Stalin - und offenbar gar nicht bei dessen Ankläger Gorbatschow? Wie viele Tote hat der Verzicht auf die Anwendung des Veto-Rechtes schon gefordert und wie viele wird er noch fordern?

Und ist etwa eine Politik, die zur Preisgabe des Sozialismus in Europa geführt hat, im Urteil der Geschichte nicht viel verhängnisvoller zu bewerten, als eine Politik, von der Gorbatschow auf dem 27. Parteitag noch zu sagen wusste, dass ihre positiven Seiten die negativen weit überwiegen (denn immerhin habe sie die Sowjetunion zu einem Staat gemacht, der hunderte Millionen Europäer vom Faschismus befreite, die überlebenden Juden in Europa vor der völligen Vernichtung bewahrte, der der Hauptverbündete der Kolonialvölker in ihrem Befreiungskampf war, usw.usf.) Dies alles gehört auch zur Antwort auf Eure Frage nach dem ´Stalinschen Machtgebrauch`!).

Hat Euch vielleicht das durchsichtige Manöver der „Verhandlungen“ Primakows und Gorbatschows selber mit den Irakis, - das Bush seinem in Bedrängnis geratenen Freund Gorbatschow erlaubte, ohne auch nur im geringsten die Welt darüber in Zweifel zu lassen, dass der Termin der Eröffnung der Landoffensive durch diese „Verhandlungen“ keineswegs verändert werden würde, - erneut von der „Integrität“ des „Kreml-Chefs“ überzeugt?

Und was ist mit Litauen und den hilf- und würdelosen Versuchen, die Verantwortung für das Blutvergießen dort von sich – dem Mann mit den umfassendsten Machtvollkommenheiten der Sowjetgeschichte! – abzuwälzen?

Ihr fragt: „Welche Wahl hatte denn Gorbatschow heute?“, um seine „schmerzenden Kompromisse“ zu erklären. Warum fragt Ihr nicht: „Welche Möglichkeiten hatte er 1985“? Ihr werdet ja nicht bestreiten können, dass, verglichen mit dem, was die Sowjetunion nach fünf Jahren Gorbatschow darstellt, sie 1985 geradezu noch eine heile Welt war, jedenfalls so heil, dass er selbst verkündete, von diesem Ausgangspunkt aus werde die Sowjetunion durch seine Perestroika im Jahr 2000 an der Spitze der Menschheitszivilisation stehen. Ihr habt ja doch sicher sein seinerzeit so enthusiastisch hochgejubeltes ´Jahrhundertwerk` „Perestroika und Neues Denken für unser Land und die ganze Welt“- (unter dem hat er's nicht gemacht!) – gelesen und registriert, dass er dutzende Male beteuerte, dass jeder Schritt der Perestroika Ergebnis „gründlicher Analysen“ sei. Heute redet er sich darauf hinaus, dass ihre Analysen nicht tiefgehend genug gewesen seien. In Wahrheit gab es keine Analysen, sondern nur den ideologischen Feldzug, dass Planwirtschaft, wie bisher, falsch sei, und „sozialistische Marktwirtschaft“ das Wundermittel sei, und dass dazu ein „Wettbewerb der Eigentumsformen“ nötig sei, mit dem Ziel, den Weg zu gehen, den die ungarischen Reformer, die nicht umsonst immer als Vorbild hingestellt werden, vorangegangen waren, und deren Endziel von Anfang an die Rückkehr zur ´vollen`, d.h. kapitalistischen Marktwirtschaft war.

Es wird ja wohl niemanden geben, der beweisen kann, - weil es absoluter Nonsense wäre -, dass es als notwendige Kursänderung in der Sowjetunion nur einen einzigen Weg, nämlich den, den Gorbatschow gegangen ist, 1985 gegeben habe. Allerdings hat er gerade diese Vorstellung mit seinen dauernden

Beschwörungen hervorgerufen: Es gibt keinen anderen Weg – Perestroika oder Untergang! Das war pure Demagogie! Ein ernsthafter Führer und Kommunist hätte niemals eine solche Erpresserposition bezogen. Um sich damit durchzusetzen, musste er immer mehr Macht in seinen Händen vereinigen – in krassem Widerspruch zu der Demokratisierungskampagne, mit der er sich selbst einmal die Massenbasis verschaffte, um sich gegen die verschiedenen Widerstände – (die natürlich alle als Widerstand von Konservativen dargestellt wurden, die um ihre Pfründe bangen) – durchzusetzen. Nein, die Geschichte der Macht usurpation des Gorbatschow gehört zu den finstersten der Sowjetgeschichte.

Du hast mich gefragt: „Glaubst Du wirklich, dass wir es in den ehem. sozialistischen Ländern geschafft hätten, mit den bestehenden Unzulänglichkeiten der Wirtschaft und Wirtschaftsführung“ usw. „die Überlegenheit des Sozialismus auf allen Gebieten“ usw. „in kürzestmöglicher Frist überzeugend zu erreichen?“ Du hast diese Frage an die falsche Adresse gerichtet. Du hättest sie an den Mann richten sollen, der 1985 ff versprochen hat, durch die Perestroika werde die Sowjetunion im Jahre 2000 an der Spitze stehen. Nach Deiner an mich gerichteten Frage muss ich annehmen, dass Du schon damals, als Gorbatschow diese Verheißung von sich gab, vorausgesehen hast, dass daraus nichts werden könne... oder irre ich mich da?

War es nicht vielmehr so, dass Du seine Verheißung voll geglaubt hast und er gerade deshalb für Dich wie – ich wiederhole es noch einmal – für jeden, der den Sieg des Sozialismus über den Imperialismus erhoffte, der große Hoffnungsträger wurde?

Es gehört für mich zu den unbegreiflichen Phänomenen, dass kluge Menschen, vor deren Augen die Maßnahmen ergriffen wurden, deren schlimme Folgen man an drei Fingern der Hand abzählen konnte, zu Millionen diese einfache Rechnung nicht anstellten, weil sie dem Heilsbringer nur Gutes zutrauten und auch inbrünstig wünschten, dass sich alles zum Guten wende und er den versprochenen Erfolg heimbringe, und deshalb glaubten, dass das voraussehbare und sogar vorausgesagte Unglück nicht die Folge seiner Handlungen war, weil er behauptete, dies alles sei nur die Folge der Sabotage seiner bösen Widersacher oder gar der Untaten eines Mannes, der schon seit 1953 tot ist. Ich habe schon viele Beispiele geschickter psychologischer Manipulierung in meinem Leben kennen gelernt. Dies aber ist die Krönung, weil sie nicht an unpolitischen, kritikungeübten Menschen vollzogen wurde, sondern an geschulten, gebildeten Kommunisten, wobei zu beobachten war und ist, dass dies in diesem Falle am leichtesten bei den kommunistischen und sympathisierenden Intellektuellen gelang. (Ich weiß, das klingt schrecklich überheblich und besserwisserisch, vielleicht sogar beleidigend; aber lasst Euch dennoch nicht davon abhalten, die vorgebrachten Argumente ernsthaft zu durchdenken.)

Was meinen Vortrag in der Uni betrifft, so habe ich nicht, wie Gorbatschow, eine Jahreszahl genannt, bis zu der der Sozialismus seine Überlegenheit weltweit unter Beweis gestellt haben wird, sondern habe nur von der „riesigen Aufgabe“, dieses „in der kürzest möglichen Zeit“ zu tun, gesprochen. Was ist daran falsch? Illusionäre Fristen und Daten habe ich nicht genannt – das überlasse ich solchen Reformern wie Chruschtschow, der bis 1970 die USA überholt und 1980 den Kommunismus erreicht zu haben versprach, und seinem Bruder im Geiste Gorbatschow. Ich habe in meinem Vortrag in der Uni vor einigem in der damals möglichen Sprache gewarnt, was durch Gorbatschows „Neues Denken“ an Unheil kommen könnte, weil es bedeutete, die Klassenpositionen aufzugeben. Ich habe den Eindruck, dass Ihr das überhaupt nicht aufgenommen habt, wohl deshalb, weil ich Euch so sehr zum Widerspruch provoziert habe, dass Ihr innerlich völlig auf Ablehnung eingestellt wart und auf jeder Zeile nur danach gesucht habt, was Euch bestätigen könnte, dass ich die Dinge geradezu unfassbar falsch sehe. Vielleicht hat das, was die letzten zwei Monate brachten, da mehr Bereitschaft bewirkt, die eigene bisherige Position etwas in Frage zu stellen.

Im Dezember (1990, d.Red.) habt Ihr noch gegen meine Einwände gegenüber der Gorbatschow-schen Position der ‚Priorität des Allgemeinmenschlichen‘ ins Feld geführt, dass in Zeiten großer Friedensbedrohung diese Priorität bestehe, und an „das Aufatmen in der Welt“ erinnert, „als Reagen und Gorbatschow ihre Gespräche begannen“. Ich erinnere mich sogar noch an das Aufatmen, als Chruschtschow und Eisenhower ihre Gespräche begannen. Nur folgte damals auf das Aufatmen die U2-Affaire und die Rückkehr des Kalten Krieges – wie jetzt auf die Gespräche Reagen-Gorbatschow und Bush-Gorbatschow die Kapitulation zwecks Beendigung der „widernatürlichen“ Spaltung Europas, - und kaum war der Sozialismus weg – der Golfkrieg.

Was also war dieses Aufatmen wert?

Es entsprang der Illusion, die von Gorbatschows „Neuem Denken“ verbreitet wurde, es müssten nur die richtigen Staatsmänner miteinander am Verhandlungstisch sitzen, und schon würde die Welt nicht mehr von Klasseninteressen, sondern von ‚allgemeinmenschlichen‘ Interessen und der Vernunft geleitet werden. (Nachzulesen in seiner UNO-Rede.) Ich habe damals dagegen gesetzt, dass die Losung richtig bleibe: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Friede. Die Gefahr eines Krieges zwischen Sozialismus und Imperialismus dadurch aus der Welt zu schaffen, dass man mithilft, den Sozialismus aus der Welt zu schaffen, - dazu gehört wahrhaftig keine staatsmännische Begabung; dass man dafür den Friedensnobelpreis erhält, entbehrt aber nicht einer gewissen Logik.

Der Brief ist nun so lang geworden, dass ich Euch eine Beilage erspare. Vielleicht später mal.

Trotz aller Polemik – herzliche Grüße, auch an Karl, Kurt Gossweiler

An: Peter Gingold, Frankfurt/M, 23. 06. 1991

Lieber Peter,

zurückgekehrt aus dem (Rentner)-Urlaub fand ich zu meiner großen Freude Deinen Brief vor (die Freude ist ganz unabhängig davon, ob kurz oder lang). Es tut einfach gut, auf Verständnis oder gar Zustimmung zu stoßen in einer Zeit, da von der einst so unübersehbar großen Schar von anscheinend standhaften, überzeugten Mitstreitern nur noch ein kleines, immer weiter abschmelzendes Häuflein von Unentwegten übrig geblieben ist. Du kannst es direkt physisch spüren, wie sich Dir Menschen entfremden, die sich selber gestern noch aufrichtig für Kommunisten und den Marxismus-Leninismus für allmächtig, weil wahr hielten, die aber heute kaum noch verstehen können, wie sie das alles für richtig halten konnten.

Ich erlebe eine derartige Wirkung einer siegreichen Konterrevolution – und Du ja auch – zum zweiten Male; 1933 sagte mir ein jugendbewegter Freund, der uns politisch sehr nahe stand: „Jetzt ist für mindestens zehn Jahre der Kommunismus erledigt“, und zog für sich daraus die Schlussfolgerung, der braunen „Jugendbewegung“ beizutreten. Und dann konnte man beobachten, wie ganz allmählich aus antifaschistisch gesinnten Leuten erst ‚innerliche Emigranten‘, dann entpolitisierte Normalbürger und schließlich Leute wurden, die von den Erfolgen der braunen Sieger überwältigt wurden und bereit waren, ihre frühere antifaschistische Gesinnung als Irrtum zu bereuen.

Ähnliches erlebe ich heute, nur hinsichtlich der Schnelligkeit und Radikalität der Wandlung noch bestürzender. Leute, die gestern noch ehrlich überzeugt davon redeten und schrieben, dass dem Kommunismus die Zukunft gehöre, sind von der unerwarteten Niederlage so um alle Vernunft gebracht und demoralisiert, dass sie jetzt zum Glauben konvertiert sind, der Kapitalismus habe die ewige Jugend gepachtet – und sich dementsprechend einrichten.

Andere haben länger inneren Widerstand geleistet, aber jetzt spürst Du bei ihnen, wie ihre Widerstandskraft von Tag zu Tag nachlässt, wie sie ihr gestriges Ich Stück für Stück ablegen, wie sie sich an den neuen, kapitalistischen Alltag immer mehr als an das Normale, Dauerhafte, Unabänderliche, ja, und auch – je nach Situation – als das Komfortablere gewöhnen und es zu akzeptieren beginnen. Was da vor sich geht ist eine schleichende Erosion einer früheren Persönlichkeit und ihre Verwandlung in eine neue, der alten mit wachsendem Unverständnis gegenüberstehende; das zu beobachten ist geradezu unheimlich, ein Vorgang, würdig, von einem Kafka beschrieben zu werden.

Herzliche Grüße, Kurt Gossweiler

An: Prof. Zhu Zhong Wu, China, 08. 09. 1991

Sehr verehrter Professor Zhu Zong Wu,

unsere Korrespondenz ist seit dem Unglück des Unterganges der DDR leider unterbrochen, aber Katastrophen wie diese sollten eigentlich nicht dazu führen, dass der internationalistische Kontakt zwischen

Sozialisten ebenfalls untergeht, im Gegenteil.

Gestatten Sie mir deshalb bitte, Ihnen einen Aufsatz von mir zu übersenden und Ihnen zugleich einige meiner Gedanken über die Ursachen der Katastrophe, von der der Sozialismus betroffen wurde, vorzutragen. Wenn ich dabei auch zur Rolle der Volksrepublik China einige Gedanken zu äußern wage, obwohl wir von Europa aus kaum die notwendigen Informationen haben, um uns ein richtiges Bild zu machen, so bitte ich diese Kühnheit zu entschuldigen. Sollten meine Gedanken sehr falsch oder dumm sein, so bitte ich Sie, mir dies zu schreiben und mein falsches Denken gerade zu rücken.

Nach der Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion, die, wie ich meine, das vorsätzliche Werk der Gorbatschowisten ist, bleibt für die Kommunisten der ganzen Welt nur die Hoffnung, dass es wenigstens Ihrem Lande gelingt, dem vereinten Ansturm des Imperialismus und der Revisionisten standzuhalten.

Um aufrichtig zu sein, muss ich Ihnen aber auch sagen, dass ich große Sorgen und Zweifel habe, ob das wirklich gelingen wird. Vor allem natürlich deshalb, weil Volkschina diesem Ansturm nunmehr fast ganz allein widerstehen muss und ständig wachsende ökonomische Schwierigkeiten zu bewältigen hat, die vom Imperialismus ausgenutzt werden, Ihr Land durch ökonomische Strangulierung einerseits, durch Lockung mit „Entwicklungshilfe“ andererseits zur Aufgabe einer selbständigen Politik zu zwingen, dazu, sich dem Diktat der Kreditgeber zu beugen und ebenfalls den Weg einer „Perestroika“, d.h. der Restauration des Kapitalismus, zu beschreiten.

Zum anderen aber gab es in der Vergangenheit bis in die letzte Zeit hinein in der Politik der VR China Aspekte, die mir unbegreiflich waren und mir Sorge bereiteten.

Da war zum ersten die Unterstützung der Pol-Pot-Leute und des Prinzen Sihanouk, deren Machtübernahme in Kambodscha, wie ich es verstehe, die weitere sozialistische Entwicklung in diesem Lande blockieren und den Einfluss des USA-Imperialismus wieder dominierend machen würde. Und da war zweitens die Stimmhaltung Chinas bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der UNO, die dem USA-Imperialismus den Weg für die Entfesselung des Golfkrieges freigab.

Dass die Sowjetunion Gorbatschows offen auf die Seite des USA-Imperialismus übergehen würde, war zu erwarten. Aber warum China von seinem Veto-Recht keinen Gebrauch machte, das begreife ich bis heute nicht. Furcht vor Bestrafung durch die USA? Aber das wäre doch dann der erste Schritt einer nicht mehr aufzuhaltenden Serie von Kapitulationen?

Verwundert hat mich auch die demonstrative Bezeugung von Freundschaft Gorbatschow und seinem Regime gegenüber; ich denke doch, dass man sich bei Ihnen darüber klar ist, dass das Zusammentreffen der antisozialistischen Aktionen auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit dem Besuch Gorbatschows in Peking kein Zufall war, (genau so wenig, wie es Zufall war, dass der Beginn der Endkrise der DDR mit dem Besuch Gorbatschows in Berlin am 7. Oktober 1989 einsetzte, nachdem er mit den ungarischen Revisionisten die Öffnung der Grenze zu Ungarn vereinbart hatte, um den unkontrollierten Massenzug von DDR-Bürgern in Gang zu setzen.)

Wo Gorbatschow auftaucht, da erhebt die Konterrevolution ihr Haupt!

Für mich ist Gorbatschow ebenso wie sein Vorgänger Chruschtschow die Verkörperung des mit dem Imperialismus verbündeten Revisionismus, jenes Revisionismus, dessen jahrzehntelanges Wirken die kommunistische Bewegung zersetzt und somit den Sozialismus zum Untergang verurteilt hat. Ich war seinerzeit sehr froh, dass die KP Chinas so mutig und entschieden den Chruschtschow-Revisionismus bekämpfte. Ich bin ganz sicher, dass ohne den verbrecherischen Bruch Chruschtschows mit Volkschina, ohne den plötzlichen Abbruch aller vereinbarten Hilfeleistungen, also ohne diesen verräterischen Dolchstoß in den Rücken des verbündeten China, es nie zu den tragischen Ereignissen der Kulturrevolution gekommen wäre.

Gegenwärtig ist die Lage in Europa in den kommunistischen Parteien so, dass von den meisten der Zusammenbruch des Sozialismus als Beweis dafür betrachtet wird, dass der Marxismus-Leninismus eine Irrlehre ist. Meiner Überzeugung nach liegt die Ursache der Katastrophe aber in der revisionistischen Entartung vor allem der KPdSU, im Verrat am Marxismus-Leninismus. So lange dies aber in der kommunistischen Bewegung, so weit sie noch existiert, nicht begriffen wird, so lange kann es keine Gesundung dieser Bewegung geben.

Wer aber soll dieser Erkenntnis zum Durchbruch verhelfen, wenn nicht die Kommunistische Partei Chinas?

Mit den besten Wünschen für Ihr Land, das zur letzten Hoffnung der Kommunisten der ganzen Welt geworden ist, und für Sie persönlich grüßt sie herzlich Kurt Gossweiler

An: Wolfgang Ruge, Babelsberg, 25. 09. 1991

Lieber Wolfgang,

endlich komme ich zu der versprochenen Antwort auf Deinen Protestbrief aus der Kur, der mich doppelt gefreut hat – weil er von Dir kam und weil er ein Echo auf einen Artikel war, der zur Diskussion herausfordern sollte.

Wie ich sehe, habt Ihr Piastany die Treue gehalten. Wir hätten's auch gerne getan, aber unter den jetzigen Umständen ist es uns zu teuer geworden. Wir waren deshalb im Herbst vorigen Jahres im näher gelegenen und billigeren Jachymov. Wie Ihr waren auch wir über den „Kronensturz“ entsetzt: mit diesem Kurs wird das Land ausverkauft. Als wir anreisten, stand der Kurs bei 1:15, nach drei Wochen bei der Ausreise bei 1:20! Von Bayern her schwärmen die Bajuwaren, von Oberwiesental die Sachsen ins gelobte Billigland, wie einst die Polen in die „reiche“ DDR. Mit der D-Mark in der Hand sind sie nun endlich auch wer, gleichwertig mit den „Wessis“ und nicht mehr am Katzentisch als arme DDR-Mark-Schlucker...Die Osis im Sanatorium haben sich aber glücklicherweise noch nicht als neugebackene Herrenmenschen aufgeführt.

Nun also zu Deinem Brief. Was mich vor allem anrührte, war die unveränderte freundschaftliche Verbundenheit, die aus ihm sprach. Ich möchte sehr, dass unser Verhältnis auf dieser Grundlage erhalten bleibt, auch wenn wir uns in unseren Standpunkten nicht näher kommen, sondern wohl eher voneinander entfernen. Das liegt daran, dass Du Dich schon ziemlich weit von den Positionen entfernt hast, die Du früher eingenommen hast; ich habe deshalb den größten Teil Deiner Einwände gegen meinen Artikel als eine Absage an Deine früheren – noch immer nachlesbaren – Ansichten empfunden. Ich denke dabei z.B. daran, dass Du in Deiner Ehrenpromotionsrede noch davon sprachst, dass am Anfang unseres Jahrhunderts ein Lenin und an seinem Ausgang ein Gorbatschow stand – und diese beiden Gestalten als positive zukunftsweisende Wegbereiter den Bösewichtern der Geschichte gegenüberstelltest, dass aber nach Deinen späteren Veröffentlichungen zu urteilen weder Lenin noch Gorbatschow die gleiche positive Bewertung erfahren würden.

Mit Recht kannst Du ins Feld führen, dass ein unbeirrbares Festhalten an einmal eingenommenen Positionen keineswegs ein Beweis für Prinzipienfestigkeit sein muss, sondern genau so gut ein Beweis für Mangel an Lernfähigkeit und für sture Unbelehrbarkeit sein kann, während ein Positionswechsel bei geistiger Aufgeschlossenheit für neue Erkenntnisse zwingend sein kann.

Dies akzeptiert, würde mich der Vorwurf der Neigung zum Dogmatismus (den ich ja auch in Deinem Brief wieder finde), zu einer noch selbstkritischeren Überprüfung der eigenen Ansichten veranlassen, wenn ich feststellen müsste, dass meine politischen Einschätzungen und prognostischen Erwartungen durch die Entwicklung ab absurdum geführt worden wären. Dies aber kann ich – gerade in Hinblick auf meine Befürchtungen, die Sowjetunion und speziell den Kurs der Perestroika betreffend – keineswegs feststellen. (Ich darf da auf meine Ehrenpromotionsrede über das „Neue Denken“ verweisen.)

Nun aber konkret zu Deinen Einwänden gegen meinen Artikel. Du fandest, ich sänge ´merkwürdige Lobeslieder` auf den ´de facto nichtsozialistischen Sozialismus`, „obwohl er auch in diesem Punkt (der ´kolonialistischen und neokolonialistischen Praxis`) „wahrscheinlich bedeutend schlimmer ist als der Kapitalismus“.

(Hier muss ich eine Frage einschieben: in welchen Punkten ist denn der `nichtsozialistische Sozialismus`, also die in den RGW-Ländern herrschende Ordnung, nicht schlimmer, sondern besser gewesen als der Kapitalismus – oder gibt es solche Punkte nach Deiner jetzigen Erkenntnis in Wahrheit gar nicht?)

Du meinstest ferner, dass ich den Einfluss des Sozialismus auf die Gestaltung der sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern weit übertrieben habe; dieser Einfluss

rangiere vielmehr „ganz hinten“, denn der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung im Westen sei viel höher als der im Osten, deshalb könne die von dort kommende Ausstrahlungskraft nicht die von mir behauptete Bedeutung haben.

Lieber Wolfgang, hier muss ich einfach sagen, dass Du schon sehr viel besser argumentiert hast. Ist Deine Beweisführung mit dem allbekannten, von mir nie bestrittenen (da ich nicht dazu neige, die Augen vor Tatsachen zu verschließen) ‚Wohlstandsgefälle‘ nicht ein wenig vulgärmaterialistisch? Wenn selbst bürgerliche Leute wie Gaus oder die Stolpe-Ministerin Hildebrand einräumen, dass das Fehlen so krasser sozialer Gegensätze wie im Westen, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein freundlicherer Umgang der Menschen miteinander sie beeindruckt habe, und wenn man als aufmerksamer DDR-Bürger weiß, wie weit verbreitet bei uns die Wunschvorstellung war, in einem einheitlichen Deutschland sollten die Vorzüge aus beiden deutschen Staaten zusammengetan werden, dann spricht das doch dafür, die Ausstrahlungskraft der DDR selbst in ihrer deutlich spürbaren Niedergangphase nicht gar so gering anzusetzen, wie Du das tust.

Aber das ist natürlich nicht das Entscheidende. Die Einwirkung der sozialistischen Welt auf die kapitalistische läuft ja über kompliziertere Mechanismen. Der sog. „Systemwettbewerb“ (der in Wirklichkeit nie aufgehört hat, ein Selbstbehauptungskampf des ökonomisch schwächeren Sozialismus gegen die nie eingestellten Strangulierungsversuche des Imperialismus zu sein – darüber waren wir uns ja durchaus einig) hat eine Geschichte und seine Etappen.

In der ersten Hauptetappe hat bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges der Kapitalismus mit seinen Krisen, Kriegen und dem Faschismus keineswegs die bessere Figur gemacht, am wenigsten in Deutschland. Es sollte nicht vergessen werden, dass 1945 sogar die Adenauer-CDU ein heute geradezu unfassbares Maß an Kapitalismuskritik hören und lesen ließ und dass ein Schumacher den Sozialismus „zur Tagesaufgabe“ erklärte. Diese Situation wirkte prägend auf die Ausgestaltung des Nachkriegskapitalismus im Sinne weitgehender bürgerlich-demokratischer und sozialer Rechte, die eben wegen des „Systemwettbewerbs“ nicht mehr zurückgenommen werden konnten (und ökonomisch auch nicht mehr zurückgenommen zu werden brauchte dank der Extraprofite aus der Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘).

In der zweiten Hauptetappe nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute durchlief der ‚Systemwettbewerb‘ in Europa zwei Phasen.

Die erste war dadurch gekennzeichnet, dass der Imperialismus seine Anstrengungen darauf richtete, die weitere Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern (als Voraussetzung für die nie aufgegebene Absicht, ihn wieder aus der Welt zu schaffen). In dieser Phase der Politik der „Eindämmung“ war es erforderlich, der Anziehungskraft der grundlegenden Reformen im Osten – Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, Brechung des Bildungsmonopols, Ausbau des Sozialwesens usw. – entgegen zu wirken durch Maßnahmen, die geeignet waren, die Massenzustimmung für die Aufrechterhaltung des „westlichen Systems“ zu gewinnen: rasche Hebung des Lebensstandards, weitgehende soziale Absicherungen und bürgerlich-demokratische Rechte. Das Entscheidende war natürlich die ökonomische Seite, die Hebung des Lebensstandards, wozu ja ihre Möglichkeiten – mit dem großen Kriegsprofiteur USA im Rücken – unvergleichlich größer waren als die unseren.

Die zweite Phase nach der Eindämmung war folgerichtig die des „roll-back“. Nach erfolgreicher Verteidigung des Besitzstandes im nicht von der Roten Armee besetzten Europa folgte die jahrzehntelange, erst in unseren Tagen zu Ende gehende Phase der Zurückgewinnung des 1917 und nach 1945 an den Sozialismus verloren gegangenen Terrains.

Die Niederlage der Elmas-Armee in Griechenland 1949 markiert den endgültigen Erfolg der Politik der Eindämmung, der 17. Juni 1953 den vollendeten Übergang zur Phase des „roll-back“. (Der 17. Juni brachte Vieles an den Tag, nicht nur dies, aber eben auch dies.)

Für unseren Zusammenhang ist hervorzuheben: auch in der neuen Phase konnte sich der Imperialismus ebenso wenig wie in der vorangegangenen erlauben, die nach 1945 errungenen bzw. nolens volens gewährten sozialen und politischen Rechte zurück zu nehmen, ohne seine Politik des „roll-back“ zu gefährden. Eine Politik des Demokratie- und Sozialabbaus hätte die Bemühungen um eine Aufweichung der Grundlagen der sozialistischen Staaten, um die Erosion ihrer Akzeptanz bei den Massen, zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Auf diese Weise war die Existenz des Sozialismus der stärkste Faktor für die Aufrechterhaltung der nach 1945 errungenen Rechte und Freiheiten in den kapitalistischen Ländern.

Wenn das richtig ist, dann wird auf das Verschwinden des Sozialismus in Europa früher oder später ein Angriff von wachsendem Nachdruck auf eben diese Rechte und Freiheiten einsetzen. (Bei genauerem Hinsehen wird man feststellen, dass er bereits eingesetzt hat.)

Lieber Wolfgang! Ich komme mir schon etwas komisch vor, Dir mit alledem eine Lektion zu halten über die Strategie der imperialistischen Bourgeoisie, wo Du doch alles das genau so gut wie ich und noch besser kennst als ich. Aber was soll ich machen? Wenn unsere Schlussfolgerungen so weit auseinander gehen, muss ich halt begründen, worauf ich meine Thesen stütze.

Zum Schluss noch einmal zu Deiner Einschätzung der 'kolonialistischen und neokolonialistischen Praxis' der SU-Führung: Zunächst muss ich Dich angesichts der Schilderung von Dingen, die ich früher nie von Dir gehört habe, fragen, seit wann Dir diese Zustände als Tatsachen bekannt sind und seit wann Du sie als schlimmer denn die kapitalistische koloniale und neokolonialistische Ausplünderungspraxis betrachtest. Ich kann diese Deine Schilderung nur zur Kenntnis nehmen und daraus lernen, dass alles noch viel schlimmer ist, als es sich mir bei meinen Reisen in die Union dargestellt hat. Aber da stellen sich mir doch wieder andere Fragen und drängen sich sicherlich auch andere Schlussfolgerungen auf als Dir

Ich halte nämlich bis zum Beweis des Gegenteils daran fest, dass die Oktoberrevolution und die auf sie folgenden Jahre der Sowjetmacht die Völker der Kolonien des zaristischen Russland befreit haben von der zaristischen Unterdrückung und von der Last einer mittelalterlichen geistigen Knebelung, dass sich ihr wirtschaftliches und kulturelles Niveau in relativ kurzer Zeit ganz beträchtlich über das der benachbarten Völker in Asien erhob.

Die Verheerungen, die Du geschildert hast, sind offenbar ein Werk vor allem der Politik, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt wurde. Und da frage ich mich einfach, ob beispielsweise der große Reformler Nikita in den elf Jahren seiner Herrschaft nicht Macht und Zeit genug gehabt hat – er hat doch innenpolitisch mit Brachialgewalt selbst die unsinnigsten Projekte durchsetzen können! – um zu korrigieren, was vorher falsch gemacht wurde und eine sozialistische Nationalitätenpolitik ohne Anführungsstriche einzuleiten, von der wieder abzugehen seinem Nachfolger kaum möglich gewesen wäre, wenn er es denn gewollt hätte, was aber doch ganz unwahrscheinlich war, handelte es sich bei Breschnew doch um den engsten Vertrauten Chruschtschows (nachdem Koslow gestorben war). Aber wie wir wissen, hat Chruschtschow eben das nicht getan, sondern das Gegenteil. Er war ja ein Anhänger jener Form der „Arbeitsteilung“ in der SU und im sozialistischen Lager, in der die „Randstaaten“ zu Lieferanten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die „Metropole“ herabgedrückt werden sollten (was ja ein wichtiger Grund für das Ausscheren Rumäniens aus dieser Art von „sozialistischer internationaler Arbeitsteilung“ gewesen ist, und zwar schon unter Ceausescus Vorgänger Gheorgiu Dej).

Das war ein krasses Abgehen von einer Nationalitätenpolitik, wie sie von Lenin konzipiert worden war.

Ich sehe also keinen Grund, den Weg Gorbatschows von Lenin zu Kautsky und zur Sozialdemokratie mit zu gehen, den er auf dem für den Herbst geplanten Parteitag der Partei vollenden wollte, bei deren Illegalisierung er inzwischen selbst mitgewirkt hat.

Darüber, worin ich einige wichtige Ursachen für das Unglück des Untergangs des Sozialismus sehe, habe ich etwas publiziert, was ich Dir – eingedenk unserer weit zurückliegenden Absprache – zugesandt hätte, wäre mir nicht bekannt geworden, dass Du den betreffenden Aufsatz schon kennst. (Wenn Du dennoch Wert darauf legen solltest, schicke ich ihn Dir natürlich.)

Lieber Wolfgang, bei allem Trennenden sehe ich bei uns außer den nicht wenigen früher konstatierten Gemeinsamkeiten auch noch eine weitere, dass wir beide offenbar nicht zu jenen traurigen Zeitgenossen gehören, die aus dem Zusammenbruch die Schlussfolgerung gezogen haben, sich nun völlig auf „das Private“ zurückzuziehen. Deshalb bereitet mir jede Publikation von Dir, trotz des Widerspruchs, den ihr Inhalt oft hervorruft, Freude, ebenso Deine Widersprüche zu meinen Wortmeldungen.

In diesem Sinne nochmals Dank für Deinen Brief, alle guten Wünsche und herzliche Grüße für Dich und Taja (auch von Edith),

Kurt Gossweiler

An: Pavel Rachschrir, Sowjetunion/Rußland, 26. 12. 1991

Lieber Pavel,

während ich überlege, wann wir uns zum letzten Male geschrieben haben, wird mir klar, dass es zum vorjährigen Jahreswechsel war. Das ist schlimm; ich komme mir vor, als hätte ich Dich in einer schwierigen Zeit im Stich gelassen. Das ist natürlich ein übertriebenes Gefühl, denn Du bist selbstverständlich nicht alleine, sondern hast gute Freunde im Lande. Aber dennoch... Ich habe allerdings in der Jahresmitte an Lew Ginzberg geschrieben und ihm einige Ausarbeitungen von mir mitgeschickt – in der Annahme, sie würden über ihn auch an Dich gelangen. Ich weiß aber nicht, ob das geschehen ist, weil ich von L.G. keine Antwort erhalten habe. Nun bin ich ja schon seit vielen Jahren gewohnt, dass er seine Nachrichten nicht der Post, sondern gerade in Moskau befindlichen Freunden anvertraut, aber sehr viele ehemalige DDR-Bürger werden wohl nicht mehr in Moskau aufkreuzen.

Gestern war der letzte Auftritt Gorbatschows als – nur noch nomineller – Präsident der schon längst nicht mehr existierenden Sowjetunion. Er hinterlässt ein Land als Frucht seines Wirkens, das einmal die Hoffnung aller vom Imperialismus Unterdrückten war und jetzt ein Bettler am Tisch der Reichen ist, der alle seine Freunde verraten und verkauft hat und nun selbst wie ein Dritte-Welt-Land behandelt wird. Zar Boris dünkt sich, primitiv und machthungrig, als großer Sieger mit dem Daumen auf dem Atom-Drücker. Aber er ist – wie sein Vorgänger – nur eine Figur für einen Akt im schauerlichen Drama „Perestroika“. Was noch alles kommt, ist kaum vorherzusehen; gewiss ist nur: der Leidensweg steht hinter dem von Alexej Tolstoj geschilderten nicht zurück, mit dem Unterschied, dass er wieder in die schon einmal überwundene Vergangenheit zurückführt.

Ich bin unendlich traurig und maßlos zornig. Und natürlich bewegt mich die Frage, wie es in dieser Zeit meinen Freunden, also Dir und Deiner Frau, Lew Ginsberg und anderen geht. Verzeih' also mein langes Schweigen und schreib mir bitte.

Von uns ist nichts Aufregendes zu berichten, so weit es das rein Persönliche betrifft, wir sind – dem Alter entsprechend – gesund und als Rentner nicht mit der Sorge belastet, ob der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Unser Haus gehört auch nicht einem „Wessi“ (einem in der DDR-Zeit nach dem Westen geflüchteten ehemaligen Besitzer), der jetzt kommt und unverschämte Mieten verlangt oder gar die Räumung der Wohnung, wie es tausendfach der Fall ist. Unsere Miete ist „nur“ von 90,- M der DDR auf 345,- DM gestiegen; wenn es dabei bliebe, müsste man tatsächlich zufrieden sein, denn die DDR-Mieten reichten in der Tat nicht aus, die Wohnung zu erhalten. Aber es bleibt natürlich nicht dabei, schon 1992 wird die nächste Mietsteigerung bringen. Die Grundstückspreise steigen in schwindelhafte Höhen – Berlin wird nicht nur Haupt-, sondern auch Regierungsstadt, und die Bonner Regierungsbeamten wollen schöne Villen auf Wassergrundstücken oder in sonstigen schönen Gegenden, so „provinziell“ wie die viel geschmähten „kommunistischen Bonzen“ wollen diese Herrschaften natürlich nicht leben. Und dann kommen nach Berlin natürlich auch die Direktionen der großen Konzerne und Banken, denn trotz moderner Kommunikationstechnik muss man natürlich so dicht wie möglich am Sitz der Regierung sein, und der Grundstückshunger der Monopolriesen ist unersättlich. Daimler-Benz hat schon ein Riesenarsenal am Potsdamer Platz gekauft, und gleich daneben wird „Sony“ ein Hochhaus bauen.

In einer Hinsicht ist man in Russland schon weiter als in der BRD: Zar Boris hat die Kommunistische Partei schon verboten, bei uns ist die PDS noch legal; der westliche Kapitalismus arbeitet ungern mit so groben Mitteln wie Verboten. Man macht das viel eleganter und geräuschloser: Man beschlagnahmt das Parteivermögen, weil man – schließlich ist man ja ein `Rechtsstaat`! – erst einmal überprüfen muss, ob dieses Vermögen auch nicht auf krummen Wegen erlangt wurde. Da hilft auch nicht, dass die Partei auf 80 % ihres Vermögens schon vor über einem Jahr verzichtet hat mit der Maßgabe, es solle für soziale und medizinische Zwecke verwandt werden – nein: erst einmal wird alles beschlagnahmt, und jede einzelne Ausgabe muss von der „Treuhand“ genehmigt werden! Und vor einem Monat kam dann das tollste Stück: weil die PDS entgegen aller Erwartung nicht an ihren inneren Streitigkeiten zerbrach, holte man zum großen Schlag aus: Man erklärte alle Einnahmen vor einem Stichtag (März 1990) für unrechtmäßig und deshalb für beschlagnahmt, verordnete aber gleichzeitig, dass die Partei alle Verbindlichkeiten aus der Zeit vor diesem Stichtag erfüllen müsse, also z.B. die Pensionen für Parteiarbeiter. D.h., man nahm der Partei die Gelder, die diese Mitarbeiter eingezahlt hatten für die spätere Pensionszahlung, verlangte aber von ihr, dass sie die Pensionen dennoch zahlen müsse. Der Effekt solcher Maßnahmen ist aber anders, als die Herrschaften es sich vorgestellt hatten:

Empörung über Ungerechtigkeit und Hinterhältigkeit schweißt die Parteimitglieder zusammen, stärkt ihren Widerstandswillen und ihre Opferbereitschaft. Bis jetzt wurde das Ziel, die PDS mit der seidenen Schnur zu erdrosseln, nicht erreicht. Aber das ist natürlich keine Überlebensgarantie. Von ursprünglich über 2 Millionen Mitgliedern waren bei der letzten Parteitags-Tagung 180.000 übrig geblieben. Und die internen Flügelkämpfe gehen weiter.

Dies mag für heute als Situationsbericht genügen. Für Weiteres lege ich Lesestoff bei.

Kurt Gossweiler

An: Prof. Zhu Gui-Sheng, China, 28. 12. 1991

Sehr verehrter Professor Zhu Gui-Sheng,

auch und erst recht zu diesem Jahreswechsel 1991/92, da die Volksrepublik China in den wohl schwersten Abschnitt ihrer Geschichte eintritt, möchte ich Ihnen einen herzlichen Gruß mit den besten Wünschen für Sie und ihr Land senden, auf dem nun die Hoffnungen aller standhaften Kommunisten der ganzen Welt ruhen.

Nach der Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion, vorsätzlich und langfristig betrieben von der Revisionistenfraktion in der KPdSU mit Gorbatschow an der Spitze, hoffen alle, denen der Sozialismus am Herzen liegt, dass es der Kommunistischen Partei und dem Volk ihres großen Landes gelingt, dem vereinten Ansturm des Imperialismus und des Revisionismus zu widerstehen. Ich fürchte aber, dass dies um vieles schwieriger sein wird, als es für die Sowjetunion in den 20er Jahren war. Ich mache mir große Sorgen darum, wie die Volksrepublik die ökonomischen und politischen Auswirkungen der Rückkehr Hongkongs in den Staatsverband Chinas bewältigen wird; und ich war seinerzeit sehr beunruhigt über die Freundschaftsbeteuerungen, die eine Zeit lang aus Peking nach Moskau, an die Adresse Gorbatschows, berichtet wurden. Ich bin inzwischen aber sehr froh darüber, dass nun auch von der chinesischen Partei- und Staatsführung deutlich ausgesprochen wird, dass die Gorbatschowisten – zu denen natürlich auch Jelzin gehört, sogar zu ihrem rechtesten Flügel! – Verräter an der Sache des Sozialismus sind.

Ich meine, ohne die Aufdeckung der ganzen Wahrheit über die jahrzehntelange Wühlarbeit der revisionistischen Agenturen des Imperialismus in den kommunistischen Parteien, die mit Chruschtschow 1953 in der Sowjetunion sogar an die Spitze der Partei und des Staates gelangten, wird es keine Gesundung und keinen neuen Aufstieg der kommunistischen Bewegung geben. Ohne einen solchen neuen Aufstieg der kommunistischen Bewegung ist aber ein Überleben des Sozialismus in China schwer vorstellbar. Auch deshalb ist niemand mehr dazu berufen, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, als die KP Chinas, die in den fünfziger und sechziger Jahren so standhaft und klug gegen den Chruschtschow-Revisionismus kämpfte! (Ich denke z.B. an die große Auseinandersetzung über die Generallinie sozialistischer Außenpolitik!)

Ich denke, die chinesischen Historiker, so weit sie Kommunisten sind, haben eine große und verantwortungsvolle Aufgabe, vor aller Welt die historische Wahrheit über die wirklichen Ursachen des Untergangs des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa aufzudecken. Ich wünsche mir solche Arbeiten schon für das kommende Jahr.

Natürlich kann und darf das nicht die Aufgabe allein der chinesischen Genossen sein. Welche Versuche und Bemühungen in dieser Richtung auch hier unternommen werden, mögen Ihnen die beiliegenden Hefte zeigen.

Es grüßt Sie sehr herzlich, Ihr Kurt Gossweiler

An: Wolfgang Bartsch, Magdeburg, 25. 01. 1992

(...)

Der Kern des Marxismus-Leninismus ist die Erkenntnis, dass der Kapitalismus/Imperialismus die menschenfeindlichste Ausprägung der Ausbeuterordnung ist, die die ganze Menschheit zu Grunde richten wird, wenn ihr nicht rechtzeitig ein Ende bereitet wird. (Zu dieser Kern-Einsicht kommt man jetzt sogar im 'Club of Rome'.) Der Imperialismus verurteilt die große Mehrheit der Gesellschaft – früher im nationalen, jetzt im Weltmaßstab – zum Vegetieren im Elend und zum Hungertod von täglich Zehntausenden von Kindern, damit eine Minderheit der Erdbevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Segnungen der bürgerlichen Demokratie und der High-Tech-Zivilisation genießen kann.

Der Durchbruch 1917 in Russland und die Erweiterung dieses Durchbruchs nach 1945 waren die großen Chancen und Hoffnungen für die Menschheit. An dieser Tatsache kann auch der Verweis auf die vielen Opfer des Selbstbehauptungskampfes der neuen sozialistischen Ordnung nichts ändern. Nur Politiker, die den Sozialismus wieder aus der Welt schaffen wollen, können seine Vergangenheit so einseitig darstellen, dass daraus ein abschreckendes Horrorbild wird.

Man mag es als Unglück ansehen, dass die proletarische Revolution nicht zuerst in den Hochburgen des Kapitals mit langer demokratischer Tradition siegte, sondern in Russland, das mit der Oktoberrevolution überhaupt erst begann, sich aus jahrhundertelangen barbarischen Verhältnissen herauszuarbeiten; aber das entsprach nun einmal der Dialektik der Geschichte, und wer diese Revolution bejaht, der muss es tun mit allen Folgen, die sich aus dieser barbarischen „Altlast“ ergeben. Und der darf auch nicht für eine Minute vergessen, dass die großen alten Demokratien es waren, die die barbarischste Ausgeburt imperialistischer Herrschaft, den Faschismus, gegen die Sowjetunion hetzten, nachdem sie ihn aufgepäppelt und ihm geholfen hatten, sich bis an die Zähne zu bewaffnen.

Wenn unter solchen historischen Bedingungen in dem beispiellos harten Verteidigungskampf des jungen sozialistischen Staates gegen die faschistischen Barbaren selbst grausame und barbarische Züge hervortreten, dann schmerzt mich das als Kommunist, aber ich werde deshalb mein „Ja“ zu dieser meiner Ordnung, die ja gerade durch den Kampf gegen den Faschismus unter den Beweis gestellt hat, dass ich ihr zu Recht vertraut habe, doch nicht zurücknehmen und anfangen, sie anzuklagen und ihr die Staaten der imperialistischen Kriegtreiber und Kriegsgewinnler als „Rechtsstaaten“ lobend gegenüberstellen. Wer das – wie Gorbatschow und seine Leute – tut, beweist damit, dass er ein Antikommunist ist, der sich als Kommunist nur ausgibt, um seine „Arbeit“ erfolgreicher tun zu können. (Wer das feststellt, kann nun, nachdem Gorbatschow, Falin und Schewardnadse dies nicht nur zugegeben haben, sondern sich dessen auch noch rühmen, nicht mehr beschuldigt werden, ihnen böswillig etwas zu unterstellen.)

Wer sich von dem jahrelangen antisowjetischen und antikommunistischen Trommelfeuer dieser von Bush und Kohl ins Herz geschlossenen „Kommunisten“ nicht die Sinne verwirren ließ, für den müsste eigentlich klar sein: Auf diejenigen, die dem Sozialismus keine Zeit und keine Chance ließen, die ihm eigenen demokratischen und menschenfreundlichen Lebensformen zu entfalten und die Erblast der barbarischen Vergangenheit völlig abzulegen, auf sie fällt die Verantwortung nicht nur für die von ihnen selbst begangenen Verbrechen, sondern auch für die Exzesse der anderen Seite, zu denen es ohne den nahezu ununterbrochen erzwungenen Überlebenskampf nicht gekommen wäre.

Du schüttest Deinen Zorn aus über solche DDR-Historiker, die Dir und der Öffentlichkeit wider besseres Wissen Wahrheiten vorenthalten haben und ein gefälschtes Geschichtsbild vermittelten. Wie Du verachte und verabscheue ich Konjunktur- und Hofgeschichtsschreiber, wie sie auch bei uns anzutreffen waren. Nur: wie harmlos war das alles verglichen mit dem, was seit 1986/87 auf diesem Gebiet in der Sowjetunion geschah! Der Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa wurde zu einem ganz beträchtlichen Teil durch jene gewissen- und charakterlosen sowjetischen Geschichtsschreiber vorbereitet, die ohne Scham und Skrupel von heute auf morgen das Gegenteil dessen schrieben, was sie jahrzehntelang verkündeten; und nicht etwa, weil sie dazu durch „Enthüllungen stalinistischer Verbrechen“ veranlasst wurden, sondern weil sie den Forderungen der Macht, die verlangte, alles in Schwarz zu malen, was bisher in Rot gemalt worden war, willfährig folgten. Sie merkten gar nicht – und wenn sie es merkten, störte es sie nicht – dass sich ihre Schilderung der Sowjetgesellschaft schon nicht mehr unterschied von den Schilderungen, die alle Sowjetfeinde, die Nazis eingeschlossen, schon immer gegeben hatten. Sie zogen, wenn sie es merkten, daraus vielmehr den Schluss, dass diese antikommunistischen Schreiber schon immer Recht hatten. Und so kann man heute selbst bei einem Wolfgang Ruge lesen, nicht einmal Hitler habe so viele Kommunisten umbringen lassen wie Stalin. Man sollte meinen, dass die unsachliche Tendenziosität einer solchen Feststellung jedem unvoreingenommenen Leser in die Augen springt, weil ja eine solche Behauptung voraussetzt, dass

derjenige, der sie aufstellt, genau weiß, wie viele Kommunisten der eine und der andere auf seinem Konto hat. Aber ganz davon abgesehen: Eine solche Feststellung unterbietet selbst noch das Niveau der Ernst Nolte und Joachim Fest und aller Verkünder der These „Rot gleich Braun“. Denn selbstverständlich weiß jedermann, dass ohne die Vertreibung der Nazi-Armee aus der Sowjetunion, Osteuropa und Ostdeutschland dort noch Hunderttausende Kommunisten, Juden, Russen, Polen, „slawische Untermenschen“ usw. usf. ermordet worden wären. Wer als Kommunist, Jude, Pole den Faschismus überlebte, verdankt dies der Roten Armee, der Sowjetunion, also auch – Stalin. Und wer hat die deutschen Soldaten gezählt, die als Faschisten den Hitlerkrieg mitgemacht hatten, denen aber in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die Augen geöffnet wurden und die als Antifaschisten und als Kommunisten nach Deutschland zurückkehrten? Wer ein wahres Geschichtsbild geben will, der muss dies alles miterzählen und mit auf die Waagschale legen. Wer aber die Sowjetmacht vernichtet sehen will, der muss dies alles verschweigen, ausblenden, mit „Enthüllungen“ zudecken. Auf diese Weise werden aus Kommunisten – Nichtkommunisten und Antikommunisten gemacht.

Um weiter bei den schändlichen Geschichtsfälschungen zu bleiben: Zu den antisowjetischen Standard-Lügen der Gorbatschow/Falin/Jelzin usw. gehört auch die Behauptung, niemand habe der kommunistischen Weltbewegung größeren Schaden zugefügt als Stalin. Und wie alle andere nehmen ihnen das 90 % der Kommunisten ab – und der größte Teil von ihnen zieht die weitere Konsequenz sich von der geschichtlichen Bewegung abzuwenden. Die wenigsten kommen auf die Idee zu fragen: stimmt denn das überhaupt? Wenn sie es tun, dann kommen sie dahinter, dass sie grob belogen wurden. Zwar haben die Moskauer Prozesse und der Nichtangriffsvertrag mit Hitlerdeutschland viel Unsicherheiten, Zweifel, auch Einbrüche hervorgerufen – aber das wurde weit mehr als wett gemacht durch den Autoritätsgewinn der kommunistischen Bewegung in den Jahren von 1941 – 1945. Unbestreitbar ist: 1945 war die kommunistische Bewegung nicht nur stärker denn je, sie war überhaupt die stärkste, einflussreichste internationale politische Bewegung. Ihr Niedergang begann eindeutig nach dem Tode Stalins und hat als ganz wesentliche Ursache die Wendung zur einseitigen Betonung und Hervorhebung und Übertreibung der negativen Seiten der Geschichte des Landes und seiner führenden Partei und Stalins; ganz wichtig war ferner, dass der Kampf gegen den Revisionismus Tito'scher Prägung nicht nur eingestellt, sondern sogar verurteilt und das Feuer immer einseitiger gegen den „Dogmatismus“ gerichtet wurde, wobei damit mehr und mehr die Lenin'schen Grundlehren über die Partei, die Diktatur des Proletariats, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus des Sozialismus gemeint wurden.

Vielleicht erinnerst Du Dich daran, dass eine solche Einschätzung der Chruschtschow-Politik von mir schon zu Deiner Studienzeit zu hören war. Deshalb war ich unglaublich erleichtert, als er endlich 1964 gestürzt wurde. Ich gab mich der Illusion hin, dass damit auch seine Politik beendet sei. Allerdings sah ich bald, dass dem nicht so war, dass die sowjetische Außen-, mehr aber noch die Innenpolitik viele Elemente des Chruschtschow-Revisionismus beibehielt. Aber da sie nicht an der Oberfläche zu erkennen waren, habe ich mich über ihre Stärke getäuscht, sonst hätte ich nicht noch bis 1988 geglaubt, dass trotz allem der Sozialismus in der Sowjetunion nicht untergehen könnte.

Die unterschiedliche Einschätzung der Chruschtschow-Ära und demzufolge auch der vorangehenden Jahre der Geschichte der Sowjetunion ist der Hauptgrund dafür, dass wir beide die jüngsten Ereignisse auf so unterschiedliche Art und Weise sehen und so verschieden auf sie reagieren, wenn ich einmal von unseren unterschiedlichen persönlichen Prägungen absehe. Für Dich wie fast für alle Mitglieder und Sympathisanten der SED war viel mehr als bei mir eingewurzelt, für wahr und unumstößlich zu halten, was der Mann an der Spitze der KPdSU sagte – besonders natürlich dann, wenn er durch die Blume an den Verhältnissen bei uns das kritisierte, was auch wir zu recht als kritikwürdig empfanden. Das fand ich übrigens anfangs auch für ganz gut. Aber wichtiger als seine Kritik an den bestehenden Missständen war für mich, auf welche Weise er sie überwinden wollte, welches positive, den Sozialismus stärkende Programm er, Gorbatschow, in Angriff nahm. Und da war von Anfang an – nur heiße Luft, wenn nicht Schlimmeres: oder wie sollte man das Alkoholverbot bezeichnen, das doch nur eine Wirkung haben konnte: Schwarzbrennerei und damit erst recht Untergrabung der Volksgesundheit! Oder was war davon zu halten, dass er den Moskauer Frauen nichts Wichtigeres zu beschenken hatte als eine Burda-Modenschau und eine sowjetische Ausgabe der Burda-Modezeitschrift!? Wollte ich all das Befremdliche und Abwegige seiner „Aufbau“-Taten aufzählen, ich müsste viele Seiten füllen!

Mein Kompass blieben Marx und Lenin, und ich musste zu meiner großen Beunruhigung feststellen, dass Gorbatschow wie seinerzeit Chruschtschow immer mehr von deren Linie abwich und sich immer mehr der antileninistischen Linie Tito's und des von Jugoslawien verfolgten revisionistischen Kurses näherte, bis sie

kaum noch zu unterscheiden waren. In der Tat sind nahezu alle Thesen, die Gorbatschow als Hauptpunkte „seines“ „Neuen Denkens“ ausgab, aus Reden Tito's und anderer jugoslawischer Führer aus den fünfziger Jahren abgeschrieben, wovon Du Dich leicht überzeugen kannst, wenn Du beides nebeneinander hältst.

Du hast Erklärungen woanders, unter anderem bei Trotzki und seinem Biographen Isaak Deutscher gesucht – und auch gefunden?

Nach allem, was ich Dir geschrieben habe, muss ich nicht ausdrücklich sagen, dass für mich der Antileninist Trotzki als Wegweiser für einen erfolgreicherem, weniger Gewalt anwendenden Sozialismus indiskutabel ist. Selbst bürgerliche Kenner der sowjetischen Verhältnisse sind sich ziemlich sicher darin, dass Trotzki ein ausgesprochener Anbeter gewaltsamer, diktatorischer Lösungen war, von dem eher mehr denn weniger Gewalt als unter Stalin zu erwarten gewesen wäre. Er ist als Alternative indiskutabel für mich erstens, weil ich die Auseinandersetzungen Lenin-Trotzki studiert und daher über die Hauptpunkte ihrer Differenzen mir ein ausreichendes Bild machen konnte; zweitens, weil ich in den Jahren der Antifa-Schule Gelegenheit hatte, die Original-Protokolle der Parteitage nach Lenins Tod mit den Auseinandersetzungen der verschiedensten Parteiführer – nicht nur Stalins mit Trotzki – zu lesen; drittens, weil ich Trotzkis These von der „permanenten Revolution“ für gefährlich, weil abenteuerlich und ein Beispiel für „Links“-Radikalismus halte, der nur der anderen Seite nützt; viertens, weil ich Trotzkis Buch „Mein Leben“ gelesen habe und dabei den himmelweiten Unterschied zwischen einem wirklichen kommunistischen Führer wie Lenin, dem es nur um die Sache ging, und einem zwar fähigen, klugen, aber maßlos eitlen, ehrgeizigen und Macht genießenden Mann wie Trotzki geradezu körperlich spürte; sein Buch hat dazu beigetragen, dass ich verstand, wie sehr der englische Diplomat und Spion Lockhart ins Schwarze traf mit seiner ironischen Charakteristik: Trotzki ist bereit für die Revolution zu sterben – aber nur, wenn genügend Zuschauer da sind. Fünftens überzeugen mich die bei jeder Gelegenheit so reichlich verbreiteten trotzkistischen Flugblätter und Zeitungen mit ihren idiotischen, „klassenkämpferischen“, von jeder Realität weit entfernten Parolen und Aufrufen davon, dass der Trotzkismus heute wie damals die gleiche Rolle der Zersetzung auf der Linken spielt zur Verhinderung einer Einigung für ein so dringend notwendiges gemeinsames Vorgehen. Die jungen Leute, die so eifrig den „Spartakist“ oder andere trotzkistische Zeitungen vertreiben, meinen es sicher ganz ehrlich, aber sie werden kaltblütig missbraucht. Kein politisch klarer Kopf kann diesen Unsinn ernst nehmen, es ist dies die blanke Spekulation auf linksradikale Stimmungen als Folge der Plattwalz-Politik. Aber das wirst Du ja, so hoffe ich, nicht anders sehen. (Im übrigen scheint mir, dass es auf der Linken keine Gruppe gibt, die finanziell so gut ausgestattet ist, wie die Trotzkisten.)

Kurt Gossweiler

An: Vera und Julius T., Großbritannien, 29. 01. 1992

Liebe Vera, lieber Julius,

jetzt endlich kommt Ihr an die Reihe! Bis zum heutigen Tage war ich damit beschäftigt, meine Briefschulden samt Neujahrsgrüßen an alle die aufzuarbeiten, denen ich eine Antwort seit mehr als einem dreiviertel Jahr schuldig war, oder an die ein kurzer Gruß genügte. Also, bevor das erste Zwölfstel des neuen Jahres ganz abgelaufen ist, wollen wir unsere herzlichen Glückwünsche an Euch auf die Reise schicken und uns zugleich für die Euren bedanken – und auch für die von Eva und Martin, die Ihr bitte auch ganz herzlich von uns grüßt. Obwohl wir bald Gelegenheit haben werden, unsere Diskussion mündlich fortzusetzen, möchte ich doch noch auf Veras „längsten Brief ihres Lebens“ eingehen, weil ich nicht so sicher bin, ob, wie Ihr in Eurer Weihnachtskarte geschrieben habt, die mündliche Diskussion „einfacher“ sein wird als Schreiben. Man kann sich beim Schreiben nicht so leicht erhitzen wie bei einer mündlichen Auseinandersetzung – und wie viel Anlass es zwischen uns für „hitzige“ Auseinandersetzungen gibt, hat mir Deine, Vera, Reaktion auf meinen Brief an Matern und auf seine Antwort gezeigt. Die hatte ich einfach nicht vorausgesehen.

Meine Absicht, als ich Euch diese Briefkopien schickte, war es zum einen, Dir gewissermaßen dokumentarisch vor Augen zu führen, dass meine für Dich nicht annehmbaren Ansichten auf jeden Fall nicht daher rühren, dass dieser Kurt eben zum Typ kritikloser Jasager, der „linientreuen“ Nachbeter der offiziellen Linie gehört; da ich aber annehmen konnte, dass Ihr mich ohnehin nicht in diese Schublade gepackt habt, war mir noch wichtiger, zu bezeugen, dass es selbst in einer so kritischen und innerparteilich angespannten Situation wie der des 17. Juni 1953 möglich war, eine solche offenerzige Kritik an der Politik der Partei

selbst in die Zentrale Kontrollkommission – deren Vorsitzender ja Matern war – zu richten, ohne deshalb ein Parteiverfahren an den Hals zu bekommen, sondern dass von dieser Stelle sogar die Berechtigung eines großen Teils meiner Kritik anerkannt wurde. Deshalb war für mich dies keineswegs eine „nebbiche“ Antwort, sondern eine ganz wichtige Reaktion, die meine Verbundenheit mit der Partei gefestigt hat; dies umso mehr, als ich auf der Ebene der Berliner Landesleitung, in deren Apparat ich arbeitete (ich war damals Leiter des Berliner Parteikabinetts, der späteren `Bildungsstätte´ in der Französischen Straße), für die gleichen kritischen Bemerkungen keinerlei Verständnis fand, was ja überhaupt erst den Entschluss bei mir auslöste, an die ZPKK zu schreiben. Hätte ich, als ich auf die Idee kam, Euch diese Briefe zu schicken, gleich versucht, sie mit Deinen Augen zu lesen, dann hätte ich vielleicht Deine Reaktion voraussehen können; denn dann hätte ich ausgehend von der allgemeinen Erfahrung, dass wir Menschen, so bald wir eine feste Überzeugung haben, halt dazu neigen, aus allen Erfahrungen und Ereignissen gerade das herauszudestillieren, was die eigene Überzeugung bestätigt und über das hinwegzusehen, was sie in Frage stellen könnte, möglicher Weise selbst bemerkt, dass es gar nicht so weit abliegt, Deine Schlussfolgerungen zu ziehen.

Aber ich muss auch sagen: Mit all dem Wissen, das ich inzwischen durch mein nun schon seit Sommer 1990 betriebenes Aktenstudium im Zentralen Parteiarchiv über die Situation der Jahre 1952-1956 erworben habe und mit der ganz frischen Erfahrung, dass Gorbatschow, Falin und Schewardnadse u.a. den stattgefundenen Untergang des Sozialismus wollten (wie aus den beigelegten Äußerungen hervorgeht), ist meine Hochachtung vor der Leistung des leninistischen Kerns der Parteiführung der SED in einer vorher für undenkbar gehaltenen, unerhört komplizierten Situation noch um vieles gewachsen. Sie standen doch der ganz und gar unerwarteten Tatsache gegenüber, dass nach Stalins Tod sich in Moskau in der Führung der KPdSU und der Regierung Leute befanden, die bereit waren, in einem Deal mit der BRD die DDR zu opfern. Das war also zum ersten Mal, dass in Umrissen das auftauchte, was dann bei Chruschtschow 1956 schon viel deutlicher wurde, nach 1985 aber dann sich immer mehr als eine der tragenden Ideen des „Neuen Denkens“ herausstellte und schließlich 1989/90 vollendet wurde. (Mit diesen Feststellungen soll keineswegs der Anteil der eigenen SED-Führung an der Untergrabung des Vertrauens der DDR-Bevölkerung zur Partei- und Staatsführung geleugnet oder bagatellisiert werden.) Aber selbst ein Lenin an der Spitze der DDR hätte sie nicht retten können, sobald man in Moskau beschlossen hatte, dass die „Teilung Europas und Deutschlands widernatürlich“ sei (Originalton Gorbatschow und Schewardnadse) und deshalb die DDR an die BRD ausgeliefert werden sollte. (Siehe wiederum die beigelegten Äußerungen von Gorbatschow, Falin und Schewardnadse.)

In meiner Sicht der Dinge war es eine große, verdienstvolle Leistung der Ulbricht-Führung der SED im Verein mit den leninistischen Kräften der KPdSU wie Suslow, Kossygin, Kuusinen, Gromyko und anderen, damals die Vorstöße der Liquidatoren mit Chruschtschow an der Spitze abgewehrt zu haben; es war ihr verhängnisvolles Versäumnis, nach der Absetzung Chruschtschows 1964 nicht vor dem eigenen Volk und vor der ganzen kommunistischen Bewegung die Wahrheit über die Gründe für diese Absetzung und über die innerparteiliche Situation offen zu legen, sondern stattdessen, offenbar aus Sorge vor den neuerlichen Erschütterungen, die dadurch verursacht werden könnten, und nicht zuletzt auch aus Sorge vor den unberechenbaren Reaktionen der „Falken“ in den USA (eine Wiederholung eines Atombombenüberfalles war nicht auszuschließen) nur eine Verlegenheitserklärung abzugeben, die kaum überzeugen konnte - und im übrigen den Schein der Einmütigkeit der Parteiführung und des „Bruderbundes“ der sozialistischen Länder aufrecht zu erhalten.

Der Versuch einer solchen „lautlosen“ Bereinigung der Situation widersprach indessen zutiefst der Leninschen Forderung, vorhandene Gegensätze und Widersprüche offen auszutragen, denn nur, wenn das geschieht, erhalten die Massen die Möglichkeit, aktiv an den politischen Entscheidungen mitzuwirken. So aber wurde der innerparteiliche Kampf, der ununterbrochen weiterging, nach innen gerückt und zersetzte langsam aber sicher den Organismus der Partei und des Staates – mit dem Ergebnis, dass beide zu keinen Leistungen mehr fähig waren, mit denen die neu herangewachsene Generation noch von der Berechtigung des Anspruches, die sozialistische, gerechtere, bessere Alternative zum Kapitalismus zu sein, hätte überzeugt werden können.

Nach einer steten Talfahrt der Wirtschaft seit mindestens zwei Jahrzehnten hatte Gorbatschow 1985 dann leichtes Spiel, durch eine Kombination von schonungsloser Kritik der tatsächlich vorhandenen Missstände und einer skrupellos-demagogischen Verheißung der „grundlegenden Erneuerung des Sozialismus, der Rückkehr zu seinen ethischen Werten und eines nie da gewesenem Aufschwungs“ das Vertrauen als Hoffnungsträger eines fast schon hoffnungslos gewordenen Volkes zu gewinnen. Darauf gestützt ließ er sich

systematisch eine immer größere Machtfülle delegieren, wie sie formell nicht einmal Lenin und Stalin besessen hatten, die er dazu benutzte, die Partei zu entmachten (u.a. mit der demagogisch wieder aufgenommenen Losung „Alle Macht den Räten“), dazu mit der „Demokratie“- und „Glasnost“-Losung der antisozialistischen und nationalistischen Verhetzung Tür und Tor zu öffnen und diese Verhetzung durch das Blatt seiner engen Freunde, die „Moskauer Nachrichten“, in übelster Weise betreiben zu lassen. Er hat auf diese Weise das Land bis zu dem Punkt geführt, von dem ab der Prozess der Demontage der Sowjetmacht unumkehrbar geworden war.

Damit hatte er seine selbst gewählte Hauptaufgabe erfüllt, und von da an schalteten seine imperialistischen Gönner (einschließlich seines Duz-Freundes Helmut Kohl) auf seinen Rivalen Jelzin um, der allerdings am Beginn 1985 einer seiner Vertrauten und Mitkämpfer und dann später längere Zeit sein Spurmacher gewesen war, der heute immer vorauseilend das forderte (und damit den Boden vorbereitete für das), was Gorbatschow morgen durchzuführen beabsichtigte: Jelzin forderte die Streichung der führenden Rolle der Partei aus der Verfassung, Gorbatschow sagt heute „nein“, um es morgen durchzuführen – bis zum Verbot bzw. der „Selbstaflösung“ der Partei. Von einem bestimmten Punkt an wurde der Spurmacher Jelzin zum Dränger, dann zum robusten Rivalen und schließlich zum brutalen Überwältiger – nachdem Gorbatschows Vertrauenscredit ob der für die Massen unerträglichen Ergebnisse seiner Politik restlos dahin war.

So etwa lautet in Kurzform meine Erklärung des Weges in die Katastrophe des Sozialismus. Nicht, dass 1985 festgestellt wurde: „So, wie bisher kann es nicht weitergehen“, war verderblich, nein, das war richtig und gar nicht mehr zu übersehen, sondern, dass nur vorgegaukelt wurde, zu Lenin zurückzukehren, in Wirklichkeit aber dort wieder angesetzt wurde, wo Chruschtschows deutlichste Abwendung von Lenin – nämlich beim Zusammenspiel mit dem Imperialismus, insbesondere dem USA-Imperialismus – abgebrochen worden war, dass also eine krass antileninistische Politik als Weg der Rettung ausgegeben wurde, das ist meine Kritik.

In diesem Punkt zwischen Dir und mir zu einer Übereinstimmung zu kommen, das wird kaum möglich sein. Ich meine aber, es wäre auch viel wichtiger, Übereinstimmung in den Fragen zu finden, die die Zukunft betreffen als in denen der Vergangengheits-Interpretation. Allerdings werden wir nicht umhin können, dazu immer wieder unsere Erfahrungen der zurückliegenden Jahrzehnte zu Rate zu ziehen. Aber könntest Du mir zustimmen, wenn ich sage: Ohne den 30. Januar 1933 in Deutschland und Überfallgefahr und dann tatsächlichen Überfall auf die Sowjetunion säßen heute noch die Wolgadeutschen in ihrer autonomen Republik und die Krimtataren auf der Krim und wäre vieles andere unterblieben, was für nötig gehalten wurde, die Bildung einer Fünften Kolonne im Falle eines Krieges nicht zuzulassen? Es hätten dann keine Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft geraten und nach ihrer Rückkehr beargwohnt werden können (und Stalin hätte nicht so konsequent grausam zu sein brauchen, seinen Sohn genau so wie jeden anderen Sowjetsoldaten zu behandeln und nicht gegen deutsche Offiziere austauschen zu lassen.) Dann hätte auch Benesch nicht Stalin Dokumente zuspiesen lassen, aus denen er, Benesch, die Überzeugung gewonnen hatte, dass Tuchatschewski mit den deutschen Faschisten konspirierte und einen Militärputsch plante, weshalb er hartnäckig bemüht war, Stalin davon zu überzeugen, dass dies wirklich so sei. (Wichtig dazu der Artikel von Ivan Pfaff, Prag und der Fall Tuchatschewski; in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, Heft 1/1987, S. 95ff) Erst dadurch kam es zum Tuchatschewski-Prozess. Wenn wir uns darauf einigen könnten, dann wäre das hoffnungsvoll; es wäre ein Schritt dazu, emotionslos die Totale der Geschichte der Sowjetunion zu erfassen und anzuerkennen: alles, auch das Grausamste, das in diesen dreißiger und vierziger Jahren geschah, war entsprungen dem Bestreben, die Sowjetunion zu befähigen, einen künftigen Überfall bzw. dem schon vollzogenen Überfall widerstehen zu können, ohne durch eine Fünfte Kolonne im Rücken zu Fall gebracht werden zu können.

Im heutigen ND (31. 1. 1992) sagt der Alt-BRD-Schriftsteller Christian Geissler: „Man hat die Sowjetunion doch nur gewürgt, ununterbrochen ist gegen sie Krieg geführt worden. ... Ich habe ein Papier vom November 1945, aus dem hervorgeht, dass das Pentagon erwog, auf 18 sowjetische Städte Atombomben abzuwerfen. Natürlich hat der sowjetische Geheimdienst davon erfahren. Aber was bedeutet es für ein Land, das derart eingekreist war, wie die Sowjetunion? Da können die doch nur kriechen oder sich zur Wehr setzen.“ Und dieses „Zur-Wehr-Setzen“, ergänze ich, geschah in der Sowjetunion in den Formen, die zum einen davon bestimmt waren, dass Russland mit der Oktoberrevolution erst begann, sich aus der Jahrhunderte langen Barbarei feudal-absolutistischer Verhältnisse herauszuarbeiten, zum anderen davon, dass die barbarischste Ausgeburt des Imperialismus, der deutsche Faschismus – aufgepäppelt und aufgerüstet von den „großen Demokratien“ für den Stoß gegen das „Reich des Bösen“ – diesen ersten sozialistischen Staat, der noch in der Kindheitsphase seiner Entwicklung stand, zum beispiellos grausamen Kampf auf Leben und Tod zwang.

Wenn unter solchen historischen Bedingungen im Überlebenskampf des jungen sozialistischen Staates auch grausame und barbarische Züge hervortreten, dann fällt das weniger auf ihn als auf all jene zurück, die ihm einen solchen Kampf aufzwingen.

Natürlich schmerzt es mich als Kommunist, dass so viele Unschuldige Opfer nicht des Klassengegners, sondern der eigenen Seite wurden. Aber ich werde deshalb mein „Ja“ zu dieser meiner Ordnung, die ja gerade durch den Kampf gegen den Faschismus unter Beweis gestellt hat, dass ich ihr zu recht vertraut habe, doch nicht zurücknehmen und anfangen, sie anzuklagen und ihr die imperialistischen Staaten der Kriegstreiber und Kriegsgewinnler als „Rechtsstaaten“ lobpreisend gegenüber stellen! Wer das tut – wie Gorbatschow – und damit den ersten Durchbruch durch die weltbeherrschende Macht des Imperialismus wieder rückgängig macht, der begeht tausendfach Schlimmeres, als in der ganzen Sowjetperiode an Schlimmem geschehen sein mag: er löscht die größten sozialen und politischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts aus und macht, dass alle dafür gebrachten Opfer umsonst gebracht wurden. Wer das jetzt noch nicht erkennt oder anerkennen mag, dem werden noch die letzten Jahre unseres Jahrhunderts wichtige, schmerzliche Erkenntnisse vermitteln, denke ich.

Da noch etwas Platz bleibt, nochmals kurz zur Belgrader Deklaration, von der Du meinst, sie habe doch nur das Selbstverständliche gebracht, jedem sozialistischen Land die Wahl des eigenen Weges zu ermöglichen. Dem widersprechen leider die Tatsachen. Freigegeben wurde, so weit es von Chruschtschow abhing, nur die Wahl des Übergangs von der Leninschen Linie zum „besonderen nationalen Weg“ Titoscher Prägung. Wer von dieser „Freigabe“ keinen Gebrauch machte oder sich einer derartigen Wahl sogar entschieden widersetzte, wie die Albanische Partei, den traf Chruschtschows Bannstrahl. Aber nicht nur sie. Was meinst Du wohl, weshalb Togliatti in seinem Memorandum, das auf so unerwartete Weise sein Vermächtnis werden sollte, geschrieben hatte: „Die Einheit aller sozialistischen Kräfte in einer gemeinsamen Aktion gegen die reaktionärsten Gruppen des Imperialismus ... ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Mann kann sich nicht vorstellen, dass aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden können.“? Dies war direkt gegen die Absicht Chruschtschows gerichtet, auf der für den nächsten Monat (November 1964) geplanten Konferenz der Kommunistischen Parteien deren Zustimmung zu seiner Absicht zu erreichen, die KP Chinas aus der Gemeinschaft der Kommunistischen Parteien auszustoßen, sie zu „exkommunizieren“. So sah sie aus, die „Freigabe“ der Wahl des eigenen Weges! An die Stelle gemeinsamer Beratungen in einem eigens dafür geschaffenen Forum, dem Inform-Büro – dessen Auflösung er betrieb – traten bei ihm Geheimberatungen mit Tito auf Brioni, in denen sie u.a. Kaderfragen berieten, z.B. die Absetzung des Ersten Sekretärs der Ungarischen Partei, Gerö, und seine Ersetzung durch Imre Nagy. (Nachzulesen in der Rede, die Tito im November 1956 in Pula gehalten hat.)

Du hast mich, Vera, gefragt, wie ich mir einen anderen Weg vorstelle als den, allen Ländern eben diese Wahl des eigenen Weges zu lassen. Ich frage dagegen: Wie soll eine internationale Aufgabe gelöst werden, die das engste Zusammenwirken aller erfordert, wenn jeder „seinen eigenen Weg“ geht? Übrigens ist in dieser Frage ein regelrechtes Kuriosum zu beobachten: die gleichen „kommunistischen“ Politiker, die leugneten und leugnen, dass es einen gemeinsamen Hauptweg zum Sozialismus auf der Grundlage gemeinsamer Grundinteressen geben muss und kann, äußerten heftig ihre unbedingte Zuversicht in die Möglichkeit, dass sie die allgemein-menschlichen und globalen Aufgaben gemeinsam mit den Führern der USA und der Verbündeten dieses imperialistischen Weltgendarms lösen könnten. Für sie war also die Interessenübereinstimmung von Kommunisten und Imperialisten größer und tragfähiger als die zwischen Kommunisten verschiedener sozialistischer Länder. Ist das nicht merkwürdig?

Eure Zeitungsausschnitte haben wir auch mit Interesse gelesen. Dieses Miststück David Irving war ja schon seit Jahren Star-Redner in der Alt-BRD bei Neo-Nazi-Versammlungen, nun also, da wir „befreit“ sind, darf er auch bei uns. – Dank auch für die Ausschnitte über die KP. Existiert die New CP noch, und welche Position nimmt sie ein?

Bei uns gab es auch in diesem Jahr wieder eine wirklich großartige Demonstration nach Friedrichsfelde, von 9.00 Uhr bis halb zwölf zog ein ununterbrochener Menschenstrom an den Gräbern, die unter einem Blumentepich lagen, vorüber. Vor dem Friedhof wird aber zugleich ein Schauspiel der Zersplitterung der Linken geboten, wozu vor allem die Trotzisten beitragen, die am lautesten die „radikalsten“ Parolen durch die Megaphone schreien, sich superrevolutionär und klassenkämpferisch gebärden und über sehr viel Geld verfügen müssen: sie haben nicht nur am meisten bedrucktes Papier, um es unter die Leute zu bringen, sondern auch die drucktechnisch am besten gemachten Zeitungen. Dabei sind die jungen Leute, die ihre

„Spartakist“ und sonstigen Zeitungen und Flugblätter verteilen, sicherlich ehrlich von der Richtigkeit dessen, was sie da verbreiten, überzeugt. Aber gerade das ist das Erschreckende, denn die trotzkistischen Parolen sind so weit von der Realität entfernt und wärmen vor allem den sektiererischsten Kampf gegen die Sozialdemokratie auf, von ihnen gehen heute die Etikettierungen unseligen Angedenkens der Sozialdemokratie als Sozialfaschisten aus.

So, der Januar ist gleich zu Ende – 23.50 Uhr. Schluss also!

Nochmals alles Gute für 1992 und herzliche Grüße, Eure Grünauer

An: Erich Honecker, Berlin Moabit, 25. 08. 1992

Werter Genosse Erich Honecker, mit diesem Schreiben reihe ich mich in die Schar derer ein, die Sie mit ihren Grüßen wissen lassen wolle, dass zwar die DDR, nicht aber die Solidarität der Sozialisten untergegangen ist. Zu Ihrem Geburtstag, den Sie als Ergebnis des schwarzen Verrates der Gorbatschow-Schewardnadse-Jelzins-Gang wieder in den wohlbekanntesten Mauern der Klassenjustiz in Moabit[28] begehen müssen, wünschen Ihnen alle standhaft gebliebenen Genossen die physische und psychische Kraft, um in dem geplanten Schauprozess in der Nachfolge von Karl Liebknecht und Georgi Dimitroff zum überzeugenden Ankläger gegen den imperialistischen Unrechtsstaat Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Mit kommunistischem Gruß, Dr. Kurt Gossweiler

[28] Nach seiner Verhaftung im Dezember 1935 hatte Erich Honecker während seiner Untersuchungshaft das Moabiter Gefängnis zum ersten Mal kennen gelernt.

An: Erich Honecker, Berlin Moabit, 04. 12. 1992

Lieber Genosse Erich Honecker! Mit großer innerer Bewegung habe ich soeben Deine tief beeindruckende Erklärung vor dem Moabiter Gericht gelesen. Du hast, denke ich, damit alle Erwartungen, die die Kommunisten der DDR, aber auch ganz Deutschlands und darüber hinaus in der ganzen Welt an Dein Auftreten geknüpft hatten, voll erfüllt, ja übertroffen.

Es ist nicht nur der Inhalt Deiner Ausführungen – der überzeugende, unwiderlegbare Nachweis der rechtlichen Monströsität der Anklage und des Charakters dieses Prozesses als eines Schauprozesses der Sieger, die die Besiegten als „Kriminelle“ vorführen möchten, es ist mehr noch Deine persönliche Haltung, die Haltung eines Kommunisten, der – schon vom Tode gezeichnet – seine Sache und seine Genossen unter Aufbietung aller seiner verbliebenen Kräfte vor dem Gericht der Klassenjustiz verteidigt und sich zum Ankläger seiner Richter und deren schäbiger „Hiwi's“ vom Schlage eines Gorbatschow erhebt, die mich drängen, Dir zu schreiben, um Dir zu danken und Dir meine Hochachtung mit diesem Brief in Deine Zelle zu senden.

Mit kommunistischem Gruß und allen guten Wünschen für Dich, Kurt Gossweiler

An: Gerald Diesener, Leipzig, 31. 12. 1993

Lieber Gerald,

das Jahresende steht unmittelbar vor der Türe, und so viele Briefseiten von Dir liegen unbeantwortet mir auf der Seele – also nun muss ich wenigstens im alten Jahr beginnen, meine Schuld abzutragen.

1.1.94: Der Beginn war sehr kurz. Bei dem Reichtum an Information und Gedanken Deiner Briefe ist es sehr schwer, einen Anfang zu finden. ... Wenn wir die Gelegenheit hätten, uns persönlich über die von Dir aufgeworfenen Probleme zu unterhalten, dann würde ich vor allem über zwei „Dokumente“ von Deiner Hand

sprechen wollen: erstens Deine Ausarbeitung „Und führe uns nicht in Versuchung“ vom Dezember 1991 und zum andern über die Fragen und Ansichten in Deinem Brief vom 23. Januar 1993 (ob Du wohl noch weißt, welche das waren?).

Zum ersten ist mir bewusst geworden bzw. ist mir wieder deutlich vor Augen geführt worden, wie unterschiedlich Menschen verschiedener Generationen – selbst wenn sie von der gleichen Grundposition ausgehen – ein- und dieselben Ereignisse empfinden und einschätzen. Am meisten empfand ich das bei Deinem Empfinden bei der Wertung der ersten Hälfte der 70er Jahre. Für mich war der Wechsel von Ulbricht zu Honecker der Wechsel von einem hervorragenden Führer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung zu einem Mann ohne Führungsqualitäten, der unter Ulbrichts Führung allenfalls ein zuverlässiger Ausführer war, der aber jetzt billige Popularitätshascherei durch ökonomisch unverantwortliche Verlagerung der Mittel von der Festigung der Volkswirtschaft dienenden Investitionen zu Einfuhr von Konsumgütern – angefangen mit Bananen und Apfelsinen bis zu Golf- und Mazda-Wagen – betrieb und von Chruschtschow die schändliche Methode übernahm, durch Verdunkelung des Rufes seines Vorgängers das eigene Ansehen zu erhöhen.

Was mir bei Deinem Artikel über die doppelte Verführung aber anzuzeigen schien, dass unsere bisherige weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung der Vergangenheit nicht mehr besteht, kommt bereits in der Überschrift zum Ausdruck, dem Thema der Verführung; denn da versucht einer – wem übrigens? – zu erklären, weshalb er der Verführung erlegen ist, der Verführung durch den Marxismus, die SED, den Sozialismus in der DDR.

Du kennst mich genug, um zu wissen: da kann ich nicht mitgehen. Ich bin nicht verführt worden. Als Kommunist, der ich seit meiner Jugend aus – wie ich meine – richtigem Verständnis der Kapitalismus-Analyse von Marx und Imperialismus-Analyse von Lenin geworden bin, war die DDR mein Staat, und was ich konnte, um ihn zu stärken und gegenüber dem Staat des westdeutschen Monopolkapitals sich behaupten zu lassen, das habe ich getan; wenn ich mir etwas vorwerfe, dann allenfalls, dass ich noch viel mehr dazu hätte tun müssen.

Und ich betrachte unseren Untergang nicht als Urteil der Geschichte, denn ich bleibe Marxist und sehe deshalb im Scheitern des Sozialismus in Europa eine zwar unerwartete, aber dennoch nur zeitweilige Niederlage im Klassenkampf. Keineswegs eine unvermeidliche Niederlage, und gerade deshalb ist es so wichtig, sich über die Ursachen Klarheit zu verschaffen. Ein solcher Versuch sind die Thesen, die ich beilege.

Dein Brief vom Januar 1993 – also einen Monat nach Deinem Verführungs-Aufsatz – enthält dann den verzweifelten Satz (von dem ich hoffe, dass Du ihn schon heute nicht mehr schreiben würdest): „Ich zweifle einfach daran, dass der bestkonzipierte Sozialismus Akzeptanz einer Mehrheit erhalten kann, weil er diese Strukturen, diese Fassade einfach zertrümmern müsste^[29]. Und deshalb, so scheint mir, werden wir unweigerlich in die Katastrophe, die zwingend am Ende des jetzigen Weges steht, hineingehen, wir verfressen nicht nur – wie weiland in der DDR – die Fassaden unserer Häuser, sondern gleich unsere ganze Zukunft..“

Sag mal, Gerald, wie kann ein Historiker, noch dazu einer, der sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befasst, überhaupt auf die Idee kommen, dass es Strukturen geben könne, die krisenfest sind? Hast Du es denn aufgegeben, nüchterne Analysen anzustellen über die Widersprüche, vor denen die „siegreiche“ kapitalistische Gesellschaft steht, und hast Du alle Beispiele vergessen, wie rasch sich unter bestimmten Entwicklungen scheinbar feste „Mehrheiten“ in Nichts auflösen und scheinbar hoffnungslose Minderheiten in Festungen erschütternde Mehrheiten verwandeln? Das ist ja schon beinahe Fukujamas „Ende der Geschichte“!

Und Du bist dabei, den Massen die Schuld aufzuladen, weil sie sich vom Wohlstandsglanz blenden lassen und nicht hinter die Fassade schauen. Die gleichen Massen aber werden Dich mit Sicherheit überraschen damit, zu welcher Opferbereitschaft sie fähig sind, wenn sie das Gefühl haben, für ihre eigene Sache zu kämpfen. Es kommt aber darauf an, dass diese Opferbereitschaft in die Richtung der Revolution und nicht in die der Konterrevolution und des Faschismus gelenkt wird. Das hängt von uns ab. Erfolg werden wir aber nur haben, wenn wir uns nicht von der bürgerlichen und intellektuell hochmütigen „Verzweiflung am Unverstand der Massen“ einfangen lassen.

Die Massen und vor allem die Jugend sind uns davongelaufen, weil wir unsere Versprechungen nicht eingelöst, schlimmer noch, ihnen trotzdem erzählt haben, wir würden sie Tag für Tag einlösen. Das hat aber nicht unseren Zusammenbruch herbeigeführt, sondern nur das schmachliche Bild, das wir dabei abgegeben haben.

Es konnte keine aufblühende DDR bei einer stagnierenden und degradierenden Sowjetunion geben. Die Rolle der SU-Führung bei der Tragödie bestand aber nicht darin, wie Du in Deinem Artikel schreibst, „dass sie die DDR ihrer Wege ziehen lassen würde“, sondern, wie Du ja nun schwarz auf weiß bei Falin und anderen nachlesen kannst, darin, dass sie uns regelrecht verkauft hat, weil sie auch bei sich selbst die „Marktwirtschaft“ einzuführen entschlossen war und dies mit Reagen, Bush, Thatcher und Kohl längst abgesprochen hatte. Die „Humanité“^[30] hat darüber berichtet, dass Willi Brandt, als er 1985 von einem Besuch bei Gorbatschow zurückkam, zu einem Freund gesagt hat, er habe schon vieles erlebt, aber noch nie, dass an der Spitze der KPdSU ein Antikommunist steht.

Es wäre gut, sich die Geschichte des Untergangs des europäischen Sozialismus einmal unter dem Gesichtspunkt abrollen zu lassen: an der Spitze stand einer, der mit den Führern des Imperialismus im Bunde stand! (Dass so etwas möglich sei, hat uns doch Chruschtschow im Falle Berija – und Titos, den er 1958 als Trojanisches Pferd des Imperialismus charakterisierte, nachdem er ihn 1955 zum „teuren Genossen“ erklärt hatte, ja doch beigebracht.) Und nun haben wir es bis zur vollen Selbstentlarvung auf offener Bühne vorgeführt bekommen – und wollen es dennoch nicht glauben.

Ich weiß, mit derartigen Hinweisen kann ich bei einigen Kollegen, wie etwa Klaus Kinner, nur meinen bei ihnen gewonnenen Ruf als einer der *terribles simplificateurs*^[31] festigen – damit kann ich aber leben. Du weißt, dass ich die Linie, die Gorbatschow in der KPdSU vertrat, die aber schon mit dem 20. Parteitag in verhängnisvoller Weise die Überhand gewann, seit jeher für ruinös für den Sozialismus hielt. Ich bin darin nicht widerlegt, sondern bestätigt worden. Weshalb soll ich dann jetzt anfangen, die Ursachen unseres Unterganges bei denen zu suchen, die diese Linie mehr oder weniger entschieden, mehr oder weniger wirkungsvoll bekämpft haben, und nicht bei den Vertretern eben jener Chruschtschow-Gorbatschow-Linie? Widerlegt wurde nicht meine politische Einschätzung und Beurteilung der miteinander im Kampf liegenden Kräfte in der kommunistischen Bewegung, widerlegt wurde „nur“ meine Überzeugung (die schon nicht mehr ganz rational begründet war, sondern schon etwas Glaubenscharakter angenommen hatte), dass der Sozialismus in der Sowjetunion von den revisionistischen, konterrevolutionären Kräften nicht mehr zerstört werden könne. Ich hätte merken und wissen müssen, dass die ständigen Zugeständnisse und das immer weitere Zurückweichen vor den Thesen und Forderungen der klassenversöhnlerischen Linie in der kommunistischen Bewegung Ausdruck eines Verfaulungsprozesses ist - analog dem der II. Internationale - der, wenn er nicht aufgehalten und zurückgedreht wird, zur Restauration des Kapitalismus führen muss.

Ich bin nun wieder in die schlechte Angewohnheit einer oberlehrerhaften Belehrung verfallen, deswegen mache ich hier Schluss und hoffe auf eine doch irgendwann sich ergebende Möglichkeit zur persönlichen Aussprache.

Herzliche Grüße Dir, Angelika und Christoph von Euren Grünauer Freunden

[29] Gerald Diesener hatte unmittelbar vor dem von mir in meinem Brief aus dem seinen angeführten Zitat geschrieben: „... Ich sage mir aber, dass auch eine ´richtige` Politik ... dennoch den Zusammenbruch nicht verhindert hätte. Denn wir waren (und wären das auch noch sehr lange geblieben) eben die (sehr viel) Schwächeren, und unsere Ideale sind offenbar nur für eine Minderheit ein selbständiger, wichtiger, einzubeziehender Faktor in die Gesamtrechnung. Dass der schier übermächtige Kapitalismus seine blinkende Fassade hier in Westdeutschland, meinetwegen in Amerika und weiß ich noch wo mit gnadenloser Ausbeutung ganzer Kontinente erzwingt, ist doch ein selbst von Nichtkommunisten offen ausgesprochener Tatbestand. ... Überall auf der Welt wird für unseren europäischen Wohlstand unterdrückt, werden Menschen in Armut gehalten, ja verrecken elend, hier im Lande werden Ausländer gehasst – nicht, weil sie Ausländer sind, sondern weil sie arm sind, und zwar deshalb, weil Angst umgeht, man könne eines Tages selbst so arm sein.“

[30] Zeitung der KP Frankreichs

[31] Der „schrecklichen Vereinfacher“.

Auszug aus einem Brief an Freunde in England zur Stalinfrage, 07. 02. 1995

Ihr Lieben,

für Euer Schreiben danke ich Euch sehr, war ich mir doch gar nicht sicher, ob die Nachrichten, mich betreffend, Euch nicht zum Abbruch der Beziehungen veranlassen würden. Das wäre für uns beide ein Grund zu großer Trauer gewesen. Umso größer die Freude und Erleichterung, dass unsere Beziehungen auch von Eurer Seite derart sind, dass sie auch solchen Belastungen standhalten.

Natürlich habe ich den von Euch beigelegten Bericht von Andrej Eisenberger gelesen und natürlich weiß ich, dass es noch viele, viele, zu viele ähnliche Schicksale gegeben hat. Und vielleicht wäre ich sogar zu Euren Schlussfolgerungen gelangt, wenn da nicht der Umstand gewesen wäre, dass die obersten Stalin-Ankläger alles andere als vertrauenswürdige Personen waren – ich spreche von Chruschtschow und Gorbatschow – sondern Leute, deren Sympathie so eindeutig auf der Seite der imperialistischen „Zivilgesellschaft“ lagen; Leute, die eben nicht, nun, nachdem sie an die Macht gelangt waren, eine Politik der Stärkung des Sozialismus, befreit von den von ihnen angeprangerten Stalinschen Verbrechen, betrieben, sondern eine Politik der Erosion und Demontage des Sozialismus; Leute, für die die Anklagen gegen Stalin nur ein Mittel waren, um vom Kern eben dieser ihrer Tätigkeit abzulenken bzw. sie mit dem Verweis auf die Notwendigkeit der schonungslosen Abrechnung mit der Vergangenheit zu rechtfertigen.

Und wäre da ferner nicht der Umstand gewesen, dass selbst kluge und erfahrene Genossen genau diese Instrumentalisierung des Anti-Stalinismus nicht erkannten, weil inzwischen für sie der Maßstab für Gut und Böse, Richtig oder Falsch, nicht mehr die Grundsätze waren, die wir alle von Marx, Engels und Lenin gelernt haben, sondern die Frage, ob jemand bereit ist, Stalin vorbehaltlos zu verdammen oder nicht. Je kräftiger und radikaler die Verdammung, umso glaubwürdiger und vertrauenswürdiger der Betreffende! Das hat zu einer Massenblindheit geführt, die erst – aber nur partiell! – zu schwinden begann, als Gorbatschow sich selbst als Antikommunist entlarvte, indem er im „Spiegel“-Interview bekannte, Anhänger der Sozialdemokratie und Bewunderer der BRD als eines mustergültigen Sozialstaates zu sein.

Mir ging und geht es nicht um eine Person – Stalin -, mir geht es um die Zukunft der kommunistischen Bewegung, weil ich trotz ihrer gegenwärtigen Schwäche keinen anderen Weg der Rettung der Menschheit vor dem Abgrund, an den sie immer näher durch die Herrschaft des Imperialismus herangedrängt wird, sehe als den von Marx, Engels und Lenin gewiesenen.

Die Zukunft der kommunistischen Bewegung hängt aber entscheidend davon ab, ob die Ursachen für unsere katastrophale Niederlage richtig geortet werden. Und weil zur richtigen Ortung die Untersuchung der ganzen Geschichte der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft notwendig ist, kommen wir nicht darum herum, die Stalin-Zeit „sine ire et studio“, - ohne Verklärungsabsicht, aber auch ohne die Jahrzehnte lang praktizierte Verteufelung, die Stalin zum Sündenbock auch noch für all das, was von seinen Nachfolgern zu verantworten ist, - zu untersuchen und zu behandeln.

Und da ist leider eine dicke Schicht fast 50-jähriger einseitiger Geschichtsschreibung „aufzuarbeiten“.

Mit herzlichen Grüßen, Kurt Gossweiler

Personenregister:

Wolfgang Bartsch, Magdeburg. Während seiner Lehrerausbildung an der Humboldt-Universität Student in meinem Seminar und seitdem freundschaftliche Verbindung mit ihm.

Gerald Diesener: Dr., befreundeter Historiker in Leipzig. Zu DDR-Zeiten an der Leipziger Universität tätig, nach der „WEende“ „abgewickelt“. Gründer und Leiter des „Leipziger Universitätsverlags“

Gertrud Dürr: Emigrantin in der SU, Lehrerin im deutschen Sektor der Zentralen Antifaschule 2041 in Taliza. Ihr Mann, Basil Spiru, war Rumäne und Lehrer im rumänischen Sektor der gleichen Schule. Beide

lebten nach dem Kriege in der DDR, in Leipzig. Basil Spiru war Professor für Zeitungswissenschaften am Mehring-Institut in Leipzig. Genossin Dürr starb im Jahre 1996.

Peter Gingold: Sohn einer jüdischen Schneiderfamilie, geb. 1916 in Aschaffenburg, 1931 KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), 1933 nach Untersuchungshaft im September nach Frankreich abgeschoben, wohin die Eltern bereits emigrierten. Arbeit in der antifaschistischen Jugend. Nach Überfall Deutschlands auf Frankreich zur Zwangsarbeit eingesetzt. Flucht aus dem Arbeitslager und Arbeit in der französischen Widerstandsbewegung Résistance. Anfang 1943 in Dijon von Himmlers SD („Sicherheitsdienst“) verhaftet, gelingt ihm im April 1943 zu fliehen. Arbeit für das „Komitee Freies Deutschland für den Westen“, 1944 Teilnahme am Aufstand zur Befreiung von Paris, danach Frontbeauftragter, 1945 Teilnahme am Turiner Aufstand als Mitglied des Partisanenbataillons „Garibaldi“. 1946 Rückkehr nach Deutschland, Funktionär der KPD und der VVN – der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ – in Frankfurt am Main.

Mitbegründer und Mitglied der Leitung des „DRAFD“, (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e.V.).

Literatur zu Peter Gingold und seiner Familie: 1.) „Etty, Peter und Silvia Gingold. Porträt einer Familie. Ein Bilderbuch über deutsche Zustände. Pahl-Rugenstein Verlag 1978. 2.) Karl Heinz Jahnke, Sie haben nie aufgegeben. Ettie und Peter Gingold – Widerstand in Frankreich und Deutschland, Pahl-Rugenstein, 1998.

Zhu Gui-Sheng: Chinesischer Historiker, der 1988 Gast im Zentralinstitut für Geschichte (ZIG) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW der DDR) war und uns seine Adresse hinterließ.

Erich Honecker: geb. 25. 8.1912 in Neunkirchen, Saar, gest.- 29. 5. 1994 in Santiago, Chile. 1926 KJVD, 1929 KPD. Beruf: Dachdecker. 1928/29 Lenin-Schule in Moskau.

1933 bis zur Verhaftung im Dezember 1935 illegale Arbeit. Nach 1 ½ Jahren Untersuchungshaft 10 Jahre Zuchthaus. Befreiung durch die Rote Armee am 27. April 1945. 1946 SED, Mitglied des Parteivorstandes, Vorsitzender der FDJ bis 1955.

1950 ZK der SED, 1958-1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED,

1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und 1. Sekretär, 1976 Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR bis 18. Oktober 1989.

Am 29. Januar 1990 unter der Modrow-Regierung aus der Klinik heraus (nach einer Tumor-Entfernung von einer Niere!) verhaftet, aber das Berliner Stadtgericht lehnt die Bestätigung des Haftbefehls ab. Daher am 30. Januar 1990 aus der Untersuchungshaft entlassen.

Vom 30. Januar bis Ende März 1990 Unterkunft bei der Familie des Pfarrers Holmer in Lobethal bei Bernau. Sowohl hier wie später war Margot Honecker immer bei ihm.

Im April 1990 wurde er in das sowjetische Militärhospital in Beelitz überführt, wo er bis zum März 1991 verblieb. Sowjetische Freunde sorgten dann dafür, dass der Schwerkranke in die Moskauer Diplomatenklinik überführt wurde. Im Februar 1992 befand ein Ärztekonsilium – offenbar auf höhere Anweisung -, dass er gesundheitlich „in relativ gutem Gesamtzustand“ und transport- und verhandlungsfähig sei. Vor seiner sofortigen Auslieferung an die bundesdeutschen Behörden bewahrte ihn zunächst der Chilenische Botschafter in Moskau, der ihm und seiner Frau Asyl in der Botschaft gewährte.

Auf Verlangen der russischen Behörden musste er jedoch am 29. Juli 1992 die chilenische Botschaft verlassen, um nach Deutschland „überstellt“ zu werden.

In Deutschland wurde er sofort verhaftet und in das Untersuchungshaftgefängnis in Moabit überführt.

12. November 1992 – Beginn des Prozesses gegen Honecker, Stoph, Mielke, Kessler vor dem Berliner Landgericht.

Am 3. Dezember 1992 gab er seine Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin ab, die keine Verteidigungs-, sondern eine beeindruckende Anklagerede war.

Am 12. Januar 1993 wurde das Verfahren gegen den bereits Todkranken eingestellt, am Tage danach wurde er nach 169 Tagen Gefängnis in Moabit aus der Haft entlassen.

Noch am gleichen Tage verließ er Deutschland, um seiner Frau nach Santiago/ Chile, wo ihrer beider Tochter lebte, nachzuzugleichen. Seit 14. Januar lebte er dort bis zu seinem Tode am 29. Mai 1994.

Literaturhinweise: 1.) Erich Honecker, Aus meinem Leben. Dietz Verlag Berlin 1980. 2.) Erich Honecker, Zu dramatischen Ereignissen. W. Runge Verlag, Hamburg, 1992. 3.) Erich Honecker, Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers. edition ost, Berlin, 1994. 4.) Erich Honecker, Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer des Landgerichtes Berlin, 3. Dezember 1992. Kleine Bücherei der FDJ Berliner Gruppe, Dezember 1992.

Inge L.: Historikerin, Berlin.

I. L. Popeljuher: Ein mir bis dahin unbekannter sowjetischer Verehrer des russischen Dichters Alexander Puschkin, mit dem es wegen einer Anfrage seinerseits über die Behandlung Puschkins in der Antifaschule zu einem kurzen Briefwechsel kam.

Pavel Rachschnir: Sowjetischer Historiker, Faschismusforscher in Perm.

Wolfgang Ruge: Prof. Dr., Historiker, Babelsberg. Bis zu seiner Emeritierung Leiter der Abt. Weimarer Republik am Institut für deutsche Geschichte des Zentralinstituts für Geschichte (ZIG) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW der DDR).

Vera T.: Befreundete deutsche emigrierte Kommunistin, verheiratet mit dem inzwischen verstorbenen Julius T.

J. Uesugi: Japanischer Historiker, der mehrere Jahre an der Berliner Humboldt-Universität lehrte. Lebt jetzt in Tokio.

Mietek: Miecyslaw Woiciechowski: polnischer Historiker aus Torun.

Zhu Zong Wu: Chinesischer Historiker, der 1988 Gast im Zentralinstitut für Geschichte (ZIG) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW der DDR) war und uns seine Adresse hinterließ.